

fundiert

Das Wissenschaftsmagazin der Freien Universität Berlin

01/2015

Europa



Wie sich der Mythos Europa im Laufe der Jahrhunderte wandelte
Wie die Europäische Union mit der Sprachenvielfalt umgeht
Wie Deutschland und Frankreich ziemlich beste Freunde wurden

ISSN: 1616-5241



Ein Arbeitsmodell mit Zukunft +++ Mensch und Maschine
gemeinsam +++ An einem Band +++ Mit Robotern +++
Die körperliche Belastung minimieren +++ Und so die
Gesundheit fördern +++ Die BMW Group +++ Vorreiter
bei der Produktion 4.0

Mehr erfahren im Film unter:

[BMWGROUP.COM/WHATSNEXT](https://www.bmwgroup.com/whatsnext)

WARUM WIR MIT ROBOTERN IM TEAM ARBEITEN? WEIL ES KEINE FOLGEN HAT.

**INNOVATIVE PRODUKTION OHNE KÖRPERLICHE BELASTUNG.
FÜR UNS DER NÄCHSTE SCHRITT.**

**BMW
GROUP**



Rolls-Royce
Motor Cars Limited

Vorwort

DIE REDAKTION

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

so viel Europa war noch nie, könnte man meinen. 28 Mitgliedstaaten zählt die Europäische Union, und rund 500 Millionen Bürgerinnen und Bürger. Damit hat die Europäische Gemeinschaft eine Größe erreicht, die Europas Gründungsvätern vor siebzig Jahren als kühne Utopie erschienen wäre. Doch die Gefühle der Europäer, sie sind alles andere als Euro-euphorisch. Im Gegenteil.

Das Vertrauen in das europäische Projekt ist in vielen Ländern der Union erschüttert. Anstatt der Vorteile einer gemeinsamen Politik dominieren Europas Krisen die Nachrichten. Martin Schulz, der Präsident des Europäischen Parlaments, sieht in seinem Vorwort zu dieser Ausgabe des Wissenschaftsmagazins Europa am Scheideweg. Und findet doch ermutigende Worte. Wenn es den Politikern und den Menschen in Europa gemeinsam gelingt, die europäische Idee wieder mit Leben füllen, ist Erfolgsgeschichte der Union noch nicht zu Ende.

Auf den folgenden Seiten dreht sich ebenfalls alles um Europa, und seine politischen, geschichtlichen und philosophischen Dimensionen, mit denen sich Wissenschaftler der Freien Universität in ihrer Arbeit beschäftigen. Nicht immer stehen dabei Europas aktuelle Probleme im Vordergrund. Ernst Baltrusch etwa, Professor für Alte Geschichte am Friedrich-Meinecke-Institut der Freien Universität, forscht zur Geschichte der Römischen Kaiserzeit – und damit dicht an den Wurzeln Europas. Wie wenig unsere Vorstellungen von Europa sein Mythos tatsächlich mit der Antike zu tun haben, erfahren Sie ab Seite 10.

Für den Beitrag zur „Festung Europa“ (Seite 24) hat sich Autor Philipp Eins mit Wissenschaftlern für Politische Theorie und Philosophie unterhalten. Sie untersuchen, welche ethischen Fragen der Flüchtlingsstrom

nach Europa aufwirft – und wie sie von einer gemeinsamen europäischen Asylpolitik zu beantworten wären.

Wie gut Europa seine Wachstumsschübe verarbeitet hat, dieser Frage geht Tanja Börzel nach. Die Politikwissenschaftlerin leitet das *Jean Monnet Center*, das zur europäischen Integration forscht. Welche Ansätze dort verfolgt werden, lesen Sie ab Seite 30.

Fast tagesaktuell ist dagegen das Thema, mit dem sich die Politikwissenschaftlerin Susanne Lütz auseinandersetzt. Die Professorin für Internationale Politische Ökonomie untersucht, mit welchen Strategien Geber- und Nehmerländer in Europa bei der Kreditvergabe pokern. Wie die Wissenschaftler dabei die aktuellen Troika-Schuldner-Verhandlungen untersuchen, lesen Sie ab Seite 40.

Wie sich Europa heute und in Zukunft über seine Probleme verständigt, untersuchen Sprachwissenschaftler der Freien Universität. Unsere Autorin Verena Blindow sprach dazu mit Prof. Judith Meinschaefer, Prof. Horst Simon und Prof. Matthias Hüning – und sie fand heraus, welche Rolle Fremdsprachenunterricht und Austauschprogramme für den Fortbestand der europäischen Gemeinschaft spielen.

Um Stolz und Vorurteil geht es auf dem „Campus Europa“. Erasmus-Studierende aus sechs Ländern erzählen über ihre Erfahrungen als Europäer in Berlin. Und mit welcher Selbstverständlichkeit sie einen europäischen Alltag leben, der viele Klischees längst überlebt hat.

Wir wünschen Ihnen eine gute Lektüre,

Ihre *fundierte*-Redaktion

Anzeigen

photocase.de, kaltejpp



HARTNACKSCHULE BERLIN

PRIVATE SPRACHENSCHULE

100
1915 | JAHRE | 2015

Deutsch als Fremdsprache (DaF)



DaF-Sprachkurse für
- Sprachniveau von A1 bis C2
- Prüfungsvorbereitung (B2, C1 und C2)
- DSH- u. Studienkolleg
- TestDaF-Vorbereitungskurse
- DaF Prüfungen A1 – C2
Spezielle Integrationskurse (gefördert vom BAMF)
und Orientierungskurse
„Deutsch für den Beruf“ / ESF-BAMF-Kurse

Fremdsprachenausbildung (Englischkurse auch mit Bildungsgutschein)

HARTNACK
SCHULE
BERLIN
Qualität mit
Tradition

am Nollendorfpfplatz in Berlin – Schöneberg

Tel.: 030 / 210 219 3, Fax: 030 / 215 44 54

E-Mail: info@Hartnackschule-Berlin.de, www.Hartnackschule-Berlin.de

Europa ist da. Wir sind da. Wann kommen Sie?

Wir unterrichten:

- Englisch, Spanisch, Französisch, Italienisch und Deutsch
- allgemein- oder fachsprachlich
- intensiv (auch Bildungsurlaub), am Abend und am Wochenende

DIE NEUE SCHULE

Sprachschule in
Berlin-Wilmersdorf

U3 / U7 Fehrbelliner Platz

Tel. 030-873 03 73 ▪ info@neueschule.de ▪ www.neueschule.de



SPRACHEN SPRECHEN



Inhalt

Europa



Von Martin Schulz

Europa am Scheideweg

Warum die Antwort auf die Krise ein vereintes Europa sein muss 9



Von Matthias Thiele

Mythos Europa – Europas Geist wurzelt in der Antike, die Ideen von Freiheit und Verantwortung des Einzelnen finden sich bereits in der griechischen Philosophie. Doch wie antik ist Europa? 10



Von Verena Blindow

Welche Sprache(n) spricht Europa? – Die Mehrsprachigkeit zu bewahren, hat sich Europa auf die Fahne geschrieben. Bei Dutzenden von Sprachen eine politische Herausforderung 18



Von Philipp Eins

Der Zugang zur Festung – Jedes Jahr versuchen abertausende Menschen die Flucht nach Europa.

Das stellt die europäische Asylpolitik vor große Probleme und neue Fragestellungen 24



Von Philipp Eins

Europa, deine Nachbarn – Nie wieder Krieg – mit diesem Traum begann die Geschichte der europäischen Einigung. 28 Mitgliedsstaaten hat die Europäische Union heute 30



Zusammengestellt von Julia Rudorf

Campus Europa – Welche Erfahrungen Studierende an der Freien Universität Berlin mit der Außenwahrnehmung ihrer Heimat machen und was sie selbst über ihre Heimatländer denken 36

Anzeige



Lindenthaler Allee 30
14163 Berlin-Zehlendorf
Fax: 030 80498248
mail@sprachconcept.de

www.sprachconcept.de

Mit Freude Sprachen lernen. Für den Job. Für den Erfolg.

Englisch, Deutsch, Französisch,
Türkisch, Portugiesisch, Italienisch,
Spanisch, Polnisch, Russisch...
sprechen, hören, schreiben und verstehen.

Internationale Zertifikate

Erwerben Sie in unserer Sprachschule internationale Abschlüsse wie TOEIC, TOEFL, TestDaF, WiDaF oder TFI.

Beratung: 030 804982-52 oder -53



Anzeigen



RISTORANTE GALILEO

Über den Dächern der Freien Universität Berlin befindet sich das Ristorante Galileo, das im April dieses Jahres 25-jähriges Jubiläum feiert. Wir sind stets darauf bedacht unsere Gäste mit italienischen & apulischen Speisen zu verwöhnen.

Ristorante Galileo . Otto-von-Simson Straße 26 . 14195 Berlin . Tel.: 030 / 831 23 77 . E-Mail: info@ristorantegalileo.de . www.ristorantegalileo.de

reisebüro und premium-bahnagentur

die bahnfüchse

Ihre langjährigen Profis sowohl bei Gruppenfahrten als auch bei Individualreisen – wir haben meist einen besseren Preis

die bahnfüchse GmbH

info@bahnfuechse.de

www.bahnfuechse.de

persönlich: am U-Breitenbachplatz, Schorlemerallee 1, 14195 Berlin
oder am S-Bhf. Köpenick, Mahlsdorfer Str. 1, 12555 Berlin



BERLINER SAMENBANK

Wir machen **Berliner**.
Mit unseren Partnern
auch **Frankfurter**,
Nürnberger, **Hamburger**.

030-3018883 www.berliner-samenbank.de Friedrichstr. 152 10117 Berlin-Mitte

Inhalt

- 
 Von Sven Lebert
Showdown beim Milliarden-Poker – Wie Nehmerländer und Geldgeber miteinander um Kredite und Konditionen ringen, und welche Strategien dabei auf beiden Seiten angewandt werden 40
- 
 Von Julia Rudorf
Europa im Fokus – Europa ist ein wichtiger Teil der Forschung an der Freien Universität. Einige Zentren beschäftigen sich intensiv mit ausgewählten Ländern, drei davon stellen wir Ihnen vor 48
- 
 Von Nora Lessing
Die alte Angst vor dem Untergang – Angesichts der Terroranschläge von Paris und der Pegida-Kundgebungen fordern Wissenschaftler mehr Reflexion im Umgang mit dem Islam 52
- 
 Von Sonja Alvarez
Rechts überholt? – In acht Ländern der Europäischen Union wird dieses Jahr gewählt. Wissenschaftler beschäftigen sich mit dem Phänomen des neuen Nationalismus 56
- 
 Von Leonard Fischl
Ziemlich beste Freunde – Früher waren sie Gegner, heute sind sie Verbündete. Doch ein Selbstläufer war die Beziehung zwischen Deutschland und Frankreich noch nie 62

Kurz fundiert

- 
Kurz-fundiert
 Europa in Stichpunkten 68

Impressum

Herausgeber

Das Präsidium der Freien Universität Berlin

Redaktion und Vertrieb

Christa Beckmann (v.i.S.d.P.)

Bernd Wannenmacher, Julia Rudorf

Freie Universität Berlin

Stabsstelle Presse und Kommunikation

Kaiserswerther Straße 16 – 18, 14195 Berlin

Telefon: (030) 838-73180 | Fax: (030) 838-73187

E-Mail: fundiert@fu-berlin.de

Titelbild

photocase.de, kallejipp

fundiert im Internet:

www.fu-berlin.de/fundiert

Druck

H. Heenemann GmbH & Co

Anzeigenverwaltung

ALPHA Informationsgesellschaft mbH

Finkenstraße 10

68623 Lampertheim

Telefon: (06206) 939 – 0 | Fax: (06206) 939 – 232

E-Mail: info@alphapublic.de

www.alphapublic.de

Gestaltung

UNICOM Werbeagentur GmbH

Parkau 36, 10367 Berlin

Telefon: (030) 509 69 89 – 0 | Fax: (030) 509 69 89 – 20

E-Mail: hello@unicommunication.de

www.unicommunication.de



Die Elephantine-Fundkisten von 1907 enthalten aramäische Papyri, die im Rahmen des Projekts „Localizing 4.000 Years of Cultural History. Texts and Scripts from Elephantine Island in Egypt“ untersucht werden sollen.

Foto: Staatliche Museen zu Berlin, Ägyptisches Museum und Papyrussammlung, Sandra Steiß

Virtuelle Reise ins Altertum

Mit naturwissenschaftlichen Methoden unterstützt der Physiker Heinz-Eberhard Mahnke Berliner Ägyptologen beim Entziffern ägyptischer Papyrus-Schriften

Unzählige Schätze schlummern in den Räumen des Ägyptischen Museums und Papyrussammlung Berlin. Doch zahlreiche Papyri, seit Jahrtausenden zusammengerollt oder -gefaltet, warten noch darauf, „entblättert“ zu werden. Experten wagen sich nur an ausgewählte Stücke, denn groß ist die Gefahr, wertvolle Zeugnisse einer Hochkultur zu beschädigen oder gar zu vernichten. Doch es gibt schonendere Verfahren, wie das des Physikers Heinz-Eberhard Mahnke: Er kann diese Papyri virtuell entfalten.

[Lesen Sie weiter »](#)

Europa am Scheideweg

Warum die Antwort auf die Krise ein vereintes Europa sein muss



EU-Parlamentspräsident Martin Schulz

Was in Europa seit der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts geschaffen wurde, ist für mich eine der größten zivilisatorischen Errungenschaften, die unser Kontinent je gesehen hat. Nach den Verheerungen und Verwüstungen des Krieges reichten sich Erzfeinde zur Versöhnung die Hände und wurden Freunde; Nachbarn rissen trennende Mauern ein und öffneten Grenzen; Diktaturen wurden zu Demokratien und Europa zur Rechtsgemeinschaft. Das ist in der Geschichte unseres Kontinents beispiellos.

70 Jahre später befindet sich Europa am Scheideweg. Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat sich rapide zu einer Sozial- und Vertrauenskrise ausgeweitet. In Ländern wie Griechenland und Spanien hat fast jeder zweite junge Mensch keine Arbeit. Diese Menschen zahlen mit ihren Lebenschancen für eine Krise, die sie nicht verursacht haben. Schon ist die Rede von einer verlorenen Generation. Wenn es uns nicht gelingt, vor allem das Problem der Jugendarbeitslosigkeit in den Griff zu bekommen, dann ist Europa ernsthaft in Gefahr.

In dieser wirtschaftlich und sozial angespannten Lage schüren nun anti-europäische Parteien mit billigem Populismus Angst und wollen den Menschen weismachen, dass ohne die EU alles besser wäre. Welch ein Irrtum! Es ist absurd, angesichts der wirtschaftlichen, demografischen, sicherheits- und währungspolitischen Herausforderungen zu glauben, jetzt sei die große Stunde der Nationalstaaten gekommen.

Was ist denn die Alternative zu Europa? Die Alternative wäre weniger Zusammenarbeit, weniger Wohlstand,

weniger Sicherheit. Wir müssen all jenen, die Europa abwickeln wollen, entgegenhalten, dass ihre Alternative verheerend wäre für die Menschen in Europa. Denn wenn wir nicht zusammenhalten und nicht gemeinsame Lösungen für gemeinsame Probleme finden, dann driften wir in die weltpolitische Bedeutungslosigkeit ab und büßen unsere Handlungsfähigkeit, unser Gesellschaftsmodell und unsere Demokratie ein. Wer das will, soll es den Menschen offen sagen.

Die Idee Europas, nämlich dass Staaten und Völker über Grenzen hinweg zusammen arbeiten, um gemeinsame Probleme gemeinsam zu lösen, weil sie wissen, dass sie gemeinsam stärker sind als allein – diese Idee ist unbestritten und wird von den Menschen unterstützt. Aber leider verbinden immer weniger Menschen diese Idee mit der EU, wie sie sich heute präsentiert. Wir müssen deshalb die Europäische Union reformieren und verbessern, wenn wir die Idee von Europa verteidigen wollen.

Dazu gehört zum einen die weitere Demokratisierung der EU. Die Europawahl im Mai 2014, bei der zum ersten Mal Spitzenkandidaten für das Amt des Kommissionspräsidenten antraten und der Gewinner der Europawahl dann auch vom Europaparlament zum Kommissionspräsidenten gewählt wurde, war ein wichtiger Schritt in diese Richtung. Zum anderen muss die EU aufhören, sich in Dinge einzumischen, die sie besser anderen überlassen sollte, weil diese es besser können. Genau dies hat die neue Kommission angekündigt, und das Europäische Parlament wird sie auf diesem Weg unterstützen. Was lokal, regional oder national geregelt werden kann, soll auch dort entschieden werden. Mein Plädoyer ist: Europa muss sich auf die großen Fragen konzentrieren, etwa auf die weltweiten Handelsbeziehungen, den Kampf gegen Spekulation, Steuerflucht und -vermeidung, den Klimawandel, auf Migrationsfragen oder auf die Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität.

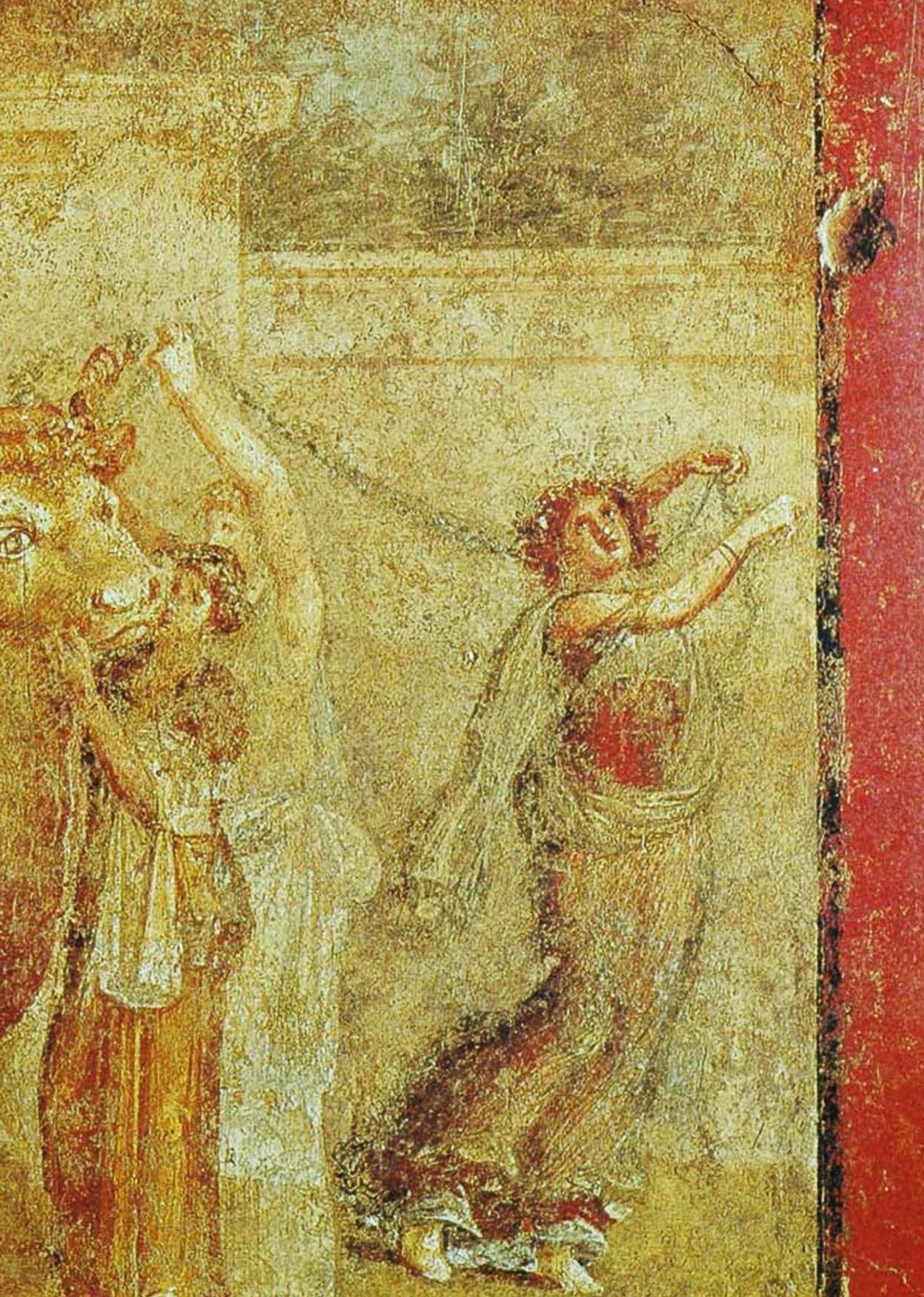
Nur so kann es uns gelingen, das Vertrauen der Menschen zu Europa und seinen Institutionen wiederherzustellen, um die beispiellose historische Erfolgsgeschichte EU fortzuschreiben. Bündeln wir die Macht der 28 Staaten, unserer 500 Millionen Menschen und des reichsten Binnenmarktes der Welt, dann können wir etwas bewegen. Wir brauchen die EU heute mehr denn je.

Martin Schulz

Präsident des Europäischen Parlaments

Mythos Europa

Europas Geist wurzelt in der Antike, die Ideen von Freiheit und Verantwortung des Einzelnen finden sich bereits in der griechischen Philosophie. Doch wie antik ist Europa? Und wie hat sich der Mythos im Laufe der Jahrhunderte gewandelt?





VON MATTHIAS THIELE

Es ist der 6. März 2014, Akropolis-Museum in Athen. „Efcharistó“, sagt Bundespräsident Joachim Gauck: Danke. „Herzlichen Dank für die Einladung, an diesem so besonderen Ort sprechen zu dürfen.“ Es ist sein erster Besuch als deutsches Staatsoberhaupt in der hellenischen Republik. Gauck steht im Museum am Fuß der wohl bekanntesten Stadtfestung des antiken Griechenlands und redet über Erbe und Zukunft Europas. Er preist Athen als Ursprungsort der Demokratie und Wurzel der Zivilisation, spricht von Pythagoras, Platon und Sokrates, fragt, was ein Hölderlin wäre ohne die geistige Heimat Griechenland oder die Architektur in Berlin-Mitte ohne hellenische Anleihen. „Das sind mehr als nur historische Zitate“, sagt er: „Es sind Beweise einer fortdauernden Verbindung über Tausende von Kilometern und Tausende von Jahren.“

Wenn von Europa gesprochen wird und seiner Einheit, greifen Politiker und Redenschreiber, Wirtschaftsbosse und Gewerkschafter immer wieder gern zurück auf den Mythos, der unseren Kontinent umgibt. Da ist von „einem großen Ensemble zivilisatorischer Werte“ die Rede (Václav Havel), vom „Europa einer Schicksalsgemeinschaft“ und vom „europäischen Zivilisationsprozess“ – etwa in der Charta der Europäischen Identität.

Doch was macht diesen Mythos aus? Woher stammt das Selbstverständnis, Europäer zu sein? Und was ist der Geist dieser Idee eines vereinigten Kontinents?

Die mythologische Sagengestalt Europa jedenfalls war eine Asiatin: eine Tochter des phönizischen Königs Agenor und der Telephassa, die an der Mittelmeerküste des heutigen Libanons lebte. Ausgerechnet der Schwereböter und Götterkönig Zeus verliebte sich in die schöne Frau, fürchtete jedoch den Zorn seiner Göttergattin Hera und schmiedete deshalb eine List: Sein Bote Hermes sollte die Königstochter zu einer Kuhherde führen, unter die sich der Donnergott selbst in Gestalt eines prächtigen Stieres gemischt hatte. Europa war so beeindruckt von dem schönen Tier, dass sie sich von ihm entführen und auf seinem Rücken nach Kreta bringen ließ. Dort angelangt, so der Mythos, zeugten Zeus und Europa drei Kinder, darunter Minos, der fortan Herrscher der Insel sein sollte. Seine Mutter dagegen sollte dem gesamten Erdteil den Namen geben, zu dem die Insel heute gehört.

„Für die Griechen war Kreta jedoch ein Teil Asiens“, sagt Professor Ernst Baltrusch, der am Friedrich-Meinecke-Institut der Freien Universität Berlin Alte Geschichte lehrt. „Insofern hat der Mythos Europa mit unserer Vorstellung vom Kontinent Europa überhaupt nichts zu tun.“ Überhaupt relativiert der Althistoriker viele überkommene Vorstellungen von den anti-

ken Wurzeln der europäischen Idee. Athen als Hort der Demokratie? „Eher nicht, denn die Vorstellung unserer repräsentativen, parlamentarischen Demokratie gründet mehr auf idealisierten Bildern der römischen Republik, die zu Zeiten der Aufklärung und des frühen Parlamentarismus im 19. Jahrhundert aufkamen. Eine direkte Linie vom alten Athen zum modernen Europa gibt es nicht.“ Und die europäische Identität? „Athener, Spartaner und Korinther verstanden sich als Griechen, nicht als Europäer“, sagt Baltrusch. „Die Römer hatten ihr Imperium Romanum im Blick – das auch Afrika und den Nahen Osten umfasste.“ Aber Karl der Große! Nein, auch hier rückt der Wissenschaftler das Bild zurecht: „Der verstand sich als Nachfolger der römischen Kaiser und Beschützer der universalen Kirche.“

Und dennoch beruft sich das moderne Europa immer wieder auf Traditionen und Vorbilder aus allen Epochen der Geschichte. Was also macht Europa aus? Und welchen Anteil haben die geschichtlichen Entwicklungen an unseren heutigen Vorstellungen von Staat, Gesellschaft und Miteinander?

Für die alten Griechen begann Europa erst in Bulgarien

Für die Griechen war Europa ein Erdteil, den Herodot in seinen „Historien“ beschreibt. Für ihn begann Europa außerhalb des griechischen Einflussgebietes im Westen, dort, wo die Barbaren lebten und heute Bulgarien liegt. Im Osten und Süden dagegen erstreckte sich Asien vom Reich der Perser bis zum Nil, und vom Nil bis zum Atlasgebirge in Marokko war Afrika.

Was die griechischen Gebiete tatsächlich von den Siedlungsräumen anderer Völker unterschied, waren die kleinräumigen politischen Strukturen: Die Polis als politischer Raum, in dem die Bürger – etwa in Athen – selbst über ihre gesellschaftlichen Belange diskutierten und abstimmten. Der Einfluss der Regionen ist auch im heutigen Europa noch stark, besonders dort, wo sich Staaten föderale Verfassungen gegeben haben. Allerdings durften im alten Athen nur freie Männer abstimmen; 80 bis 85 Prozent der Bewohner waren Sklaven, Frauen und Kinder und deshalb von der politischen Teilhabe ausgeschlossen.

Die Kleinräumigkeit Europas hat sich bis heute erhalten. Doch was die Bürger der Stadt auf der Agora unterhalb der Akropolis in Heeres-, Volks- und Gerichtsversammlungen diskutierten, betraf selten das, was heute Innen-, Wirtschafts-, Sozial- oder Bildungspolitik ausmacht. Es ging hier meist um Krieg und Frieden, um Militärbündnisse und Verteidigungsstrategien. Anders als in modernen demokratischen Systemen musste die Politik der Griechen keinen Ausgleich finden zwischen den gesellschaftlichen Gruppen, es gab keine ausdiffe-

renzierte Verwaltung, die das Alltagsgeschäft der Politik hätte übernehmen können. Unter Althistorikern gilt deshalb der Unterschied zwischen der athenischen Demokratie und den heutigen Formen für unüberbrückbar.

„Die repräsentative Form unserer modernen Demokratien ist ideengeschichtlich eher mit den Vorstellungen des 18. und 19. Jahrhunderts über die Römische Republik verknüpft“, bestätigt Ernst Baltrusch. So prägen die Begriffe von Freiheit und Gleichheit die Verfassungsväter im amerikanischen Unabhängigkeitskampf und in der Französischen Revolution. „Der Sturz der Könige, der Kampf der Republik gegen die verhasste Monarchie, die Verschwörung gegen Cäsar: Das waren die ideale Washingtons und Lafayettes.“

Verfolgung, statt Einheit in Vielfalt

Doch auch Rom taugt kaum dazu, den Mythos Europa zu begründen. Zu sehr waren die Regeln der *res publica* von den Adelsgeschlechtern der Stadt geprägt. Ihre Identität war geprägt vom Imperium Romanum, einem auf die Hauptstadt des Reiches bezogenen Rechtsraum, der im Laufe der Jahrhunderte in einem langen Prozess wuchs: Die Römer waren nämlich sehr erfolgreich darin, in den von ihnen eroberten Gebieten kulturelle und gesellschaftliche Eigenheiten der Bevölkerung zunächst zu tolerieren, nützliche Gebräuche aus anderen Ländern zu adaptieren und die eigene Idee von der Vormachtstellung Roms – die Rom-Idee – auf diese Weise behutsam in die Provinzen zu tragen. „Dies wurde insgesamt im Westen des Reiches stärker forciert, da die römische Kultur mit ihren Tempeln, Marktplätzen und Bädern

dort unbekannt war, während es im Osten des Reiches aufgrund der hellenistischen Einflüsse solche Einrichtungen bereits gab“, sagt Baltrusch. Fast könnte man von einer Einheit in Vielfalt sprechen, die Europa auch heute noch prägt. „Aber Strömungen, die sich nicht integrieren ließen, insbesondere monotheistische Religionen wie das Christentum und das Judentum, wurden von den Römern gnadenlos verfolgt.“ Der Anspruch der Römer war nicht eine Herrschaft über Europa oder den Mittelmeerraum. Ihr Anspruch war die Herrschaft über die damals bekannte Welt.

Die Idee hinter der „glücklichsten Periode der Menschheitsgeschichte“

Spätestens mit der Kaiserzeit verband die Rom-Idee das Imperium zu einer Einheit. Der britische Historiker Edward Gibbon bezeichnete im 18. Jahrhundert das zweite nachchristliche Jahrhundert als beste und glücklichste Periode der Menschheitsgeschichte. „Die Zeit der römischen Kaiser von Augustus bis zu Marc Aurel ist geprägt von der Idee des Friedens, des wirtschaftlichen Wohlstandes und des kulturellen Pluralismus“, sagt Althistoriker Baltrusch. Die Sicherheit im Inneren beförderte die Wirtschaft, und der Handel blühte auf, denn die Straßen des Imperiums und freier Warenverkehr ohne Zölle verbanden die Provinzen vom heutigen Großbritannien bis Ägypten und von Spanien über die Krim bis Armenien. Der Wohlstand ließ Raum für soziale Fürsorge entstehen: Abgesehen von den Sklaven litt selten ein Bewohner des Römischen Reiches Hunger in diesen Jahren. Kam es in einem Teil des Imperiums zu Ernteausfällen, halfen andere Regionen mit Lebensmitteln aus.

Auch ein einheitlicher Rechtsraum – kodifiziert im 6. Jahrhundert unter dem oströmischen Kaiser Justinian im *corpus iuris civilis* – stiftete Identität: Er dokumentierte eine Ordnung, die im gesamten Imperium Romanum galt und die das Lateinische als Reichssprache etablierte. „Einzig im östlichen Teil des römischen Reiches trat daneben Griechisch als zweite Amtssprache“, sagt Ernst Baltrusch. „Die hellenistischen Kultureinflüsse dort wurden von den Römern schon bei der Eroberung der Gebiete weitergetragen und adaptiert. Insgesamt kann man beim Imperium Romanum von einer griechisch-römischen Kultur sprechen.“

Als Konstantin der Große am 11. Mai 330 Byzanz unter dem neuen Namen Konstantinopel zur neuen Hauptstadt des Imperiums erklärte und mit seinem Hof Residenz am Bosphorus nahm, blieb die Idee Rom bestehen. Die Hauptstadt im Osten galt schnell als „Neues Rom“ – und während im Westen von 375 n. Chr. an die Völkerwanderung der germanischen Stämme den Druck auf die Außengrenzen des nun geteilten Reiches

Prof. Dr. Ernst Baltrusch



Ernst Baltrusch ist seit 1995 Professor für Alte Geschichte am Friedrich-Meinecke-Institut der Freien Universität, und er forscht im Arbeitsbereich „Historical Spaces“ des Exzellenzclusters Topoi.

In seiner wissenschaftlichen Arbeit konzentriert er sich unter anderem auf die Geschichte des Judentums in der Antike, das Völkerrecht in der Antike,

die Geschichte Spartas und der Römischen Republik – und steht, wie so oft, *fundiert* als Experte Rede und Antwort. Aktuell arbeitet er an einer Geschichte der römischen Kaiserzeit.

Kontakt

Freie Universität Berlin

Friedrich-Meinecke-Institut

E-Mail: balt@zedat.fu-berlin.de

erhöhte, erblühte Konstantinopel zum neuen geistigen Zentrum des Mittelmeerraums.

Das Christentum, im 4. Jahrhundert noch verfolgt, stieg spätestens 380 zur Staatsreligion auf und brachte neue Impulse in das Denken und die Kultur der Römer. Während man zuvor jahrhundertlang allen Religionen gegenüber sehr tolerant aufgetreten war, solange sie die Vormachtstellung Roms anerkannten, wurde die Religionsfreiheit nun eingeengt.

Das Christentum wird Staatsreligion, die Religionsfreiheit eingeschränkt

Andererseits spiegelt das überlieferte Jesus-Wort „So gebt dem Kaiser, was des Kaisers ist, und Gott, was Gott es ist!“ eine Grundhaltung der neuen christlichen Religion, die auch schon im römisch-griechischen Kulturkreis breiten Zuspruch fand. „Während in den orientalischen Gesellschaften alles Handeln auf einen Gott hin

gedacht wurde, der gleichzeitig oft in der Person des Königs verkörpert war, etabliert sich in der christlichen Gesellschaft die Idee einer eigenen politischen Ordnung, die neben der göttlichen Ordnung besteht“, sagt Baltrusch. Politik wird also vom Menschen gemacht, nicht von Gott.

Mit dem Beginn der Völkerwanderung 375 n. Chr. bestimmten zunehmend germanische Einflüsse das Gesellschaftsbild im westlichen Römischen Reich. Sklaverei kannten die Menschen aus dem Norden nicht, Repräsentation von Politik und Hofordnung spielten eine stärkere Rolle als in den antiken Gesellschaften des Mittelmeerraums. „Auch die Rolle der Frau war in den germanischen Gesellschaften sicher bedeutender als in der römischen. Hinzu kam der Freiheitsgedanke, den das Germanentum nach Europa brachte“, sagt Baltrusch.

Gleichzeitig fiel es den neuen Herrschern schwer, das an keine kirchliche Lehre glaubende, antike Hochkul-

Konstantin der Große erklärte Konstantinopel zur neuen Hauptstadt seines Imperiums, die Stadt im Osten galt schnell als „Neues Rom“ und erblühte zum geistigen Zentrum des Mittelmeerraums.



wikipedia

turerbe aufrechtzuerhalten. Es wurde modifiziert, angepasst und vereinfacht. Klöster wurden zu den Hütern des überlieferten Wissens – vieles jedoch ging verloren.

Mit Karl dem Großen gelang es einem germanischen Fürsten, große Teile des Weströmischen Reiches wieder in einem Herrschaftsraum zu vereinen. Zwar pries ihn ein anonymes Dichters als *pater totius Europae* – als Vater ganz Europas; doch ist mit dem Begriff eher eine Art von christlicher Solidargemeinschaft umschrieben, die sich zudem auf den lateinischen Westen des Kontinents beschränkte. Als sich Karl im Jahr 800 n. Chr. in Rom zum Kaiser krönen ließ, war er denn auch nicht in erster Linie „Beschützer Europas“, sondern *defensor ecclesiae* – Verteidiger der Kirche. Zwar trugen er und seine Nachfolger dazu bei, den europäischen Kontinent durch die Konservierung des Lateinischen als Sprache der Wissenschaft und Bildung weiter zu einen; doch sie konnten nicht verhindern, dass der europäische Raum in viele kleine Herrschaftsgebiete zerfiel.

Verbindendes Glied zwischen den Völkern blieb die Religion. Pilger trugen langfristig auch zu einer europäischen Identität bei: Sie reisten teils in die entlegensten Winkel des Kontinents – nach Santiago de Compostela etwa oder Canterbury –, oder sie kamen von den Randzonen des geografischen Europas, von Ungarn, Süditalien und der Ostsee nach Rom, Köln, Tours oder Aachen. Dabei erlebten sie eine Gemeinschaft als Europäer und Christen, verbunden durch den entbehrungsreichen Weg und die Gastfreundschaft.

Die eigentliche Entdeckung einer europäischen Identität fiel dagegen eng mit dem Untergang Konstantinopels zusammen: Am 29. Mai 1453 überwand die Osmanen bei Sonnenaufgang die Mauern der Stadt

und plünderten das „Neue Rom“. Sie wurden auch für den lateinischen Westen zur Bedrohung. Der Schock saß ebenso tief wie die Erleichterung, dass es „nur“ die orthodoxen Glaubensbrüder getroffen hatte, ebenso die Angst, Sultan Mehmed II. und seine Truppen könnten über den Balkan noch weiter nach Mitteleuropa vordringen. Der Fall Konstantinopels löste so auch eine Debatte unter den Intellektuellen der christlichen Welt aus über die Identität des christlichen Europas, eines Europas in Waffen, das sich gegen die Türken und den Islam richtete, die man als aggressive Angreifer auf die christlich-friedliche Welt empfand. Europa wurde so zum Begriff der Abgrenzung gegenüber einem als brutal, gottlos und unzivilisiert verstandenen, islamischen Reich. Fortan prägte die „Türkengefahr“ das Bewusstsein der Europäer.

Nach dem Dreißigjährigen Krieg erholt sich der Kontinent von Kriegen und Kämpfen

Der Europabegriff blieb bis zur Aufklärung christlich geprägt, auch wenn die westliche Christenheit zu Beginn des 16. Jahrhunderts zerfiel. Luther bekämpfte den Ablasshandel Roms, Zwingli bezweifelte in der Schweiz die Lehre der Mutter Kirche, in London erklärte sich Heinrich VIII. unabhängig vom Papst.

Die Konfessionen wurden zu einem Spielball der Macht, Krieg wütete in Europa, Söldner brandschatzten quer durch die deutschen Lande. Erst nach dem Ende des Dreißigjährigen Krieges 1648 erholte sich der Kontinent von den Kämpfen um den wahren Glauben, und die Philosophie der Aufklärung brach sich Bahn. Um 1700 entstand im Diskurs erstmals die Identi-

Anzeige

Akademische Buchhandlung

Ihre wissenschaftliche
Versandbuchhandlung mit den
besonderen Dienstleistungen.

Aktuell. Kompetent. Schnell. Zuverlässig.

Werner GmbH

Ehrenbergstraße 29
14195 Berlin

Telefon +49 (0)30 84 19 08-0
Telefax +49 (0)30 84 19 08-25
E-Mail info@akabuch.de
www.akabuch.de

tät eines kulturellen Europas, losgelöst von religiösen Vorstellungen: Kunst, Wissenschaft, Reichtum, Literatur und Kriegskunst galten der Aufklärung als europäische Errungenschaften und standen in Abgrenzung zu den Attributen der anderen Kontinente. Europa galt als Herrin der Welt, Asien dagegen als Kontinent des Islam. Afrika als die alte Kornkammer Roms war Zeichen der Fruchtbarkeit, der neu entdeckte Kontinent Amerika galt als wild und gefährlich. Erstmals wurde die Geschichte Europas als zusammenhängende Entwicklung beschrieben, um Europas Überlegenheit im Vergleich mit anderen Kulturen zu beschreiben.

Doch die Französische Revolution und ihre Folgen für Gesellschaft, Staat und Wirtschaft verstärkten zunächst das Trennende: Geschichte wurde als Wettlauf der Nationen betrachtet, Kriege als Mittel der Politik, das „lange 19. Jahrhundert“ war geprägt von Aufrüstung, Säbelrasseln und Stellvertreterkriegen und mündete in die Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts: den Ersten Weltkrieg, dem bald ein zweiter folgte.

So ist es nicht verwunderlich, dass die moderne Idee von einem geeinten Europa nach den beiden großen Kriegen entstand, die mehr als 100 Millionen Menschenleben kosteten. „Nie wieder Krieg! Das ist sicher der Gründungsmythos der Europäischen Union“, sagt Tanja Börzel, Professorin am Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft und Leiterin der Arbeitsstelle Europäische Integration: „Ihre Gründungsväter Adenauer, de

Gaulle und De Gasperi wollten dauerhaften Frieden für Europa.“

So waren es die kriegswichtigen Rohstoffe Kohle und Stahl, die als Erstes der Aufsicht einer neu geschaffenen supranationalen Gemeinschaft unterstellt wurden, später kam die Atomkraft hinzu, eine gemeinsame Verteidigungspolitik scheiterte an den Vorbehalten Frankreichs. „Dennoch ist die deutsch-französische Freundschaft sicher die treibende Kraft hinter der europäischen Idee“, sagt Börzel.

Auch wenn die Erinnerung an Elend und Leid mit dem Tod von Angehörigen der Kriegsgeneration nach und nach vergeht: Der Mythos von Friede, Freiheit und sozialer Gerechtigkeit aus den Gründerjahren der Europäischen Union besteht bis heute. Doch auch er ist bedroht. „Wie gefährdet der Frieden auch heute noch ist in Europa, zeigen die Ereignisse in der Ukraine“, sagt Tanja Börzel: „Die Freiheit wird direkt durch einen schwer zu fassenden, dschihadistischen Terrorismus bedroht – und indirekt durch dessen Bekämpfung, indem Freiheitsrechte aus Gründen der Sicherheit und Kontrolle beschnitten werden.“ Und auch von allgemeinem Wohlstand könne angesichts einer Jugendarbeitslosenquote von mehr als 50 Prozent in einigen südeuropäischen Staaten mittlerweile kaum noch gesprochen werden. Diese Entwicklung, ist die Politikwissenschaftlerin überzeugt, „macht den Gründungsmythos der Europäischen Union aktueller denn je“.

Als sich Karl der Große im Jahr 800 n. Chr. in Rom zum Kaiser krönen ließ, galt er weniger als „Beschützer Europas“, sondern als „defensor ecclesiae“ – Verteidiger der Kirche (Wandgemälde, 16. Jahrhundert, Vatikan).



wiki/peccata



Wir stehen Unternehmen zur Seite!

Das Enterprise Europe Network Berlin-Brandenburg informiert und berät über innovationsorientierte Entwicklungen, Initiativen und Programme der Europäischen Union und hilft Ihnen bei der Suche nach Geschäfts- und Technologiepartnern. Es ist hier vor Ort Ihr Wegweiser durch die umfangreichen Informationen aus Brüssel. 20 Europaexperten in den drei beteiligten Trägereinrichtungen des Enterprise Europe Network Berlin-Brandenburg sind eng mit Fachleuten aus ganz Europa vernetzt. Sie bieten im Gesamtverbund des Enterprise Europe Network integrierte Europadienleistungen auch für Ihr Unternehmen an und stehen Ihnen unmittelbar als Ansprechpartner zur Verfügung!

Möchten Sie über aktuelle EU-Informationen, Kooperations- oder Technologiegesuche in Ihrer Branche regelmäßig per Email informiert werden? Oder wünschen Sie ein Beratungsgespräch mit uns?

Bitte schreiben Sie uns an: eu-beratung@berlin-partner.de

Abonnieren Sie unseren H2020-Emaildienst!

Unser H2020-Emaildienst bündelt Informationen zu Horizont 2020 und informiert zu aktuellen Aufrufen, Inhalten und Beteiligungsmöglichkeiten, aber auch zu Veranstaltungen und Workshops in Brüssel oder in der Region. Wir bereiten diese Informationen themenspezifisch auf – Sie abonnieren unseren Emaildienst Ihren Interessen entsprechend. Der Emaildienst erscheint alle zwei Monate neu oder ereignisgebunden als „E-Alert“.

Interessiert? Abonnieren Sie den Newsletter über unsere Webseite www.eu-service-bb.de

Sie finden das entsprechende Formular auf unserer Homepage in der rechten Menüleiste unten.

Vorteil durch europaweite Kooperationen

Sie wollen wissen, wie erfolgreich Sie ins Auslandsgeschäft starten oder ausländische Märkte erschließen können? Sie sind auf der Suche nach neuen Ideen und innovativen Lösungen oder wollen Ihre Technologien im Ausland anbieten? Sie wollen Ihre Forschungsergebnisse vermarkten und suchen nach geeigneten Lizenznehmern oder Patentkäufern? Sie wollen Ihre Dienstleistungen oder Produkte erfolgreich im Ausland vermarkten? Sie suchen Kunden, Zulieferer, Anwender, Vertriebs- oder Entwicklungspartner aus ganz Europa? Sie suchen Zugang zu europäischen Forschungs- und Entwicklungsprojekten?

Das Enterprise Europe Network Berlin-Brandenburg unterstützt Unternehmen und Forschungseinrichtungen bei der Suche nach geeigneten **Kooperationspartnern** für die technologische, geschäftliche oder projektbezogene Zusammenarbeit und hilft Ihnen tragfähige Kontakte im Ausland aufzubauen und von Innovationen aus Europa zu profitieren.

Sie sind interessiert und wünschen eine individuelle Beratung durch unsere Experten?

Bitte schreiben Sie an eu-beratung@berlin-partner.de, wir setzen uns gern mit Ihnen in Verbindung!



Welche Sprache(n) spricht Europa?

„In Vielfalt geeint“ lautet das Motto der Europäischen Union. Gemeint ist auch die Sprachenvielfalt. Die Mehrsprachigkeit zu bewahren, hat sich Europa auf die Fahne geschrieben. Bei Dutzenden von Sprachen eine politische Herausforderung.





VON VERENA BLINDOW

Vom Polnischen ins Portugiesische, vom Deutschen ins Dänische oder Maltesische, und sowieso alles noch mal auf Englisch – ein mehrsprachiger Alltag in Europa würde ohne Sprachmittler nicht funktionieren. Damit die Union nicht täglich ins Sprachchaos stürzt, arbeiten mehr als 4.000 Übersetzer in den Institutionen, alleine 1.500 bei der Europäischen Kommission.

Sie haben gut zu tun, denn es gibt aktuell 24 Sprachen, die als Amtssprachen anerkannt sind. „Amtssprache“ bedeutet konkret, dass die europäischen Gesetzestexte in allen 24 Sprachen zugänglich sind und dass jeder EU-Bürger und jede EU-Bürgerin das Recht hat, sich in einer dieser Sprachen an die Organe der Europäischen Union zu wenden – und in ebendieser Sprache eine Antwort zu erhalten. Soweit die Theorie. In der Praxis verliert die Sprachenpolitik in der EU hingegen an Bedeutung: Das 2007 eigens geschaffene Ressort für Mehrsprachigkeit wurde schon nach nur drei Jahren wieder abgewickelt. Die Sprachenvielfalt ist vom Top- zum „Querschnittsthema“ geworden, das nun irgendwo zwischen Bildung und Kultur und dem Ressort Arbeit und Soziales angesiedelt ist.

Matthias Hüning, Professor für Niederländische Philologie an der Freien Universität Berlin, beobachtet diese Entwicklungen genau. Er hat den Eindruck, dass Mehrsprachigkeit im offiziellen Europa kein Thema mehr ist: „Es gibt zurzeit weder EU-Initiativen für neue Forschungsprojekte dazu noch gibt es politische Äußerungen.“ Seltsam, findet er, da die Sprachenvielfalt doch ein wesentliches Merkmal der europäischen Gemeinschaft sei: „Dass wir uns in Europa gegenseitig verstehen können, ist essenziell!“

Wenig überraschend: Englisch ist die am weitesten verbreitete Sprache Europas

Doch gerade daran hapert es häufig: Beinahe die Hälfte der Europäer – 46 Prozent – kann sich ausschließlich in ihrer Muttersprache verständigen. Nur etwas mehr als die Hälfte – 54 Prozent – der europäischen Bevölkerung beherrscht eine Fremdsprache so gut, dass sie sich darin unterhalten kann. Zwei Fremdsprachen spricht gerade mal ein Viertel der EU-Bürger. Zu diesem Ergebnis kam das Spezial-Barometer zum Thema „Die europäischen Bürger und ihre Sprachen“, das 2012 von der Europäischen Kommission als Vergleich zur Befragung aus dem Jahr 2005 in Auftrag gegeben wurde.

Dabei stellte sich auch heraus, dass erwartungsgemäß Englisch die mit Abstand am weitesten verbreitete Sprache ist: Mehr als ein Drittel der europäischen

Bevölkerung spricht Englisch; in 19 von 25 Mitgliedsstaaten – Irland und Großbritannien sind hiervon ausgenommen – ist das Englische die meistgesprochene Fremdsprache. Etwa ein Viertel der Europäer fühlt sich der Sprache ausreichend mächtig, um Medien wie Radio, Fernsehen, Zeitschriften und das Internet einschließlich sozialer Medien auf Englisch nutzen zu können.

Auf den Zwiespalt, den diese Ergebnisse aufzeigen, weist Sprachwissenschaftler Matthias Hüning hin: „Das Englische ist faktisch schon die *lingua franca* Europas, doch in der Politik möchte sich das niemand eingestehen. Es wird weiter so getan, als seien alle Sprachen gleich. Natürlich sind sie alle gleichwertig, doch das Englische hat mittlerweile einen besonderen Status.“ Seine Forderung an die EU-Politiker lautet deshalb: Stellung beziehen. Die undifferenzierte Haltung den Sprachen gegenüber hält Hüning für Augenwischerei: „Die EU könnte und sollte sich selber zum Ziel setzen, die Englischkenntnisse der Europäer zu fördern und auf ein einheitliches Level zu bringen.“ Denn die Ergebnisse des Barometers zeigen auch, dass die Mehrzahl der Menschen in Europa gar kein oder nur sehr rudimentäres Englisch spricht.

Daneben gilt es, die europäische Mehrsprachigkeit zu fördern und zu schützen. „Wenn man die sprachlichen Entwicklungen dem freien Markt überlässt, dann wird auch das dazu führen, dass sich das Englische als Verständigungssprache durchsetzt – allerdings auf Kosten der anderen Sprachen“, sagt der Wissenschaftler. „Hier einen realistischen Mittelweg zu finden, sollte das Ziel einer EU-Sprachpolitik sein.“ Problematisch sei die Entwicklung etwa in der Wissenschaft. Zwar brauche man die länderübergreifende Sprache zum wissenschaftlichen Austausch, „aber wenn wissenschaftliche Themen nur noch auf Englisch behandelt werden, wird das Denken stromlinienförmig“, warnt der Sprachwissenschaftler.

In den Philologien sei die Entwicklung zulasten der Mehrsprachigkeit schon jetzt sichtbar, sagt er: „Die fremdsprachlichen Fächer an Universitäten werden immer kleiner oder ganz eingestampft.“ In Deutschland seien diese Disziplinen zwar noch nicht bedroht – „aber in den Niederlanden gibt es zum Beispiel demnächst wohl keine Skandinavistik und kein Portugiesisch mehr, in England ist der ganze Fremdsprachenbereich eine große Ruine und auch in den skandinavischen Ländern nimmt die Vielfalt des Angebots deutlich ab“. Hüning fordert deshalb den Erhalt von Infrastruktur und Know-how an den Universitäten – notwendige Voraussetzungen, um die Sprache und Kultur jedes Landes überall in der EU studieren zu können.

Dabei könne Mehrsprachigkeit kreative Prozesse begünstigen: „Nicht nur in der Wissenschaft, auch in Firmen birgt der Einsatz verschiedener Sprachen ein bislang unterschätztes Potenzial“, sagt Hüning. „Zum

Prof. Dr. Matthias Hüning



Matthias Hüning ist Professor für Niederländische Sprachwissenschaft am Institut für Deutsche und Niederländische Philologie. In seiner Forschung beschäftigt er sich mit vergleichend-kontrastiver Sprachwissenschaft, wobei es in erster Linie um Struktur und Stellung des Niederländischen innerhalb der (west-)germanischen Sprachen geht.

Daneben gilt sein Interesse der historischen Sprachwissenschaft und der Erforschung von Sprachwandelphänomenen. Mit sprachpolitischen und soziolinguistischen Aspekten der europäischen Sprachlandschaft beschäftigt er sich neuerdings verstärkt. Von 2006 bis 2011 war er an einem großen EU-Projekt zur europäischen Mehrsprachigkeit beteiligt.

Kontakt

Freie Universität Berlin

Institut für Deutsche und Niederländische Philologie

Arbeitsbereich Niederländische Philologie

E-Mail: matthias.huening@fu-berlin.de

Beispiel bei Formen der asymmetrischen Kommunikation: Du sprichst Französisch und verstehst etwas Deutsch, ich spreche Deutsch und verstehe genug Französisch. Wir können uns also verständigen, ohne die jeweils andere Sprache aktiv beherrschen zu müssen.“ Das sollte man weiter ausbauen, findet der Sprachforscher. Stattdessen sei gerade in internationalen Konzernen und zunehmend auch in Masterstudiengängen ausschließlich Englisch die beherrschende Sprache.

Gilt es, die Vielsprachigkeit in Europa zu erhalten und zu fördern, betrifft dies aber nicht nur die 24 Amtssprachen. Gesprochen werden in Europa um die hundert Sprachen – die Zahlen variieren je nachdem, ob Dialekte hinzugezählt werden. Wie die einzelnen Länder in Europa mit ihrer jeweils eigenen Sprachtradition umgehen, ist jedoch sichtlich verschieden. In Frankreich besteht etwa eine recht einseitige Sprachpolitik zugunsten des Französischen, wie es in Paris gesprochen wird. Mitte des 17. Jahrhunderts eingerichtet, kümmert sich auch heute noch die *Académie Française* um die „Vereinheitlichung und Pflege der französischen Sprache“. Mit der Französischen Revolution wurde Französisch

Anzeige

Für alle, die ein Ziel haben: Wir liegen auf dem Weg.

An der FU studieren - in Adlershof Geld verdienen. Jetzt bewerben!

Adlershof. Science at Work.

www.adlershof.de



als Standardsprache festgelegt und auch in abgelegenen Teilen des Landes durchgesetzt – damit sollte jeder französische Bürger in der Lage sein, die neue demokratische Gesetzgebung zu verstehen. Der Sprachzwang führte jedoch dazu, dass Dialekte und Sprachvarietäten, die besonders in ländlichen Gegenden gesprochen wurden, verschwanden.

„Vor allem im Süden Frankreichs sprachen die Menschen eigentlich kein Französisch“, sagt Judith Meinschaefer, Professorin für Galloromanische Sprachwissenschaft am Institut für Romanische Philologie der Freien Universität Berlin. Dort sei das Okzitanische stark verbreitet gewesen, eine galloromanische Sprache, die sich vom Französischen deutlich unterscheidet. Einige der Dialekte in Frankreich sind durch diese Sprachpolitik verloren gegangen. Andere – wie das Okzitanische – werden heute wieder kultiviert und gesprochen. Allerdings nicht auf Initiative der französischen Regierung, sondern der Bevölkerung: Heimat- und Kulturvereine bieten Sprachkurse an, und enge Gemeinschaften tragen die Sprache weiter.

Sprachen als Ausdruck der eigenen Identität

In Spanien gibt es seit Jahrzehnten Debatten um das Katalonische und das Baskische: „Beide Sprachgemeinschaften grenzen sich bewusst von Spanien ab“, sagt Judith Meinschaefer. „Das führt zu enormen gesell-

schaftspolitischen Spannungen, aber die Sprach- und Kulturgemeinschaften als solche funktionieren sehr gut.“ Die Sprache sei besonders hier ein wichtiges Mittel, um die eigene Identität auszudrücken. „Es gibt Familien, in denen nur Baskisch gesprochen wird, und baskische Kindergärten“, erläutert die Wissenschaftlerin. Ähnlich sei es in Katalonien. Das Spanische habe in diesen Regionen mal mehr und mal weniger Einfluss auf die Sprache und das Leben. „Das Baskenland und Katalonien sind die wirtschaftlich stärksten Gebiete Spaniens“, sagt Meinschaefer, „während Andalusien – die ‚genuin spanischsprachige Region‘ – deutlich schwächer ist. Dies mag auch ein Grund sein für die strikte Abgrenzung und den Wunsch nach sprachlicher, politischer und wirtschaftlicher Unabhängigkeit.“

Im Norden Italiens hat das Venezianische eine lange Tradition

Auch heute noch sehr lebendig sind die Dialekte etwa in Italien. Ein Grund dafür, dass viele Dialekte bis heute überdauert haben, sei der noch bis in die 1950er Jahre verbreitete Analphabetismus in Süditalien gewesen, sagt Judith Meinschaefer. So konnten sich regionale Färbungen ungehindert entwickeln. Im Norden Italiens war etwa das Venezianische eine traditionsreiche Literatursprache und wird so auch heute noch gesprochen. Die

Die bayerische Band *LaBrassBanda* knüpft an eine lange und erfolgreiche Tradition an, die vor allem in Bayern und Österreich existiert: Sie verknüpft Popmusik mit regionalem Dialekt.



LaBrassBanda/Gulliver Theis

italienische Regierung unterstützt die Pflege der Dialekte, etwa durch Grammatiken und Wörterbücher. Gerade bei der Jugend sind regionale Sprachvarianten beliebt: Auch wenn die jüngeren Generationen selbst kaum noch Dialekt sprechen, lassen sie die Sprachtradition ihrer Familie etwa in die Popmusik mit einfließen.

Auch im deutschen Sprachraum finden sich Dialekte in der Populärkultur wieder, weiß Horst Simon, Professor für Historische Sprachwissenschaft am Institut für Deutsche und Niederländische Philologie. „In Bayern und Österreich gibt es eine langjährige Tradition von spaßiger Popmusik mit regionalem Dialekt. Die Musik von Rainhard Fendrich oder Wolfgang Ambros etwa lief

in den 1970er und 80er Jahren im Radio hoch und runter“, sagt er. Heute knüpft die Band LaBrassBanda sehr erfolgreich an diese Tradition an. Besonders im süd-deutschen Raum und im Rheinland sei der authentische Ausdruck eng mit dem Dialekt verbunden.

„Dort, wo der Dialekt in der Popkultur stark vertreten ist, spielt er in der Regel auch im Alltag eine größere Rolle“, hat der Wissenschaftler beobachtet.

In Deutschland seien verhältnismäßig viele Dialekte lebendig. Das liege an der relativ späten Nationenbildung Deutschlands: „Es gab nie eine strikte Standardisierung der Sprache wie etwa in Frankreich“, sagt Simon. So blieben deutsche Mundarten bis heute erhalten und werden als Teil der Kultur gepflegt. „Durch die zunehmende Mobilität und die ständige Präsenz von Medien aus aller Welt gibt es aber heute kaum noch ‚Dorfdialekte‘, also Sprachvarietäten, die auf einen engen Raum begrenzt sind“, sagt der Wissenschaftler. Regionale Färbungen gebe es dagegen noch immer, wobei die Varietäten im Norden und Osten Deutschlands großräumiger verbreitet seien. Die Mär vom Aussterben der Dialekte glaubt Simon nicht, „davon sind wir noch weit entfernt“.

Prof. Dr. Judith Meinschaefer



Judith Meinschaefer ist Professorin für Galloromanische Sprachwissenschaft am Institut für Romanische Philologie. In ihrer Forschung befasst sie sich mit der Morphologie, Semantik und Phonologie verschiedener romanischer Sprachen, insbesondere des Französischen und Spanischen. Darüber hinaus interessiert sie sich für romanische Sprachen allgemein und deren Variation und Entwicklung im Besonderen.

Kontakt

Freie Universität Berlin

Institut für Romanische Philologie

Arbeitsbereich Galloromanische Sprachwissenschaft

E-Mail: judith.meinschaefer@fu-berlin.de

Prof. Dr. Horst Simon



Horst Simon ist Professor für Historische Sprachwissenschaft am Institut für Deutsche und Niederländische Philologie. Zu seinen Arbeitsschwerpunkten zählen die Historische Grammatik und Pragmatik des Deutschen und seiner Dialekte sowie die Theorie von Sprachwandel und -variation; ein besonderer Schwerpunkt liegt im Bereich des Zusammenhangs von Höflichkeit und Grammatik. Aktuell befasst er sich in seiner Forschung unter anderem auch mit der Verwendung von Dialekten in Comics und in YouTube-Videos.

Kontakt

Freie Universität Berlin

Institut für Deutsche und Niederländische Sprachwissenschaft

Arbeitsgruppe Historische Sprachwissenschaft

E-Mail: horst.simon@fu-berlin.de

„Kiezdeutsch“, vor allem geprägt durch Migranten, ist bislang kaum erforscht

Je nachdem, wie man „Dialekte“ definiert, entstehen heutzutage sogar neue Mundarten. Migranten aus den arabischen Ländern, aus der Türkei und dem Nahen Osten bringen neue Sprachen mit nach Deutschland, die sich auf eigene Weise mit dem Deutschen mischen. „Kiezdeutsch“ heißt diese neue Sprachvarietät hierzulande, erforscht ist sie bislang relativ wenig. So weiß man zum Beispiel nur ansatzweise, dass Kiezdeutsch-Formen in Berlin, Mannheim oder Stuttgart Gemeinsamkeiten haben, sich aber auch voneinander unterscheiden, denn lokal gefärbt sind sie alle. „Der Einfluss von nicht-europäischen Sprachen beschränkt sich aber nicht auf Deutschland“, sagt Horst Simon. „In fast allen multilingualen Zentren Europas gibt es dieses Phänomen: Immer dort, wo verschiedene ethnische Gruppen aufeinandertreffen, entstehen neue Formen der lokalen Mehrheitssprache.“

Ob sich tatsächlich neue Dialekte in Europa etablieren oder ob es eher ein vorübergehendes Phänomen ist, also ein „Sprachstil“, kann nur die Zeit zeigen. Wie sich die Standardsprachen in Europa entwickeln werden, sollte man hingegen nicht bloß abwarten, findet Matthias Hüning. „Sprache bedeutet immer auch: Kulturaustausch, Verständnis und gegenseitiges Kennenlernen.“ Das könne die Politik weiter fördern – mit Austauschprogrammen, Kulturinstituten und einem allgemeinen Bewusstsein für die Wichtigkeit von Sprachen und Sprachpolitik.



Der Zugang zur Festung

**Jedes Jahr versuchen abertausende Menschen die Flucht nach Europa.
Das stellt die europäische Asylpolitik vor große Probleme und neue Fragen**

VON PHILIPP EINS

Sie haben den Krieg überlebt, Familie und Freunde verloren und auf dem Weg nach Europa ihr Leben riskiert. Einmal angekommen, müssen Flüchtlinge oft die bittere Erfahrung machen, dass sie hier nicht willkommen sind. Der Umgang mit Menschen auf der Flucht stellt die Europäische Union vor eine Vielzahl rechtlicher, politischer und ethischer Probleme.

Der Weg in die Sicherheit ist nicht selten lebensgefährlich: Allein 2014 ertranken mehr als 3.000 Menschen bei dem Versuch, von Nordafrika aus per Boot über das Mittelmeer nach Europa zu gelangen. Doch Europa nimmt die, denen die gefährliche Flucht geglückt ist, nur selten herzlich auf. In den Berliner Stadtteilen Hellersdorf, Lichtenberg und Köpenick demonstrierten Anwohner und Rechtsextreme in den vergangenen Monaten gegen Flüchtlingsheime in ihrer Nachbarschaft. In Dresden marschierten Pegida-Anhänger durch die Straßen, machten Stimmung gegen Menschen muslimischen Glaubens. Statistisch gesehen, finden in Deutschland pro Woche fünf solcher Demonstrationen gegen Flüchtlinge statt, berichtet die Organisation Pro Asyl. Erst ver-

trieben, dann unerwünscht – für die Flüchtlinge ist es ein Albtraum, der nicht aufhört.

In Wirklichkeit sind die rechten Protestler jedoch in der Minderheit. Immer mehr Bürger kommen zusammen, um zu helfen. In Berlin und anderswo sammeln sie Spenden, veranstalten Nachmittage für Kinder, nehmen Flüchtlinge mit in ihre Familien.

Über das private Engagement hinaus ist die Asylpolitik in Deutschland und Europa auch Gegenstand von Forschungsprojekten an der Freien Universität Berlin. Die französische Sozialwissenschaftlerin Marie Walter beschäftigte sich schon während ihres Politik- und Jurastudiums an der französischen Elite-Hochschule Sciences Po und der britischen London School of Economics mit dem Thema. Seit Oktober 2014 promoviert sie im Rahmen des interdisziplinären Graduiertenkollegs „Human Rights under Pressure“ an der Freien Universität Berlin.

In ihrer Dissertation untersucht Marie Walter, welche Auswirkungen die europäische Asylpolitik auf die Gesetzgebung der einzelnen Mitgliedsstaaten hat. Dafür durchforstet sie Gesetzestexte aus Frankreich, Deutschland, Griechenland, Polen, Schweden und Großbritannien und vergleicht, welche Zugangschancen Flüchtlinge zum Arbeitsmarkt haben oder wie minderjährige



Migranten unterstützt werden. Es ist ein interdisziplinäres Projekt, bei dem Walter Ansätze der Politologie und Rechtswissenschaft kombiniert. „Gerade das macht die Arbeit so spannend“, sagt sie.

Die Grundlage der Asylgesetze in Europa ist die 1951 verabschiedete Genfer Flüchtlingskonvention. Wer ein Flüchtling ist und welchen rechtlichen Schutz, aber auch welche Pflichten er in seinem Gastland hat, steht in diesem Dokument festgeschrieben. Vertreter aus 145 Staaten haben es bis heute unterzeichnet. Flüchtling ist der Konvention nach, wer wegen seiner Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder politischen Überzeugung in seiner Heimat verfolgt wird. Die Unterzeichner sichern zu, ihm Schutz vor Diskriminierung zu gewähren, ihn seine Religion frei ausüben zu lassen und ihn nicht in andere Länder auszuweisen, in denen er verfolgt würde.

Kritiker sprachen von einer Schutz-Lotterie

Wie die Genfer Vereinbarungen in die Praxis umgesetzt werden, blieb den Ländern Europas Jahrzehnte lang selbst überlassen. Mit der Zeit gestalteten sich die Standards der Mitgliedstaaten jedoch so unterschied-

lich, dass Kritiker von einer „Schutz-Lotterie“ sprachen. Je nachdem, in welchem Land der Union Flüchtlinge Asyl beantragten, konnten sie Glück oder eben auch Pech haben – oder sogar wieder ausgewiesen werden. 1999 dann verständigten sich die EU-Staaten auf die Entwicklung eines einheitlichen Verfahrens – das „Gemeinsame Europäische Asylsystem“ (GEAS). Bis 2005 traten immer mehr Regelungen und Verordnungen in Kraft, die die großen Unterschiede ausgleichen sollten. Dieser „Ersten Phase“ folgte eine zweite, in der die Mitgliedsländer über ein einheitliches Asylrecht verhandelten. Das „Gemeinsame Europäische Asylsystem“ wurde dann in seiner aktuellen Fassung 2013 vom Europäischen Parlament und dem Rat verabschiedet – wobei es große Unterschiede gibt, was den Umfang der Reformen angeht, die die EU Mitgliedstaaten zur Umsetzung der GEAS-Instrumente durchführen mussten. In Ländern, die bereits viele der neuen EU-weiten Mindeststandards erfüllten, wie beispielweise Schweden, war wenig zu ändern. Im Gegensatz dazu waren Asylverfahren in den baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen lange nicht geregelt. Seit den Beitrittsverhandlungen jedoch wurde das Asylrecht angeglichen und die zuständigen Behörden gefördert. Inwiefern Asylbewerber und Flüchtlinge von den Reformen profi-

Die Grundlage der Asylgesetze in Europa ist die 1951 verabschiedete Genfer Flüchtlingskonvention. Flüchtling ist der Konvention nach, wer wegen seiner Religion, Nationalität oder politischen Überzeugung in seiner Heimat verfolgt wird.



istockphoto.com / FootPro

tieren konnten, sei allerdings noch zu erforschen, sagt Marie Walter.

Gemeinsame Standards einhalten

Dass Asyl eben keine Lotterie sein darf, das stellt die EU Kommission mittlerweile selbst immer wieder klar und verweist auf das gemeinsame Asylsystem. Dennoch würden diese Standards nicht immer eingehalten, sagt Bernd Ladwig, Professor für politische Theorie und Phi-

losophie am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin. Er forscht zu den Themen Multikulturalismus, Einwanderung und zur Verwirklichung von Menschenrechten, etwa in Krisenregionen, in denen es kaum noch geordnete staatliche Strukturen gibt. Aber auch in modernen Nationalstaaten klaffen Theorie und Praxis beim Thema Menschenrechte oft weit auseinander. Ladwig nennt beispielsweise Italien und Griechenland, wo die Flüchtlinge ebenfalls oft nicht die Rechte bekommen, die ihnen laut EU-Normen zuständen. „Es gibt zu wenig Rechtsberatung, die Notunterkünfte sind völlig überfüllt, die Bedingungen der Abschiebehaft unwürdig“, sagt Ladwig.

Auch in Deutschland hapert es gelegentlich an der Umsetzung europäischer Standards. Von den knapp 200.000 Asylbewerbern wurden 2014 nach Angaben des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge nur 41.000 tatsächlich Schutz gewährt. Alle anderen Asylbewerber werden abgelehnt oder nur geduldet und sind stets von Abschiebung bedroht – ein Schwebestand, den Kritiker bemängeln. Eine weitere Folge: Wer von Abschiebung bedroht ist, hat kaum Chancen auf dem Arbeitsmarkt. „Viele Flüchtlinge sind hoch qualifiziert, gerade aus Syrien“, sagt Marie Walter. „Aber für sie ist es überall in Europa schwer, einen Job zu bekommen – auch nach mehreren Monaten Wartezeit.“

Ohne ein begrenztes Bleiberecht für die Flüchtlinge hätten Arbeitgeber zu wenig Planungssicherheit, klagte kürzlich zum Beispiel Hans Peter Wollseifer, Präsident des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks, in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung. Dabei sei in Deutschland das Interesse an qualifizierten Mitarbeitern in Betrieben wegen des drohenden Fachkräftemangels groß. Schon heute könnten Lehrstellen nicht mehr besetzt werden. „Die Menschen aus der Arbeitswelt auszuschließen, verhindert Integration, und es ist wirtschaftlich unsinnig“, sagt Walter.

Wie aber soll Europa reagieren, wenn der Flüchtlingsstrom nicht abreißt? Auf diese Frage antwortet Bernd Ladwig mit zwei großen Philosophen. John Locke und Immanuel Kant argumentierten, dass die Erde ursprünglich allen Menschen gemeinsam gehört habe. Daraus kann man schließen, dass staatliche Grenzziehungen grundsätzlich rechtfertigungsbedürftig seien. Und rechtfertigen müsse sich nicht derjenige, der wandert. Vielmehr müssten die Staaten begründen, warum sie Wanderungswillige ablehnen.

Fragen zu Recht und Gerechtigkeit

Zur „Debatte um das moralische Recht auf Einwanderung“ forscht der Politologe Jan Brezger, der als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Arbeitsbereich Politische Theorie und Philosophie des Otto-Suhr-Instituts der

Marie Walter



Marie Walter studierte Politikwissenschaft und Jura an der Sciences Po Paris, der Universität Heidelberg und der London School of Economics, mit Schwerpunkt EU Integration im Bereich Migration und Asyl. Anschließend arbeitete sie am International Institute for Labour Studies und für die EU Kommission. Seit 2014 ist sie Promotionsstipendiatin am Graduiertenkolleg „Human Rights under Pressure – Ethics, Law, and Politics“. Diese Kooperation der Freien Universität Berlin mit der Hebrew University of Jerusalem wird von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) und der Einstein-Stiftung Berlin gefördert.

Kontakt

Freie Universität Berlin
Human Rights Under Pressure – Ethics, Law and Politics
marie.walter@hr-up.net

Prof. Dr. Bernd Ladwig



Prof. Dr. Bernd Ladwig ist Professor für politische Theorie und Philosophie am Arbeitsbereich Politische Theorie und Philosophie des Otto-Suhr-Instituts. Nach seinem Studium an der Freien Universität Berlin promovierte er mit einer Arbeit zum Gleichheitsverständnis des ethischen Liberalismus. Danach arbeitete er als wissenschaftlicher Mitarbeiter und Assistent an der Humboldt-Universität zu Berlin und in Magdeburg, bevor er an die Freie Universität wechselte. Schwerpunkte seiner Arbeit sind Fragen der Menschenrechte, Menschenwürde und Gerechtigkeit im Rahmen einer normativen politischen Theorie. Aktuell arbeitet er an einer Monographie zu Tierrechten.

Kontakt

Freie Universität Berlin
Arbeitsbereich Politische Theorie und Philosophie
ladwig@zedat.fu-berlin.de



Erfolgsrezept

Studierende von Freier Universität und Technischer Universität engagieren sich für Flüchtlinge mit dem Projekt „Über den Tellerand kochen“



Das Team von „Über den Tellerand kochen“

Sie hausten in Zelten, lebten ohne sanitäre Anlagen und drängten auf ein Bleiberecht: Als Flüchtlinge 2013 den Kreuzberger Oranienplatz besetzten, entbrannte eine politische Debatte. Statt nur zu reden, schritten Studierende von Technischer und Freier Universität zur Tat, suchten den Kontakt zu Flüchtlingen, kochten zusammen und setzten sich an einen Tisch: Das Projekt „Über den Tellerand kochen“

war geboren. Die Lebensgeschichten und Rezepte der Menschen in einem Kochbuch zu vereinen, diese Idee setzten sie mithilfe der Gründungsförderung der Freien Universität um. „Kochen für ein besseres Wir“ ist das Ziel. Außerdem bieten sie gemeinsam mit den Flüchtlingen Kochkurse an. Da wird etwa Yams-Brei namens Fufu angerührt oder das Essen mit Gewürzen wie Baharat verfei-

nernt. Neben dem Kochen spielen sie auch gemeinsam Fußball und haben in 15 Städten Ableger der Idee gefunden. Das Geld für das erste Buch kam übrigens durch das Internet zusammen: Hunderte spendeten kleinere Beträge – insgesamt mehr als 20.000 Euro. Kochen verbindet, das haben die Studierenden mit ihrem Projekt gezeigt. Und gleichzeitig den Themen Asyl und Flucht ein anderes Gesicht

gegeben. Mittlerweile kam sogar hoher Besuch: Daniela Schadt, First Lady und Lebensgefährtin des Bundespräsidenten Joachim Gauck kochte gemeinsam mit den Studierenden. Das Flüchtlingsprojekt wurde außerdem das europaweit erfolgreichste Kochbuch-Crowdfunding aller Zeiten.

Im Netz:

www.ueberdentellerrand.org

Freien Universität tätig ist. „Wenn Bewegungsfreiheit innerhalb von Staaten durch das Menschenrecht gesichert ist, müssten grundsätzlich auch die selben Rechte für die internationale Personenfreizügigkeit gelten“, sagt er. Was dafür und was dagegen spricht, möchte er in seiner Dissertation untersuchen.

Doch auch ganz konkret könne Europa noch viel mehr Flüchtlinge aufnehmen – wenn die Lasten gerechter verteilt würden. „Überlastet sind vor allem die Länder an EU-Außengrenzen wie Italien oder Griechenland“, sagt Brezger. Grund ist die sogenannte Dublin-III-Verordnung. Sie legt fest, dass ein Flüchtling in dem Land Asyl stellen muss, über das er in die EU eingereist ist. Brezger hält dieses Prinzip für falsch: „Man müsste über eine Quote nachdenken“, sagt er. Die aktuelle Flüchtlingskrise habe aber mittlerweile dazu geführt, dass die Europäische Kommission konkrete Pläne zu

einer Quote vorgelegt hat. Außerdem müsse man den Flüchtlingen das Recht zusprechen, sich frei zu bewegen und Zugang zu lebensnotwendigen Gütern zu erhalten. „Die EU sollte hier hohe Maßstäbe setzen“, so Brezger.

Die rechtspopulistischen Parteien in Europa sehen das ganz anders. Kriegsflüchtlinge sollten dort bleiben, „wo man ihre Sprache spricht“, sagte der AfD-Europaabgeordnete Bernd Lucke vergangenes Jahr – und bekam dafür kräftigen Applaus von seinen Anhängern. Die rechtsextreme Politikerin Marine Le Pen, die einst erklärte, Flüchtlinge noch auf dem Mittelmeer nach Nordafrika zurückschicken zu wollen, liegt mit ihrer Partei laut Wahlumfragen zwischenzeitlich bei 26 Prozent.

Der Reichtum einer Kultur hängt von ihrer Offenheit ab

Bernd Ladwig kann sich da nur mehr Gelassenheit unter den Europäern wünschen. Der Schutz der Menschenrechte müsse einen besonderen Stellenwert einnehmen, selbst wenn das die nationalen Haushalte belastet. „Der Reichtum einer Kultur hängt von ihrer Offenheit ab“, sagt er. Statt sich abzuschotten, müsse Europa seine Außenpolitik ändern. „Was sich ändern muss, sind die Bedingungen in den Heimatländern der Flüchtlinge, für die wir mitverantwortlich sind.“ Subventionen für die EU-Landwirtschaft trügen zur wirtschaftlich verheerenden Lage in vielen Herkunftsländern bei, Waffenexporte befeuerten Konflikte und Bürgerkriege. Hier müsse Europa sich korrigieren, damit Menschen gar nicht erst fliehen müssten.

Gegen die Parolen der Rechtspopulisten wünscht sich Marie Walter politische Aufklärung und Fakten: „Die Türkei beispielsweise hat in den vergangenen Jahren viel mehr Flüchtlinge aufgenommen als Deutschland – und das Land existiert immer noch“, sagt sie. „Angesichts der Fluchtgeschichten vieler Asylbewerber, sind unsere alltäglichen Sorgen doch lächerlich.“

Jan Brezger



Jan Brezger ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Arbeitsbereich Politische Theorie und Philosophie. Während seines Studiums an der Freien Universität und der Johns Hopkins University, Baltimore arbeitete er als studentische Hilfskraft für das Teilprojekt „Metaprobleme der Legitimität in Räumen begrenzter Staatlichkeit“ des Sonderforschungsbereichs 700 „Governance in Räumen begrenzter Staatlichkeit: Neue Formen des Regierens?“ mit. Aktuell arbeitet er an seiner Dissertation, die sich mit der Debatte um das moralische Recht auf Einwanderung beschäftigt.

Kontakt

Freie Universität Berlin
Arbeitschwerpunkt Theorie und Ideengeschichte
jan.brezger@fu-berlin.de

KONGRESSE
TAGUNGEN
KONFERENZEN
MESSEN
EVENTS

zeitgeist

catering

Aktuelle Paketangebote: www.zeitgeist-catering.de/FU-CATERING

030-259 366 30



ENGLISH



FRANÇAIS



DEUTSCH



ITALIANO



РУССКИЙ



ESPAÑOL

Europa, deine Nachbarn

VON PHILIPP EINS

Nie wieder Krieg – mit diesem Traum begann die Geschichte der europäischen Einigung. Ein Traum, der für viele Bürger wahr geworden ist: 28 Mitgliedsstaaten hat die Europäische Union heute, allein zwischen 1995 und 2007 kamen 15 neue Staaten hinzu. Doch noch immer ist die Idee zerbrechlich.

Mit dem Fall der Berliner Mauer keimte die Hoffnung, dass Kriege auf europäischem Boden der Vergangenheit angehören. Doch der Konflikt zwischen Russland und der Ukraine hat wieder einen blutigen Bürgerkrieg bis an die Grenze der Europäischen Union gebracht. Auch die anhaltende Wirtschaftskrise stärkt die Skepsis der Bürger gegenüber der Brüsseler Politik – und gefährdet den Zusammenhalt.

Nach einer Umfrage des Marktforschungsnetzwerks WIN/Gallup fühlen sich 26 Prozent der EU-Bürger „weniger europäisch“ als noch vor einem Jahr, in Griechenland sind es sogar 52 Prozent. Zugleich gewannen bei der Wahl 2014 EU-skeptische Parteien deutlich an Stimmen. Die Alternative für Deutschland (AfD) erzielte aus dem Stand sieben Prozent und schaffte erstmals den Sprung ins Europaparlament. Parteisprecher Bernd Lucke ging mit Slogans wie „Mut zu Deutschland“ auf Stimmenfang – und sprach sich unter anderem strikt gegen eine Erweiterung der EU durch einen Beitritt der Türkei aus. Auch Abgeordnete anderer Fraktionen wie die der christlich-konservativen Europäischen Volkspartei (EVP) stehen einer Mitgliedschaft der Türkei und neuen Erweiterungsplänen kritisch gegenüber. Ist Europa an seine Grenzen gelangt?

Osteuropäische Länder haben sich sehr gut integriert

Dieser Frage geht die Politologin Tanja Börzel nach, Leiterin der Arbeitsstelle Europäische Integration am Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaften. Im Rahmen des bis 2016 laufenden Forschungsprojekts MAX-

CAP untersucht sie die Folgen der letzten EU-Osterweiterung. Das Kürzel MAXCAP steht für „Maximizing the integration capacity of the European Union“. Der durch das 7. EU-Rahmenprogramm finanzierte Forschungsvorbund, an dem neben der Freien Universität Berlin acht weitere Partnerinstitute aus ganz Europa beteiligt sind, beschäftigt sich mit vergangenen Erweiterungsrounds, um daraus mögliche Schlüsse für die Zukunft abzuleiten.

Eine der ersten Studien analysiert die unterschiedlichen Strategien, die die EU bei den jeweiligen Erweiterungen im Umgang mit den Beitrittskandidaten wählte. Der Beitritt Polens, Tschechiens, des Baltikums und fünf weiterer Staaten im Jahr 2004 war unter Politikern und Ökonomen umstritten. Es war die bisher größte Erweiterung in der Geschichte der Europäischen Union. „Man befürchtete, dass mit der erheblichen Zahl neuer Mitgliedsländer die Entscheidungsfindung in der EU immer schwieriger würde“, sagt Börzel. Die Angst vor Lohndumping und Armutszuwanderung nach Westeuropa wurde ebenfalls oft genannt. Sorgen, die sich als unbegründet herausstellen sollten: „Das alles ist nicht eingetreten“, resümiert Börzel.

Europas Nord-Süd-Gefälle

So sind zum Beispiel die EU-Richtlinien zur Gleichbehandlung in Beschäftigung und Beruf – oder auch europäische Hygiene- und Qualitätsstandards wie die Milchverordnung – in den neuen Mitgliedsländern weitestgehend umgesetzt worden. „Ein Ost-West-Gefälle bei der Einhaltung von EU-Recht gibt es nicht“, sagt Börzel. „Ein Nord-Süd-Gefälle schon eher.“ Einer der möglichen Gründe dafür ist, dass bei der Osterweiterung, anders als bei der Süd-Erweiterung in den 1980er-Jahren, vorbereitende Förderprogramme geschaffen wurden, um den Strukturwandel in den neuen Mitgliedsstaaten zu unterstützen. „Die osteuropäischen Länder haben sich jedenfalls sehr gut in die Europäische Union integriert“, so Börzel.

Ein Ergebnis, das überzeugten Europäern Hoffnung macht: Wäre gar ein gemeinsamer Handelsraum zwi-

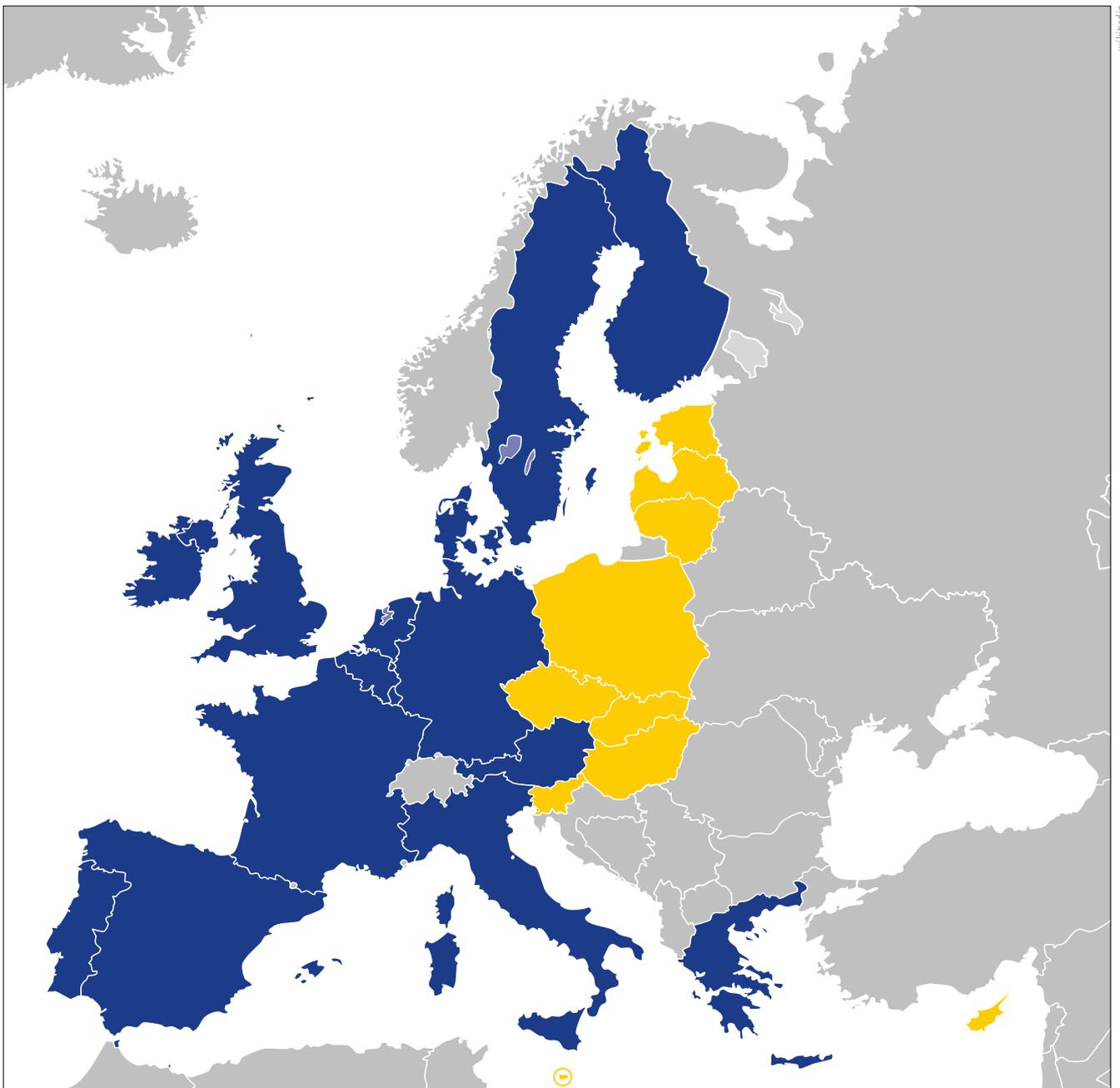
schen Lissabon und Wladiwostok in Zukunft denkbar, von dem Bundeskanzlerin Angela Merkel auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos sprach?

Die Historikerin Gertrud Pickhan vom Osteuropa-Institut der Freien Universität Berlin hält das angesichts der eisigen Beziehungen zwischen Russland und dem Westen derzeit für einen fernen Wunschtraum. „Aus geografischer und historischer Sicht aber gehört auch Russland zu Europa“, sagt sie. Schon im 18. Jahrhundert öffnete Peter der Große das Zarenreich, das bis zum Uralgebirge der europäischen Topografie zugeord-

net wird, nach Westen. Die diplomatischen Beziehungen zwischen Russland, Deutschland und Österreich waren bis zur Oktoberrevolution und der Machtübernahme durch die kommunistischen Bolschewiki 1917 eng. „Aber auch die Revolution selbst hat eine bedeutende Rolle im Europa des 20. Jahrhunderts gespielt“, sagt Pickhan. „Russland ist aus der europäischen Geschichte nicht wegzudenken.“

Wie weit das Europa der Zukunft reichen kann, ist eine Frage, die sich dagegen nicht eindeutig beantworten lässt. Die Europäische Union ist ein Projekt, das

2004 traten Polen, Tschechien, das Baltikum und fünf weitere Staaten der Europäischen Union bei, es war die bislang größte Erweiterung. Die damit verbundenen Sorgen vor Lohndumping und Armutszuwanderung nach Westeuropa stellten sich als unbegründet heraus.



seit seinem Start im Wandel begriffen ist. In den Gründungsverträgen sind die Grenzen dieses Projekts nicht festgelegt. Dort werden nur gemeinsame Werte festgelegt, etwa Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit oder der Schutz von Minderheiten. Die Politologin Tanja Börzel betont, dass darüber hinaus weitere Kriterien über die erfolgreiche Integration potenzieller Beitrittsländer entscheiden.

Wie etwa die Aufnahmefähigkeit der EU-Institutionen. „Wenn kleine Länder wie Makedonien der EU beitreten, wäre das kein Problem“, sagt sie. „Wenn aber ein großer Staat wie die Türkei von heute auf morgen Mitglied würde, könnte das europäische Parlament den Ansturm neuer Abgeordneter gar nicht verkraften.“ Grundlegende Reformen der EU-Institutionen wären in so einem Fall unabdingbar.

Die Wurzeln der europäischen Idee

Wichtiger als die EU-Institutionen seien jedoch seine Bürger, sagt Börzel, und „die Menschen mitzunehmen und für Europa zu begeistern. Dabei hakt es besonders.“

Manche EU-Kritiker bemängeln, dass es den Nationalstaaten bei der EU-Erweiterung vor allem um eines geht: um Geld. Tatsächlich begann die Geschichte der europäischen Integration 1951 mit der Gründung eines Wirtschaftsverbandes, der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, auch Montanunion genannt. Der

zollfreie Handel mit den beiden Gütern brachte den sechs Mitgliedsstaaten, darunter Deutschland, kurz nach Ende des Zweiten Weltkriegs einen wichtigen Aufschwung. Sechs Jahre später wurden in Rom zwei weitere Wirtschaftsverbände gegründet: die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft und die Europäische Atomgemeinschaft. Gemeinsam gelten die drei Bündnisse als Grundgerüst, aus dem sich 1992 mit den Verträgen von Maastricht die Europäische Union bildete.

Doch die wirtschaftliche Zusammenarbeit war schon in den Anfangsjahren vor allem Mittel zum Zweck, meint Börzel. „Hier konnten sich die Regierungen schnell auf gemeinsame Ziele einigen, für die man zusammenarbeitet.“ In der Außen- und Verteidigungspolitik lagen die Vorstellungen zu weit auseinander – und zwar über Jahrzehnte. Auch wenn im Vertrag von Maastricht 1992 erstmals politische Ziele als Leitlinien der europäischen Integration genannt wurden, blieben die Außen- und Innenpolitik weiterhin der zwischenstaatlichen Zusammenarbeit vorbehalten. „Wohlstand, Frieden und Freiheit waren dennoch immer gemeinsame Wurzeln der europäischen Idee“, sagt Börzel.

Sucht man nach diesen Wurzeln, muss man in den Geschichtsbüchern noch weiter zurückblättern – bis ins Jahr 1923. Damals gründete der japanisch-österreichische Schriftsteller und Historiker Richard Nikolaus Graf Coudenhove-Kalergi die „Paneuropa-Union“, die den Gedanken eines freiwilligen Bundes freier und

Anzeige

30 Jahre Kompetenz: Unterricht Deutsch als Fremdsprache

- 🐦 **TestDaF-Zentrum (Uni Direkt!)**
- 🐦 **Jung & International**
- 🐦 **Integrationskurse**
- 🐦 **WiFi für BSI Schüler**

AB 180,-€ IM MONAT

BSI BERLIN
BSI
 PRIVATE SPRACHENSCHULE

WWW.BSIBERLIN.DE
 TEL.: +49 30 693 6001
 KOTTBUSSE DAMM 79 * 10967 * BERLIN

GASTHÖRERCARD

DAS BERLINER SEMESTERTICKET

FÜR BILDUNGSERLEBNIS UND KUNSTGENUSS

CLASSIC // LERNEN MIT JUNGEN STUDIERENDEN // AUSGEWÄHLTE LEHRVERANSTALTUNGEN // VON ALTERTUMSKUNDE BIS ZOOLOGIE

ART // KUNSTGESCHICHTE, PHILOSOPHIE, LITERATUR, MUSIK, THEATER UND REISEN // EXKLUSIV FÜR GASTHÖRER/INNEN

WEITERBILDUNGSZENTRUM DER FREIEN UNIVERSITÄT BERLIN
TEL: 030 / 838 514 24 // WWW.FU-BERLIN.DE/GASTHOERERCARD



Freie Universität



Berlin

Prof. Dr. Tanja A. Börzel



Tanja A. Börzel ist Leiterin der Arbeitsstelle Europäische Integration und Inhaberin eines Jean Monnet Lehrstuhls an der Freien Universität Berlin. Nach ihrer Promotion am Europäischen Hochschulinstitut in Florenz forschte und lehrte sie in der Max-Planck-Projektgruppe *Recht der Gemeinschaftsgüter* in Bonn und der Humboldt-Universität zu Berlin.

2003 folgte sie dem Ruf auf eine Professur für Internationale Politik und Europäische Integration an der Universität Heidelberg, bevor sie 2004 an das Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin wechselte. Gemeinsam mit Professor Thomas Risse leitet sie die Kollegforschergruppe „Transformative Kraft Europa? Die Diffusion von Ideen“ und koordiniert seit 2013 das Kooperationsprojekt *Maximizing the Enlargement Capacity of the European Union*.

Kontakt

Freie Universität Berlin

Otto-Suhr-Institut für Politik- und Sozialwissenschaften

E-Mail: europe@zedat.fu-berlin.de

Prof. Dr. Gertrud Pickhan



Gertrud Pickhan studierte Geschichte, Slawistik und Erziehungswissenschaft an den Universitäten Münster, Wien und Hamburg. Nach ihrer Promotion war sie als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Aufbau des Deutschen Historischen Instituts Warschau beteiligt. Anschließend wechselte sie als Stellvertreterin der Gründungsdirektorin an das Simon-Dubnow-Institut für jüdische Geschichte und Kultur in Leipzig. Nach ihrer Habilitation folgte der Ruf an die Technische Universität Dresden. Seit 2004 ist Gertrud Pickhan Professorin für Geschichte am Osteuropa-Institut der Freien Universität Berlin. Im Zentrum ihrer Forschungen steht die historische Kulturlandschaft Ost- und Ostmitteleuropas.

Kontakt

Freie Universität Berlin

Osteuropa-Institut

E-Mail: pickhan@zedat.fu-berlin.de

gleichberechtigter Staaten in Europa vertrat. Nach den Schrecken des Ersten Weltkrieges fand die Idee von Coudenhove-Kalergi über die Landesgrenzen hinweg viele Unterstützer, darunter prominente Intellektuelle und Politiker wie Albert Einstein, Charles de Gaulle oder Konrad Adenauer. Doch erst nach dem Zweiten Weltkrieg machten die Politiker ernst: 16 Monate nach Kriegsende forderte der damals abgelöste britische Premier Winston Churchill in einer Rede vor der Zürcher Universität, die „Vereinigten Staaten von Europa“ zu schaffen. Diese Idee von einem politischen Bündnis begeisterte die Jugend – und bildete die Grundlage für das geeinte Europa.

Mehr Leidenschaft für Europa

Von Begeisterung für Europa scheinen die Europäer im Moment weit entfernt. Nicht nur die ökonomische Schlagseite der Europäischen Union wird den Politikern in Brüssel angelastet, auch übermäßige Bürokratie und Intransparenz. Bis heute ist die Gurkenverordnung, nach der eine EU-Gurke eine maximale Krümmung von zehn Millimetern auf zehn Zentimeter aufweisen darf, ein Symbol für den Regelwahn – und sorgt seit 25 Jahren für Gelächter. Gleichzeitig beklagen Kritiker ein Demokratiedefizit in Europa, da Gesetze bis heute vom EU-Ministerrat gemacht werden. Tanja Börzel hält dagegen: „Bei dieser Kritik ist viel Populismus im Spiel.“ Im Laufe der europäischen Integration sei auch das europäische Parlament gestärkt worden. Zwar könnten die Abgeordneten Gesetzesvorlagen nicht initiativ einbringen, sehr wohl aber verhindern.

Wenn es nach Tanja Börzel geht, braucht Europa vor allem eines: mehr Politiker, die sich für Europa einsetzen und dafür streiten. Ganz in der Tradition der Aufklärung – einer alten europäischen Idee.

Am 2009 gegründeten *Jean Monnet Centre of Excellence The EU and its Citizens* der Freien Universität Berlin erforschen sieben Wissenschaftler die Entwicklung der europäischen Integration. Das Team, das sich aus Politikern, Juristen, Soziologen und Kommunikationswissenschaftlern zusammensetzt, legt den Fokus auf das Verhältnis zwischen der Europäischen Union und deren Einwohnern. Geleitet wird das Projekt von der Politologin Tanja Börzel. Neben der reinen Forschung hat sich die Initiative zum Ziel gesetzt, die Öffentlichkeit in ihre Arbeit mit einzubeziehen. Eine Übersicht zu vergangenen und zukünftigen Veranstaltungen gibt es unter www.polsoz.fu-berlin.de.



Zu Polen gehört ein Papst, zu Italien die Pizza, zu Griechenland die Antike, zu Dänemark die Wikinger, zu Spanien die Siesta und zu Ungarn die Paprika: Jedes Land in Europa hat so seine Klischees. Welche Erfahrungen Studierende an der Freien Universität Berlin mit der Außenwahrnehmung ihrer Heimat machen und was sie selbst über ihre Heimatländer denken, haben sie *fundierte* erzählt.

Campus Europa



Pilar Caballero Alvarez hat die spanische und deutsche Staatsangehörigkeit und studiert Politikwissenschaft und Kunstgeschichte an der Freien Universität Berlin.



Bernd Wännermacher

„Natürlich gibt es bei Deutschen viele Klischees über Spanien und die Spanier. Dass man besonders leidenschaftlich sei, und temperamentvoll. ‚Pasión‘ ist angeblich etwas typisch spanisches. So wie Tapas und Sangria. Dabei trinken Spanier den nicht mal besonders häufig. Dann gibt es auch Klischees, die zumindest latent negativ sind. Etwa, dass die Spanier eben gerne ‚Siesta‘ und ‚Fiesta‘ machen, und wie alle Südländer etwas faul sind. Dabei hat es mit Sicherheit nichts mit der Arbeitskraft der Spanier zu tun, dass es der Wirtschaft in Spanien im

Moment nicht so gut geht. Andererseits erlebe ich in Deutschland öfter Situationen, wo ich mir denke: ‚Das ist aber typisch deutsch!‘ Zum Beispiel, dass die meisten Leute sehr pünktlich sind – und zumindest anfangs sehr distanziert, sogar junge Leute. Man muss sie erst besser kennenlernen, um zu merken, dass sie eigentlich sehr offen sind. Meiner Erfahrung nach spielt die Staatsangehörigkeit an der Universität keine Rolle. Es ist kein Thema – und das ist doch auch ein gutes Zeichen für Normalität und gegenseitige Akzeptanz!“

Bernd Wännermacher



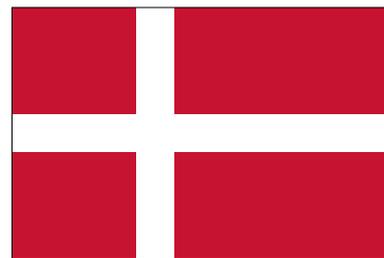
Nóra Szabó, aus Hercegszántó/Baja in Ungarn, studiert im Masterstudiengang Osteuropastudien.

„Mit Ungarn verbinden Deutsche oft positive Dinge. Viele waren schon in Budapest oder am Balaton, haben dort Palatschinken gegessen und Pálinka getrunken, den ungarischen Schnaps. ‚Da wollten alle hinreisen, das war unser Traumreiseziel‘, das erzählen vor allem Menschen, die in der DDR aufgewachsen sind. Wie Ungarn während des Kalten Krieges war, kann ich allerdings aus Erfahrung nicht beurteilen – ich bin erst 1990 geboren. An der Universität werde ich eher immer wieder gefragt, wie ich die politische Entwicklung in Ungarn

heute einordne, insbesondere die Politik der Regierung von Viktor Orbán. Patriotismus in Orbáns Sinne liegt mir fern, trotzdem bin und bleibe ich im Herzen immer Ungarin. Im Berliner Alltag fühle mich mehr als Europäerin, und sehe in einem zusammenwachsenden Europa auch meine Zukunft.“



Bernd Wannenmacher



Ida Ravn Homilius aus Aarhus in Dänemark, studiert im Rahmen des Erasmus-Programms Komparative Literatur, Dramaturgie und Theaterwissenschaft.

„Egal, wo man in der Welt ist: Als Däne im Ausland bekommt man ganz schnell den Wikinger-Stempel aufgedrückt. Das Schicksal teilen wir mit anderen Nordeuropäern. Meistens ist das mit den Wikingern aber eher positiv gemeint, ich finde es jedenfalls lustig. Ansonsten haftet den Dänen das Klischee an, sehr zurückhaltend und kühl zu sein. Fast ungesellig. Lustigerweise denken die Dänen genau das Gleiche über die Deutschen. Dabei brauchen wahrscheinlich beide einfach nur ein bisschen Zeit, bis sie mit anderen Menschen warm werden. Zum

Deutschlandbild in Dänemark kommt dann natürlich noch, dass in Deutschland alles System und Ordnung hat, und dass die Deutschen Bratwurst und Bier lieben. Auch das ist irgendwie lustig, denn die Dänen trinken Bier ja bekanntlich auch sehr gerne. Einen Kulturschock werde ich im Studium vermutlich nicht erleiden. Ich freue mich deshalb eher auf das, was in Deutschland anders ist. Zum Beispiel soll in meinem Studiengang der Praxisbezug an der Freien Universität besser sein als bei uns – darauf bin ich gespannt.“



Christian Szopiński aus Warschau, studiert Osteuropastudien mit Schwerpunkt Volkswirtschaftslehre und Politik.



Bernd Wannenmacher

„Als ich als Kind 1987 nach Deutschland kam, war das Bild von Polen in Deutschland nicht gerade positiv: Polen klauen, natürlich, und vor allem deutsche Autos ... Solche dummen Sprüche bekam ich in der Schule sogar von Lehrern zu hören. Als Kind habe ich mich dagegen noch nicht gewehrt, jetzt würde das anders aussehen. Aber heute hat sich das Bild von Polen stark gewandelt. Polen wird als Wunderkind der Osterweiterung wahrgenommen. Das Land ist im Gegensatz zu vielen anderen gut durch die letzte Wirtschaftskrise gekommen.

Die Arbeitslosigkeit ist teilweise sehr niedrig, vor allem in den Großstädten. Polen wird respektiert, in Deutschland und auch in anderen Ländern. Auch wenn ich mittlerweile viele Jahre in Deutschland lebe, würde ich vermutlich sagen: Ich bin zuerst Europäer, aber im Herzen Pole.“



Martina Hubacech aus Tregnago bei Verona, studiert Spanisch und Französisch auf Lehramt.

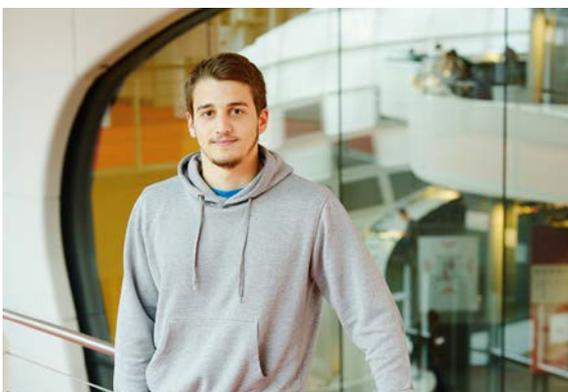


privat

„Ich komme aus der Nähe von Verona, da lebt meine Familie schon seit Generationen. Eigentlich bin ich also ur-italienisch. Wenn ich in Deutschland sage, dass ich Italienerin bin, ist das Erstaunen trotzdem groß. ‚Was, DU bist Italienerin? Aber das hört man ja gar nicht!‘ Offenbar erwarten Deutsche, dass Italiener immer so sprechen, wie die Kellner in einer Pizzeria. ‚Si, aber sichere makke iche eine gute Cappuchino.....‘ Ich habe hart daran gearbeitet, akzentfrei zu sprechen. Wenn mir früher jemand gesagt hat: ‚Ach, das klingt so rich-

tig nett, dein italienischer Akzent‘, dann habe ich nachgehakt. Und an der Sprachmelodie gefeilt. Auch deshalb bin ich überzeugt, dass Sprache der Schlüssel ist für Integration, auch innerhalb Europas.“

Bernd Wänemann



Phädonas Anastasopoulos aus Patras in Griechenland, studiert Geschichte an der Freien Universität Berlin.

„Ich lebe nun schon seit einigen Jahren in Deutschland. Wenn ich mit Deutschen über meine Heimat spreche, gibt es zwei Kategorien von Reaktionen. Die Deutschen, die schon mal im Urlaub in Griechenland waren, schwärmen von der Sonne, dem Essen und der Freundlichkeit der Griechen. Und sie holen alle Vokabeln raus, die sie dort gelernt haben. Meistens ‚Yamas – Prost!‘. Es gibt auch solche, denen nur so was einfällt wie ‚Griechenland ist ja eh pleite...‘. Das passiert mir zwar eher selten. Doch ich habe schon öfter bemerkt, dass nur sehr

wenige Menschen in Deutschland wissen, was die politische Situation in Griechenland etwa für junge Menschen dort bedeutet, die nach einem Bachelor-Studium keine Arbeit finden oder wegen der hohen Arbeitslosigkeit das Land verlassen. Manche haben nur vor, einen Master im Ausland zu machen und dann zurückzukehren. Auch wenn Griechenland derzeit durch seine Regierung ständig in den Schlagzeilen ist, hoffe ich, dass sich das Verhältnis zwischen Griechenland und der EU bald wieder normalisiert.“



Showdown beim Milliarden-Poker

Griechenland, Portugal, Irland, Zypern, Lettland – sie alle mussten in den vergangenen Jahren mit Geldgebern über Kreditprogramme verhandeln, die an strenge Auflagen gekoppelt waren. Wie Nehmerländer und Geldgeber miteinander um Kredite und Konditionen ringen und welche Strategien dabei auf beiden Seiten angewandt werden, das untersuchen Politikwissenschaftler der Freien Universität Berlin.



VON SVEN LEBORT

Ob es nun um Taschengeldverhandlungen mit den Eltern geht oder den Gehaltspoker mit dem Chef, das Problem ist das gleiche: Wer Geld von jemandem haben möchte, ist in der schwächeren Verhandlungsposition. Er muss etwas anbieten können als Gegenleistung – zum Beispiel mehr Engagement in der Schule oder im Job. Damit man diese Leistung auch wirklich erfüllen kann, empfiehlt es sich, schon vorab eine Strategie zu entwickeln. Statt nur noch beste Zensuren zu versprechen, sollte man „Besserung“ geloben. Eine Vier in der Klassenarbeit kann dann getrost gefeiert werden. Denn selbst strenge Eltern müssten akzeptieren, dass das besser ist als die Fünf oder Sechs davor.

Was im Kleinen gilt, gilt auch im Großen, wie sich an der Finanz- und Eurokrise zeigt: Wer Geld von anderen europäischen Staaten oder der sogenannten Troika aus Internationalem Währungsfonds (IWF), Europäischer Kommission (EUK) und Europäischer Zentralbank (EZB) bekommen will, muss harsche Auflagen akzeptieren – oder sich etwas einfallen lassen, um diese soweit wie möglich abzumildern. Griechenland ist das derzeit prominenteste Beispiel, doch es ist bei Weitem nicht das einzige.

Wie das Pokerspiel in Europa funktioniert, untersucht Susanne Lütz. Die Professorin für Internationale Politische Ökonomie am Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft der Freien Universität Berlin möchte herausfinden, was jene Staaten, die von der Troika oder von europäischen Ländern Geld brauchten, getan haben, um es zu bekommen. Und was sie taten, um die Auflagen so weit wie möglich zu lockern. Susanne Lütz startete dazu im Januar das Projekt „Kreditvergabe als Zweiebenen-Spiel: Troika-Schuldner-Verhandlungen in der Eurozone.“ Das Vorhaben wird von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) mit 450.000 Euro gefördert.

Die Forschung kommt den aktuellen Ereignissen kaum hinterher

Bis kurz nach Projektbeginn nahm die Forscherin an, ihre Untersuchung am Beispiel von Lettland, Irland, Portugal, Zypern und Griechenland finde auf der Basis geschlossener Akten statt. Mit Ausnahme von Zypern und Griechenland waren die Kreditprogramme für alle Länder beendet, und auch diese beiden Staaten schienen auf einem guten Weg. Doch dann kam die Neuwahl in Griechenland – und plötzlich hatten Susanne Lütz und ihre vier Mitarbeiter, darunter zwei Doktoranden, einen Fall in ihren Untersuchungsobjekten, der quasi „live on Air“ ist. Und alles andere als abgeschlossen. Das sei zwar sehr spannend, sagt die Forscherin, erschwere

aber die Arbeit auch. Der Mitarbeiter, der für Griechenland zuständig sei, habe dieser Tage Schwierigkeiten, den sich überschlagenden Entwicklungen überhaupt hinterherzukommen.

Von Griechenland abgesehen, wird sich die Untersuchung auf umfangreiche Akten stützen können. Fast alle Unterlagen von EZB, EUK und IWF zu den Verhandlungen sind öffentlich zugänglich, nur die Protokolle geheimer Beratungen im Exekutivrat liegen sechs Jahre unter Verschluss. Um herauszufinden, welche Strategien die Nehmerländer bei der Kreditvergabe wählten, wird das Team neben dem Aktenstudium auch Interviews mit den Entscheidern auf allen Seiten führen. Abgeschlossene Prozesse erleichtern den Wissenschaftlern diese Arbeit. Denn sowohl Politiker des Nehmerlandes als auch hochrangige Vertreter der Troika seien dann wesentlich offener, wenn sie nach ihren Strategien gefragt würden. Im Falle Griechenlands dürfte das anders sein. Dessen Ministerpräsident Alexis Tsipras und sein Finanzminister Yanis Varoufakis werden derzeit wohl kaum einem deutschen Forschungsteam ihre Strategien verraten, ebenso wenig wie EZB, EUK und IWF verraten, auf welchem Weg sie die neue griechische Regierung zum Einlenken bewegen wollen. Dass Forschung im Verhandlungsprozess schwierig ist, lernte Susanne Lütz bereits in einer Vorstudie. Damals lief das Kreditprogramm für Portugal noch. Auskünfte über Strategien wurden ihr deshalb schlicht verweigert. Aus Furcht, dass deren Veröffentlichung den Zins für portugiesische Staatsanleihen hätte verändern können. „Da wurde eindeutig überschätzt, wie schnell ein Wissenschaftler seine Forschungen abschließt und veröffentlicht“, sagt Susanne Lütz heute, leicht amüsiert. Und doch zeigt das Beispiel Portugal, wie heikel die wissenschaftliche Untersuchung solcher Verhandlungsprozesse sein kann.

Doch was kann ein Land tun, um Geld zu bekommen oder Auflagen zu lockern? Und: gibt es zu diesem uralten Problem nicht längst bündeweise Forschungsergebnisse? Die Antwort lautet „ja und nein“, sagt Susanne Lütz. Natürlich sei schon viel zu Verhandlungsstrategien geforscht worden, doch fast immer in einem anderen Umfeld, nämlich innerhalb eines deutlichen Machtgefälles. Meist seien es Entwicklungsländer gewesen, die sich vom Internationalen Währungsfonds Geld geliehen und sich mit dessen Auflagen auseinandergesetzt hätten. Auf Europa lassen sich die Forschungsergebnisse nach Ansicht der Wissenschaftlerin gleich aus mehreren Gründen nicht übertragen. In Entwicklungsländern seien demokratische Strukturen oft nicht sehr ausgeprägt, sodass die Auflagen von den dortigen Regierungen ohne allzu große Widerstände umgesetzt werden könnten. Mit der aktuellen Euro-Finanzkrise jedoch sei man erstmals in der Situation, dass demo-

Sie wollen fundiert informiert sein?



Dann ist das Wissenschaftsmagazin **fundiert** genau das Richtige für Sie. Zwei Mal im Jahr informieren wir Sie **fundiert**, interdisziplinär, vor allem aber allgemeinverständlich über ein aktuelles Forschungsthema, das die Gesellschaft bewegt. Wissenschaft aus unterschiedlichen Blickwinkeln zu betrachten, neue Perspektiven aufzuzeigen und Traditionslinien erkennbar werden zu lassen – das ist unser Ziel für **fundiert**. In Zeiten knapper Kassen können Sie uns mit einer Spende helfen, **fundiert** auch künftig auf dem gleichen Niveau anzubieten. Ihre Hilfe ist uns willkommen – natürlich steuerlich abzugsfähig. Herzlichen Dank.

Die Redaktion



SEPA-Überweisung/Zahlschein		Für Überweisungen in Deutschland und in andere EU-/EWR-Staaten in Euro.		IBAN des Auftraggebers							
Name und Sitz des überweisenden Kreditinstituts		BIC									
Angaben zum Zahlungsempfänger: Name, Vorname/Firma (max. 27 Stellen, bei maschineller Beschriftung max. 35 Stellen)											
Ernst-Reuter-Gesellschaft											
IBAN											
DE98100500001010010111											
BIC des Kreditinstituts/Zahlungsdienstleisters (8 oder 11 Stellen)											
BELA DEB XXX Ernst-Reuter-Gesellschaft											
Betrag: Euro, Cent											
Spenden-/Mitgliedsnummer oder Name des Spenders: (max. 27 Stellen) ggf. Stichwort											
Spende fundiert-Magazin											
PLZ und Straße des Spenders: (max. 27 Stellen)											
Angaben zum Kontoinhaber/Zahler: Name, Vorname/Firma, Ort (max. 27 Stellen, keine Straßen- oder Postfachangaben)											
IBAN											
20											
Datum		Unterschrift(en)									
SPENDE						Beleg/Quittung für den Kontoinhaber					
						Empfänger					
						Ernst-Reuter-Gesellschaft					
						IBAN: DE98 1005 0000 1010 0101 11					
						BIC: BELA DEB XXX					
Betrag: EUR, Ct.											
Verwendungszweck											
Spende fundiert Mag.											
Datum											
Name											
Straße											
Ort											

Die ausgefüllte Einzugsermächtigung senden Sie bitte an die Ernst-Reuter-Gesellschaft e.V.
Kaiserswerther Straße 16 – 18, 14195 Berlin oder per Fax an 030 – 838 73442.

Einzugsermächtigung

Ich ermächtige die Ernst-Reuter-Gesellschaft widerruflich, einmal jährlich eine Spende von dem unten genannten Konto im Lastschriftverfahren abzubuchen. Die Bedingungen der Teilnahme am Lastschriftverfahren erkenne ich an.

Betrag: _____

Verwendungszweck: **fundiert**-Spende

Name, Vorname, Firma: _____

Adresse: _____

E-Mail: _____

Name des Geldinstituts: _____

Bankleitzahl / BIC: _____

Kontonummer / IBAN: _____

Datum, Unterschrift des Kontoinhabers: **X** _____



Kennen Sie die Ernst-Reuter-Gesellschaft?

Immer wieder hat sich Ernst Reuter während seiner Amtszeit als Regierender Bürgermeister von Berlin für die Gründung einer FU-Fördergesellschaft eingesetzt. Sein Wunsch wurde nach seinem Tod am 29. September 1953 als Vermächtnis verstanden, und am 27. Januar 1954 wurde die Ernst-Reuter-Gesellschaft (ERG) gegründet. Die ERG unterstützt und fördert die Freie Universität Berlin ideell und materiell, um sie als Ort geistiger Auseinandersetzung, demokratischer Kultur und innovativer Ideen zu erhalten und auszubauen. Die ERG ist als gemeinnütziger Verein anerkannt. Spenden an die ERG sind steuerlich absetzbar.

Mehr über die Aktivitäten der ERG und ein Antragsformular für die Mitgliedschaft finden Sie im aktuellen **wir**-Magazin und im Internet unter www.fu-berlin.de/erg.

Herzlichen Dank!

Sie unterstützen mit Ihrer Spende die Freie Universität Berlin.

Nach dem Freistellungsbescheid des Finanzamtes für Körperschaften I in 14057 Berlin (Steuer-Nr. 27/664/55368) vom 08. November 2012 nach § 5 Abs. 1 Nr. 9 KStG sind wir von der Körperschaftsteuer befreit und als gemeinnützig anerkannt.

Ihre Spende ist steuerabzugsfähig. Dieser Abschnitt dient in Verbindung mit dem Kontoauszug bis 100,00 EUR als Spendenquittung.

Auf Wunsch stellen wir gerne eine separate Spendenbestätigung aus.

ERNST-REUTER-GESELLSCHAFT
der Freunde, Förderer & Ehemaligen
DER FREIEN UNIVERSITÄT BERLIN E. V.



kratisch verfasste Länder betroffen sind, in denen ein solches „Durchregieren“ von oben nach unten keine Option ist. Und die noch dazu aufgrund der Gemeinschaftswährung eng miteinander verflochten sind. Nur Lettland war zum Zeitpunkt der Kreditverhandlungen noch nicht in der Gemeinschaftswährung. Der Euro-Austritt eines Landes sei in den Europäischen Verträgen zum einen gar nicht vorgesehen, zum anderen hätte er einen rapiden Ansehensverlust für die EU und die Gemeinschaftswährung zur Folge, sagt Lütz. Die anderen Länder befürchteten einen „Ansteckungseffekt“. Zudem handelte es sich bei den Kreditgebern häufig um Banken anderer europäischer Staaten – im Falle Lettlands schwedische, im Falle Griechenlands deutsche und französische –, die bei einer Staatspleite ernste Probleme bekommen hätten. In der Finanzkrise standen viele dieser Banken am Rande des Ruins. Hätten sie auf die Rückzahlung der Kredite aus den Nehmerländern verzichten müssen, wäre das eine ernste Bedrohung für das Bankensystem dieser Länder gewesen.

„Helft uns – oder ihr geht mit uns unter“

Hier kommen nun die möglichen Strategien der Nehmerländer ins Spiel. Und hier zeigt sich auch, warum Susanne Lütz mit ihrem Forschungsprojekt Neuland betritt: Die Ausgangslage ist eine ganz andere als bei früheren Kreditprogrammen. Die Nehmerländer konnten damals darauf setzen, dass man sie um fast jeden Preis retten würde, denn andernfalls hätte ganz Europa ein Flächenbrand gedroht. Die Strategie hieß schlicht: Wenn ihr uns nicht helft, geht ihr mit uns unter. Das zeige einerseits die Stärke der EU, aber andererseits auch ihre Schwäche, sagt die Wissenschaftlerin: Wenn

ein Land zu kippen drohe, könne es einen Domino-Effekt geben. Nachdem sich die deutschen und französischen Banken mittlerweile von der Finanzkrise erholt hätten, wirke daher die Drohung Griechenlands mit den Folgen eines Euro-Austritts auch nicht mehr so stark. Er wäre zwar noch immer problematisch, hätte aber geringere Auswirkungen auf diese beiden größten Volkswirtschaften der EU.

Doch es gibt noch andere Strategien, weiß Susanne Lütz aus ihrer Vorstudie. So ist bereits bekannt, dass es hilfreich sein kann, bei mehreren Geldgebern Zwietracht in deren Koalition zu tragen. Auch wenn die Troika stets vereint auftrat, so war sie hinter den Kulissen keinesfalls immer einer Meinung. Der IWF etwa schlug vor, zur Lösung der lettischen Probleme das Land in den Euro aufzunehmen, obwohl es noch nicht die nötigen Stabilitätskriterien erfüllte. Die EU-Kommission als Hüterin dieser Kriterien konnte indes eine Ausnahme unmöglich zulassen. Sofort hätten andere Beitrittskandidaten dasselbe Recht eingefordert.

Krisen stärken die Parteien am linken und am rechten Rand

In den demokratischen, europäischen Staaten seien auch noch andere Optionen für die Kreditnehmer denkbar, sagt Susanne Lütz: „Da wäre zum Beispiel die Strategie der gebundenen Hände.“ Demokratien seien vom Wähler abhängig, und sie könnten jederzeit darauf verweisen, dass zu strenge Auflagen zu großen sozialen Einschnitten und in der Folge zu einem Regierungswechsel führen könnten. Krisen machten insbesondere die extremen Parteien am linken und rechten Flügel stark, und diese könnten schwierigere Verhandlungspartner für die Geldgeber sein als eine sozial- oder christdemokratische Regierung. Aber in einer funktionierenden Demokratie gibt es noch andere Akteure: So stufte das portugiesische Verfassungsgericht etwa Teile des zwischen Regierung und Troika vereinbarten Rettungsplanes als verfassungswidrig ein. Umgekehrt eröffnen sich hier auch Optionen für die Geldgeber: Durch gezieltes Verbünden mit bestimmten Kräften im Land – Parteien, Institutionen, Organisationen – können sie für ein Klima sorgen, in dem die Sparauflagen und Kreditkonditionen eher akzeptiert werden.

Drei Jahre lang werden Susanne Lütz, ihre wissenschaftlichen Mitarbeiter Sebastian Schneider und Sven Hilgers sowie zwei studentische Mitarbeiter diese Strategien und ihre Erfolge und Misserfolge erforschen. Auch der Zeitpunkt, an dem eine solche Strategie angewandt wird, soll untersucht werden. Denn was zu Beginn der Verhandlungen vielleicht hilfreich war, kann in einem späteren Verhandlungsstadium völlig nutzlos sein. Und umgekehrt. Neben viel Arbeit am Schreib-

Prof. Dr. Susanne Lütz



Susanne Lütz ist Professorin für Internationale Politische Ökonomie und unter anderem auch Mitglied des Fachkollegiums 111 „Sozialwissenschaften“ der Deutschen Forschungsgemeinschaft sowie Mitherausgeberin der Zeitschrift „Der moderne Staat“. In ihrer Forschung beschäftigt sie sich vor allem mit der Finanzkrise und der Kreditvergabe in der

Eurozone, der Regulierung von Finanzmärkten und geistiger Eigentumsrechte – und dem Wandel internationaler Organisationen.

Kontakt

Freie Universität Berlin

Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft

E-Mail: susanne.luetz@fu-berlin.de



tisch – dem Sichten offizieller Akten und ökonomischer Daten, der Verhandlungsprotokolle und der verfügbaren Literatur – warten auf die Forscher viele Reisen, um ihre Gesprächspartner zu befragen. Diese Interviews werden dann transkribiert, verschlagwortet und ausgewertet. Außer zwei großen Konferenzen sollen am Ende mindestens zwei Doktorarbeiten und wissenschaftliche Publikationen zum Thema stehen. Susanne Lütz plant zudem ein Buch über die Strategien der Nehmerländer in der Eurokrise.

Wer den Euro will, muss bereit sein, umzuverteilen

Wenn nun wegen der Gemeinschaftswährung alle Euro-Staaten in einem Boot sitzen, ist der Euro nicht nur eine große Chance, sondern im Krisenfall auch ein großes Risiko? Kann jedes kleine Land den Staatenbund erpressen, wenn es droht, bankrott zu gehen? Susanne Lütz zögert bei dieser Frage keine Sekunde: „Die Krise hat gezeigt, wer den Euro will, muss bereit sein, umzuverteilen. Die Wirtschaften im Euroraum sind sehr verschieden. Für eine stabile Währung ist deshalb mehr Transfer von den Reichen zu den Armen nötig. Das

mussten vor allem jene Länder lernen, die vom Euro besonders profitieren, wie der Exportweltmeister Deutschland“, sagt sie. Die Europäische Zentralbank sei das dafür zuständige Organ, und sie habe durch die Euro-Krise deutlich an Einfluss gewonnen. Durch die Krise gebe es nun zweifelsohne mehr Instrumente fürs Krisenmanagement im Bankensektor. Die EZB sei daher ein „eindeutiger Krisengewinnler“, sagt Lütz. Sie habe ihr Aufgabenspektrum stark erweitert und nehme nun auch systembedingte Risiken stärker in den Blick. Vorher habe die EZB nur darauf geachtet, ob eine Bank Risiken wie faule Kredite im eigenen Portfolio gehalten habe. Jetzt analysiere sie auch, was die Risiken einer Bank für andere Märkte oder gar die gesamte Ökonomie Europas bedeuteten.

Auf die Frage, ob die neuen Instrumente der EZB ausreichen, künftige Krisen zu verhindern, zögert die Forscherin einen Moment. Sind die Finanzmärkte jetzt besser reguliert, sind neue Krisen weniger wahrscheinlich? Die Mechanismen seien neu, ob sie auch besser seien, müsse sich noch erweisen, sagt Susanne Lütz schließlich. Wer die Bankenregulierung seit den 1970er Jahren verfolge, erkenne ein Muster: Wann immer Banken Schlupflöcher im Netz der Bankenaufsicht gefun-

Die Europäische Zentralbank hat durch die Eurokrise deutlich an Einfluss gewonnen



den hätten und es dadurch zu kleineren oder größeren Krisen kam, seien diese erst im Nachhinein gestopft worden. „Es galt das Mantra, es darf nicht zu teuer für die Banken werden, damit die Wettbewerbsfähigkeit erhalten bleibt“. Schließlich seien starke Banken für die gesamte Wirtschaft eines Landes entscheidend. Die Bankenregulierung ist nach Ansicht der Wissenschaftlerin damit ein Sonderfall gewesen, den man in anderen Bereichen nie akzeptiert hätte: Bei der Lebensmittel-, Medikamenten- oder Umweltsicherheit habe immer das Vorsorgeprinzip gegolten: Solange nicht alle Risiken bekannt sind, wird ein Produkt nicht zugelassen. Möglicherweise habe die Krise die Regierungen gelehrt, dass diese Vorsorge auch bei den Banken greifen müsse.

Erste Anzeichen dafür gebe es, konstatiert Lütz. Banken dürfen keine Töchter ohne Eigenkapital mehr haben, die Eigenkapitalquote der Banken wurde deutlich erhöht, über Stresstests wird die Einhaltung dieser Regeln überwacht. Weil die Krise auf dem US-Bankenmarkt mit der Pleite der Investmentbank Lehman Brothers ausbrach, gelten dort jetzt sogar noch strengere Regeln – in einem Land, das bis dahin eine wesentlich lockerere Bankenregulierung hatte als die meis-

ten europäischen Staaten. Dennoch kann Susanne Lütz nicht ausschließen, dass schon bald die nächste Krise droht: „Es ist ja denkbar, dass es Ursachen gibt, die noch niemand kennt, dass sich Banken neue Schlupflöcher suchen, die wieder ein Risiko darstellen“. Ein Umdenken habe in jedem Fall stattgefunden, nicht nur in Europa, auch in den USA. Dennoch bleibe die Bankenregulierung ein sehr unübersichtliches Feld.

In den USA und Europa hat ein Umdenken stattgefunden

Auch wenn heute vieles besser, stärker oder sogar zum ersten Mal überhaupt reglementiert sei, werde die Regulierung nie alle Segmente der Banken erfassen können. Wenn es etwa um neue Finanzprodukte mit hoher Rendite und hohem Risiko gehe, hätten die Banker bislang noch immer eine große Kreativität walten lassen, sagt Susanne Lütz. Am Ende ihres Forschungsprojekts wird sie daher vielleicht auch sagen können, welche Maßnahmen für mehr Stabilität sorgen. Und mit welcher Strategie ein unterlegener Partner am wahrscheinlichsten zu Geld kommt. Sei es nun Taschengeld, Gehalt, oder ein Kredit von der Troika.



iStockphoto.com, ollo



VON JULIA RUDORF

Europa im Fokus

Von A wie Antike bis Z wie Zivilrecht: Europa und seine Mitgliedstaaten spielen an der Freien Universität Berlin eine wichtige Rolle. Besonders intensiv beschäftigen sich Forscherinnen und Forscher an den verschiedenen Lehr- und Forschungszentren damit – etwa am *Osteuropa-Institut*, dem *Italienzentrum* oder am neu gegründeten *Centrum Modernes Griechenland*

Im Osten viel Neues

Das Osteuropa-Institut

Von den Folgen der EU-Erweiterung bis zur Ukraine-Krise – der Osten Europas war und ist eine Region im Wandel. Wirtschaftlich und politisch ist diese Dynamik mit vielen Herausforderungen verbunden. Und neuen Forschungsfragen, denen sich das Osteuropa-Institut der Freien Universität widmet.

Der Osten ist in Berlin nicht weit. Weder geografisch noch historisch noch aktuell. Weniger als hundert Kilometer sind es von der Hauptstadt bis zur polnischen Grenze. Erinnerungen an die frühere Teilung Europas in Ost und West finden sich in Berlin allenthalben. Und wenn wissenschaftliche Expertise gefragt ist, zur Ukraine-Krise etwa, zur Rechtslage in Russland oder zur Entwicklung von Wohlfahrtsstaaten in post-sozialistischen Gesellschaften, dann wird man in Berlin ebenfalls schnell fündig: in Dahlem, am Osteuropa-Institut der Freien Universität.

Das Institut kann auf eine lange Geschichte zurückblicken. 1951 wird es als eine der ersten wissenschaftlichen Einrichtungen der bundesdeutschen Osteuropaforschung eröffnet. Damals beginnen die beiden deutschen Teilstaaten ihren Wettlauf um den wirtschaftlichen Aufschwung. Während im Osten neue volkseigene Betriebe (VEB) gegründet werden und in Eisenhüttenstadt das größte Stahlwerk der DDR entsteht, arbeiten Westdeutschland und Frankreich an der Umsetzung des Schuman-Plans. Die gemeinsame Kontrolle über die Kohle- und Stahlindustrie beider Länder sollte später die Geburtsstunde Europas markieren. Die Gründung des Osteuropa-Instituts im November 1951 war – wie die Gründung der Freien Universität drei Jahre zuvor –, eine Folgeerscheinung des aufziehenden Ost-West-Konfliktes. Sowohl die Politik als auch Vertreter der Wissenschaft unterstrichen die Bedeutung der Osteuropastudien. „Damals war die Idee eines solchen Instituts durchaus mit dem Ziel der ‚Feindforschung‘ verbunden“, sagt Gertrud Pickhan, Professorin für Geschichte am

Osteuropa-Institut und Vorsitzende des Institutsrates. Die Relevanz, die dem Institut damals in der Frontstadt des Kalten Krieges zugestanden wurde, schlug sich unter anderem in der personellen Ausstattung nieder. Auch die multidisziplinäre Struktur war neu für diese Zeit. Zu den Gründungsabteilungen gehörten die Slawische Philologie, Wirtschaftswissenschaft, Recht und Geschichte. Später folgten Osteuropäische Landeskunde, Bildungswesen, Soziologie und Philosophie, Balkanologie und Medizin. In den 1970er Jahren wurde dann die Grundlage für die umfangreiche Bibliothek des Instituts geschaffen, in der die bis dahin auf die einzelnen Abteilungen verteilten Bestände zusammengefasst wurden. Heute hat die Instituts-Bibliothek einen Bestand von rund 360.000 Bänden, darunter Kostbarkeiten wie seltene Wörterbücher aus dem 18. Jahrhundert.

Eine Zäsur brachte das Ende der 80er Jahre und des Kalten Krieges. In den folgenden Jahren änderte sich nicht nur die Wahrnehmung der Länder hinter dem sogenannten Eisernen Vorhang, sondern auch der Blick auf die Forschung, die sich mit ihnen beschäftigte. Die strategische Erforschung der Länder im Osten verlor politisch an Bedeutung. Gleichzeitig rückten neue Fragestellungen in den Vordergrund. „Im Zentrum von Lehre und Forschung steht heute die neue Bedeutung Osteuropas als eine diversifizierte und heterogene Region in einer multipolaren Welt“, umschreibt Professorin Pickhan die Ausrichtung des Instituts. In den Abteilungen Geschichte, Politik, Soziologie, Wirtschaft, Jura und Volkswirtschaft bilden Themen mit Bezug zur Gegenwart einen Schwerpunkt. Im Fokus stehen außerdem Forschungsthe-

men, die mit den Transformationsprozessen in Ostmittel-, Südost- und Osteuropa und deren historischen Ausgangsbedingungen zusammenhängen. Kulturwissenschaftliche Fragestellungen und die Untersuchung von Konflikten im osteuropäischen Raum, die durch nationalistische Tendenzen einzelner ethnischer Gruppen entstehen, sind weitere Forschungsschwerpunkte. Ebenfalls um- und ausgebaut wurde das Lehrangebot: Statt des Magisterstudiengangs gibt es nun einen multidisziplinären Masterstudiengang, und mit dem englischsprachigen Masterprogramm „East European Studies“ bietet das Institut seit 2010 einen international einzigartigen Online-Fernstudiengang.

Der Standort Berlin ist dabei für Wissenschaftler und Studierende gleichermaßen vorteilhaft, denn auch Institutionen wie die Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde, die Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik oder das Deutsch-Russische Forum haben ihren Sitz in der Hauptstadt. Das Institut sei national und international gut vernetzt, sagt Gertrud Pickhan: „Im Gegensatz zum früheren Forschen übereinander geht es jetzt um das Forschen miteinander – also darum, eine gemeinsame Perspektive auf Osteuropa zu entwickeln.“

Das international attraktive Profil des Osteuropa-Instituts dokumentiert sich auch bei den Studierenden der Masterstudiengänge: Sie kommen unter anderem aus Polen, Russland oder Ungarn. Dass vor dem Hintergrund der aktuellen Krisenherde der Ruf nach gut ausgebildeten Osteuropa-Experten in Politik und Medien laut wird, ist am Osteuropa-Institut deshalb kein Anlass zur Sorge. Der Nachwuchs steht bereit.



Mehr als blühende Zitronen

Das Italienzentrum

Im Deutschen ist die Italiensehnsucht ein stehender Begriff, der untrennbar mit Bildung, Kultur und auch Wissenschaft verbunden ist. Das Italienzentrum der Freien Universität fördert seit seiner Gründung die Zusammenarbeit zwischen deutschen und italienischen Universitäten und Forschern.

„Kennst du das Land, wo die Zitronen blüh'n“ – die Anfangszeilen aus Goethes „Mignon“ sind längst zum Symbol deutscher Italiensehnsucht geworden, die nicht erst seit dem Ende des 18. Jahrhunderts einen starken Bezug zur Bildung hat. Die zahlreichen Italienreisen deutscher Adelliger, Schriftsteller, Künstler und Gelehrter sind seit der Renaissance bis weit ins 19. Jahrhundert Zeugen einer intensiven intellektuellen Beschäftigung mit der Kultur der Apenninhalbinsel.

Heute mag diese Beziehung etwas distanzierter erscheinen – nicht erst seit der Finanzkrise und den wirtschaftlichen Problemen, mit denen die südlichen Länder der Europäischen Union zu kämpfen haben. Im Bereich Bildung und Wissenschaft ist das Netzwerk dagegen enger denn je. Dazu tragen auch universitäre Einrichtungen wie das 1996 gegründete Italienzentrum der Freien Universität Berlin bei. „Die Freie Universität, die Humboldt-Universität und die Universität Potsdam pflegen in ganz unterschiedlichen Disziplinen seit langem gute Beziehungen zu Universitäten und Forschungszentren in Italien“, sagt Sabine Greiner, die Geschäftsführerin des Italienzentrums.

Viele dieser Verbindungen entstanden aus persönlichen Kontakten zwischen deutschen Wissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen, die mit italienischen Kollegen in transnationalen Projekten gemeinsam forschen. „Man könnte meinen, es seien vor allem die Geistes- und Kulturwissenschaften, die einen direkten Italienbezug haben – und den haben sie natürlich auch. Es sind aber ebenso die Naturwissenschaften und die Wirtschafts- und Rechtswissenschaften, die intensive Beziehungen zu ihren Kolleginnen und

Kollegen in Italien unterhalten“, erzählt Sabine Greiner. In den 90er Jahren entstand die Idee, die Beziehungen mit einer festen Adresse in Berlin zu untermauern und auszubauen.

1996 riefen die Italienische Botschaft und die Freie Universität Berlin das Italienzentrum mit einem gemeinsamen



Umberto Eco bei der Eröffnung des Italienzentrums 1998.

Abkommen ins Leben. Eineinhalb Jahre später war es dann so weit – das neue Zentrum startete mit einem eigenen Programm. Schon die Auftaktveranstaltung war prominent besetzt. Der italienische Schriftsteller und Philosoph Umberto Eco, dem die Ehrendoktorwürde der Freien Universität verliehen wurde, hielt die Eröffnungsrede. Am Kernauftrag der Einrichtung habe sich seither nichts geändert, sagt Sabine Greiner: „Das Zentrum soll die Lehr- und Forschungsaktivitäten bündeln und ausbauen.“ Anfangs waren das vor allem Kooperationsverträge zwischen dem Italienzentrum und der Universität von Neapel, der Università degli Studi di Napoli Federico II und der Scuola Normale Superiore di Pisa.

Heute geht die Zusammenarbeit über die klassischen italienbezogenen Fächer

wie Italianistik oder Kunstgeschichte weit hinaus. „Das Italienzentrum unterstützt auch Kontakte zwischen Forschern aus den Naturwissenschaften, der Medizin sowie den Wirtschafts- und Rechtswissenschaften und stellt in seinen Veranstaltungen Forschungsprojekte und -ergebnisse aus unterschiedlichen Disziplinen vor“, sagt Sabine Greiner. So bot das Italienzentrum im vergangenen Sommersemester interessierten Studierenden der Physik, Chemie und Biologie in einem Workshop zum binationalen Austausch in den Naturwissenschaften die Möglichkeit, sich über Studienaufenthalte und Laborpraktika in Italien zu informieren. Im Wintersemester folgten Vorträge über Entwicklungen des italienischen Gesellschaftsrechts sowie des Europäischen Verwaltungsrechts aus deutsch-italienischer Perspektive.

Die Zahl der Veranstaltungen ist stetig gewachsen, auch durch die gute Zusammenarbeit mit der italienischen Botschaft und dem Italienischen Kulturinstitut in Berlin. Das zeigt auch das Programm des Zentrums: In den vergangenen vier Semestern umfasste das Angebot jeweils zwölf bis fünfzehn Veranstaltungen, von der Archäologie bis zur Politikwissenschaft.

Gerade hat das Italienzentrum einen Umzug hinter sich – aus der historischen „Villa Milch“ an der Rheinbabenallee in das Zentrum für die Geistes- und Sozialwissenschaften an der Habelschwerdter Allee 45. Eine inhaltliche Veränderung ist mit der neuen Adresse nicht verbunden, nur ein Standortvorteil: Bei der Koordination kommender Veranstaltungen gemeinsam mit anderen Instituten der Freien Universität dürften einige Wege kürzer sein.

Über den antiken Tellerrand

Centrum Modernes Griechenland

Griechenland steht in der Öffentlichkeit vor allem aufgrund seiner finanziellen Situation im Mittelpunkt der Öffentlichkeit. Dass das Land selbstverständlich für weit mehr steht, wird in der Arbeit des Centrum Modernes Griechenland deutlich: Es fördert die Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Griechenland in Forschung und Lehre.

Wie oft er in den vergangenen Wochen gebeten wurde, zur Wahl in Griechenland Stellung zu nehmen, kann Konstantinos Kosmas nicht exakt sagen. Doch das Interesse der Presse am neu an der Freien Universität Berlin gegründeten Centrum Modernes Griechenland (CeMoG) sei nach den vorgezogenen Parlamentswahlen im Januar schon „sehr rege“ gewesen. „Griechenland ist durch die Wahl und die neue Regierung gerade wieder in den Mittelpunkt der europäischen Aufmerksamkeit gerückt“, sagt der Lehrbeauftragte am Institut für Griechische und Lateinische Philologie der Freien Universität und Koordinator der Einrichtung.

Gerade weil sich die politischen Beziehungen zwischen Griechenland und Deutschland aktuell alles andere als einfach gestalten, komme dem CeMoG seit seiner Gründung im Sommer 2014 eine besondere Rolle zu. Ein Kind der aktuellen Wirtschaftskrise ist das Zentrum trotzdem nicht. Schon länger schwebte dem Direktor des Instituts für Griechische und Lateinische Philologie an der Freien Universität, Miltiadis Pechlivanos, eine solche Einrichtung vor. Möglich wurde sie durch die Unterstützung der *Stavros Niarchos Foundation*. Die nach dem griechischen Reeder benannte Stiftung sichert die Arbeit des CeMoG gemeinsam mit der Freien Universität Berlin für insgesamt acht Jahre.

„Wir sehen es als unsere Aufgabe, die Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern zu stärken und auszubauen, im Bereich Kultur und Wissenschaft“, sagt Projektkoordinator Kosmas. Schon im ersten halben Jahr gab es am CeMoG Konferenzen, Workshops und Vorträge. Etwa über Antisemitismus in Griechenland oder das Thema Deutschland und Grie-

chenland im Spiegel der Philosophiegeschichte. Auch die Zusammenarbeit mit Institutionen wie etwa der Griechischen Kulturstiftung lief an. So unterstützte das CeMoG einen von der Kulturstiftung initiierten Atelierparcours, bei dem die Teilnehmer einen Blick in fünf Berliner Ateliers von bildenden Künstlern griechischer Herkunft werfen konnten.

Moderne Literatur aus Griechenland in Deutschland bekannter zu machen, ist das Ziel des Projekts „Edition Romiosini“. „Romiosini“ steht für die griechische Kultur in einer globalisierten Welt und bezieht sich nicht nur auf Griechenland selbst, sondern auch die Griechen im Ausland. Mit dem Editionsprojekt möchte das CeMoG die Arbeit des Kölner Romiosini Verlages fortführen, der sich in den 80er Jahren auf zeitgenössische griechische Literatur spezialisiert hat. Den Verlag gibt es nun eigentlich nicht mehr. Das CeMoG möchte jedoch die Übersetzung griechischer Literatur ins Deutsche fortsetzen, denn unter den Autoren sind bedeutende griechische Dichter wie Giorgos Seferis, Konstantinos Kavafis, Jannis Ritsos oder Odysseas Elytis. Auch die Werke zeitgenössischer Autorinnen und Autoren sollen mit der „Edition Romiosini“ veröffentlicht und einem größeren Publikum vorgestellt werden. „Das Projekt liegt uns sehr am Herzen, denn es soll deutschen Lesern einen Einblick in die moderne griechische Kultur ermöglichen“, sagt Kosmas.

Dafür soll das bestehende belletristische Verlagsprogramm auch um aktuelle Sachbücher erweitert werden. Etwa um Neuerscheinungen zur Politik- und Sozialgeschichte Griechenlands. Zu den geplanten Publikationen zählt etwa das Buch *Geschichte Griechenlands nach der*

Militärdiktatur, 1974-2009. Das Programm der „Edition Romiosini“ wollen die Mitarbeiter des CeMoG auf der nächsten Frankfurter Buchmesse vorstellen. Damit die Publikationen kein Nischendasein fristen und nur Insidern vorbehalten bleiben, sollen die Texte auch online zugänglich sein. „Dadurch demonstrieren wir, dass wir einem zeitgemäßen Konzept folgen und uns nachhaltig um die Verbreitung griechischer Literatur kümmern“, sagt Kosmas. Gleichzeitig sollen die Titel auch als E-Book und als Paperback zu erwerben sein.

Ein weiterer Schwerpunkt des CeMoG wird eine umfangreiche Datenbank über den deutsch-griechischen Wissens- und Kulturtransfer sein. Diese „digitale Wissensbasis“ soll den Stand der Forschung aufbereiten und für alle öffentlich zugänglich sein.

In diesem Jahr will das CeMoG sich auch einem bisher kaum erforschten Kapitel der deutsch-griechischen Geschichte widmen: den Griechen in der DDR. „Schon in den 50er Jahren hatte die DDR Kinder und Jugendliche aus Solidarität mit den unter der Militärdiktatur verfolgten griechischen Sozialisten aufgenommen. Über diese Schicksale ist bisher nur wenig geforscht worden“, sagt Kosmas.

Mit gesellschaftlich relevanten Themen aufmerksam zu machen auf die universitäre Forschung und umgekehrt – das möchte das CeMoG auch in Zukunft. Etwa mit einer Podiumsdiskussion zur Parlamentswahl in Griechenland, an der neben Geistes- und Sozialwissenschaftlern auch Ökonomen teilnehmen sollen. Eine Hoffnung der CeMoG-Mitarbeiter ist, dass ihre akademische Arbeit nachwirkt. Auch – und gerade – in Zeiten der Krise.

Die alte Angst vor dem Untergang

Angesichts der Terroranschläge von Paris und der Anti-Islam-Bewegung fordern Wissenschaftler der Freien Universität mehr Reflexion im Umgang mit dem Islam

NOP

VON NORA LESSING

„Der Islam gehört zu Deutschland“ – dieser Satz des ehemaligen Bundespräsidenten Christian Wulff wird von Politikern gerne zitiert, wenn es darum geht, gegen Islamfeindlichkeit in Deutschland Stellung zu beziehen. Dennoch konnte die Bewegung „Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“ (Pegida) mit der Angst vor dem Islam über Wochen Tausende Menschen mobilisieren. Ein Phänomen, an dem die Medien nach Ansicht von Wissenschaftlern nicht ganz unbeteiligt sind.

Terrorismus, Fanatismus, Frauenfeindlichkeit – es sind nicht gerade positive Schlagworte, mit denen der Islam in Deutschland in Verbindung gebracht wird. Und das nicht erst seit den Anschlägen von Paris, wie Professorin Schirin Amir-Moazami vom Institut für Islamwissenschaft der Freien Universität bedauert: „Das Bild

vom angeblich bedrohlichen Islam wird in der Gesellschaft ständig in unterschiedlichen Facetten reproduziert.“ Die Sozialwissenschaftlerin beschäftigt sich seit Jahren unter anderem mit islamischen Bewegungen, Säkularismus und staatlichen Regulierungsversuchen religiöser Pluralität in Europa. Dass Muslime in der Öffentlichkeit immer wieder pauschal mit potenziellen Attentätern und der Islam mit Terrorismus in Verbindung gebracht werden, findet Amir-Moazami bedenklich. „Es steht außer Frage, dass sich die Attentäter von Paris auf den Islam berufen haben. Dennoch gibt es keinen ursächlichen Zusammenhang zwischen Terrorismus und islamischer Religion.“

Wie das Christentum kenne der Islam viele unterschiedliche Strömungen, weshalb kaum von einem einheitlichen Religionssystem gesprochen werden könne. Innerhalb jeder Gesellschaft fänden sich viele, teilweise sehr unterschiedliche Ausprägungen, die immer an historisch bedingte soziale, politische, kulturelle und öko-



EGIDA!



mische Voraussetzungen geknüpft seien. „Insofern gibt es keinen unveränderlichen Islam, sondern immer nur einzelne Menschen oder auch Bewegungen, die ihn auslegen und leben“, sagt Schirin Amir-Moazami und führt ein Beispiel an. So sollen die Attentäter vom 11. September 2001 vor dem Anschlag auf das World Trade Center noch einen Whiskey getrunken haben, obwohl der Koran nicht nur das Töten untersagt, sondern auch den Alkoholkonsum.

„Man weiß im Einzelnen nicht, welche Versionen der Quellenauslegung und Glaubenspraxis für solche Menschen Gültigkeit haben“, sagt sie. Oft seien es Versatzstücke aus ganz unterschiedlichen Quellen, die genutzt würden. Die Biographien der Terroristen seien außerdem äußerst heterogen und ließen sich kaum auf ein einheitliches Profil herunterbrechen. Die Angst vor dem Terror habe jedoch dazu geführt, dass Muslime immer häufiger nicht als Individuen wahrgenommen würden. Zudem hätten in der Gesellschaft Aversionen gegenüber einer Religiosität zugenommen, die so ganz anders als die eigene empfunden werde, konstatiert die Forscherin. „Nach allen Anschlägen gab es eine Art Reflex, Muslimen abzuverlangen, sich von islamistischen Terroranschlägen zu distanzieren“, sagt die Sozialwissenschaftlerin. Der Heterogenität der Islamauslegungen werde das nicht gerecht. Stattdessen deute es auf pauschale Ressentiments und ein tiefes Misstrauen gegenüber dem Islam hin.

Dass viele Menschen hierzulande dem Islam skeptisch gegenüberstehen, zeigten auch Anfang dieses Jahres veröffentlichte Ergebnisse des Religionsmonitors, einer Studie der Bertelsmann Stiftung, die noch vor dem Anschlag auf die Redaktion des Satiremagazins *Charlie Hebdo* durchgeführt wurde. Einer Sonderauswertung zufolge, für die in 13 Ländern insgesamt 14.000 Menschen zu ihren persönlichen religiösen Einstellungen und zum Verhältnis von Religion und Gesellschaft befragt wurden, gaben 61 Prozent der befragten Deutschen an, der Islam passe nicht in die westliche Welt. Rund ein Viertel wollte gar Muslimen die Zuwanderung nach Deutschland verbieten. Ähnlich wie in einer Untersuchung der Technischen Universität Dresden zu Teilnehmern der Pegida-Demonstrationen wird auch in der Studie der Bertelsmann Stiftung deutlich, dass Vorbehalte gegenüber Muslimen durch alle Gesellschaftsschichten hindurch bestehen. „Bei Pegida und anderen populistischen Bewegungen zeigt sich, dass diese Menschen annehmen, es gebe eine einheitliche, europäische Kultur, der ein einheitlicher, nicht-europäischer Islam gegenüberstehe“, sagt Amir-Moazami.

In der „absurden Forderung, die Islamisierung des Abendlandes zu unterbinden“, werde deutlich, dass weite Teile der Gesellschaft in Deutschland Muslime nach wie vor als eine Art Fremdkörper betrachteten, sagt

Amir-Moazami: „Das zeigt, dass islamische Religiosität als unvereinbar mit der europäischen Lebensweise und ihren Werten begriffen wird.“ Im Kontrast dazu dokumentiert der Religionsmonitor, dass sich die deutschen Muslime entgegen aller Vorurteile sehr wohl an Werten wie Demokratie und Pluralität orientierten. Ursachen dafür, dass Muslime dennoch überwiegend negativ wahrgenommen würden, sieht Amir-Moazami unter anderem im Festhalten an Stereotypen – und einer zum Teil einseitigen Berichterstattung. So werde etwa dem salafistischen Extremisten Pierre Vogel in den Medien immer wieder ein Forum geboten. „Die sogenannte friedliche Mehrheit der Muslime hat dagegen in der öffentlichen Diskussion kaum eine Stimme“, stellt Schirin Amir-Moazami fest.

Roman Peperhove, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Forschungsforum Öffentliche Sicherheit der Freien Universität, sieht die Vorbehalte gegenüber Muslimen ebenfalls kritisch. „Die argumentative Vermischung von Islam, Migration und Terrorismus, der man derzeit immer wieder begegnet, führt nicht weiter“, sagt Peperhove. Die Diskrepanz zwischen empfundener und tatsächlicher Bedrohung durch islamistisch motivierte Terroristen sei in der Bevölkerung doch sehr groß. „Eine hundertprozentige Sicherheit gibt es natürlich nicht“, sagt Peperhove. Der Konflikt zwischen Sicherheitsbedürfnis, Überwachung und Einschränkungen der persönlichen Freiheit ist ein wichtiger Aspekt der Sicherheitsforschung. Deshalb müsse man in der Debatte auch immer wieder hervorheben, welche Freiheiten die Menschen in Europa bislang genießen, sagt Peperhove: „Diese Freiheit ist ein hohes Gut.“ Eines, das unnötig aufs Spiel gesetzt wird, wenn Politiker nach Anschlägen reflexartig mehr Sicherheitsmaßnahmen forderten: „In der Regel sind es herkömmliche Polizeimethoden, die zur Aufklärung solcher Taten wie der von Paris führen“, sagt der Wissenschaftler. Die Einführung neuer Sicherheitsmaßnahmen dagegen bedeute nicht selten einen umfangreichen Eingriff in bürgerliche Rechte und befördere Stereotype und gesellschaftliche Ausgrenzung, warnt der Sicherheitsforscher. Ein Beispiel für solche Ausgrenzungseffekte sei das sogenannte Racial Profiling – wenn also etwa Polizei- oder Sicherheitsbeamte bei Personenkontrollen Menschen allein aufgrund ihres Aussehens und ihrer Herkunft als potenziell verdächtig einstufen.

Die Angst vor islamistischem Terror führt Peperhove zufolge vor allem zur gesellschaftlichen Stigmatisierung und Ausgrenzung von Muslimen und Migranten im Allgemeinen. Und das, obwohl sich etwa Rechts- und Linksextremismus ebenfalls auf einem hohen Gewaltniveau befänden. Dementsprechend hält Peperhove den jüngsten Appell des deutschen Innenministers an die Bevölkerung für wenig hilfreich: Thomas de

Prof. Dr. Schirin Amir-Moazami



Schirin Amir-Moazami bekleidet seit dem Wintersemester 2009/2010 die Juniorprofessur für Islam in Europa am Institut für Islamwissenschaft der Freien Universität Berlin. Sie studierte Soziologie und Politikwissenschaften in Frankfurt am Main, Marseille, Berlin und Paris. 2004 schloss sie ihre Promotion am Europäischen Hochschulinstitut in Florenz ab.

Anschließend lehrte sie an der Europa-Universität Viadrina und an der Humboldt-Universität zu Berlin. Zu ihren Forschungsinteressen zählen islamische Bewegungen in Europa, Religionspolitiken, Politische Theorien und Geschlechterfragen.

Kontakt

Freie Universität Berlin

Institut für Islamwissenschaft

E-Mail: schirin.amir-moazami@fu-berlin.de

Roman Peperhove, M. A.



An der Freien Universität Berlin studierte Roman Peperhove Neuere Geschichte, Islamwissenschaft und Neuere deutsche Literatur. Er arbeitete in unterschiedlichen nationalen und internationalen Forschungsprojekten; unter anderem im EU-geförderten Projekt FESTOS (Foresight of Evolving Security Threats Posed by Emerging Technologies; FP7). Er beschäftigt sich mit Themen aus dem Kontext von Gesellschaft und Sicherheit. Als wissenschaftlicher Mitarbeiter im Projekt ENSURE beschäftigt er sich derzeit mit Gefahren- und Handlungsszenarien bei unterschiedlichen Großschadensereignissen in urbanen Räumen.

Kontakt

Freie Universität Berlin,

Forschungsforum Öffentliche Sicherheit

E-Mail: roman.peperhove@fu-berlin.de

Maizière hatte die Bevölkerung nach den Anschlägen von Paris zur Wachsamkeit aufgefordert, vor Radikalisierungsprozessen unter deutschen Muslimen gewarnt und betont, es gebe in Deutschland „so viele Gefährder wie noch nie.“

Zwar ist eine überraschend große Anzahl Menschen in den Irak oder nach Syrien gereist und teilweise zurückgekehrt, doch ist noch unklar, in wie weit eine Gefährdung von diesen Menschen ausgeht, sagt Peperhove. „Die Angst vor solchen potenziellen Attentätern ist vermutlich deutlich größer als die tatsächliche Gefahr.“ Neben der Angst vor Terroranschlägen habe auch die Angst vor Überfremdung durch Migration wenig mit tatsächlichen gesellschaftlichen Entwicklungen zu tun, argumentiert der Sozialwissenschaftler. Vielmehr seien als Ursache allgemeine soziale Ängste zu vermuten, die auf Migranten projiziert würden: „Das zeigt sich unter anderem daran, dass Pegida in Städten mit hohem Migrantenanteil bislang wenig erfolgreich ist.“

Die Furcht vor einer Islamisierung Europas sei nicht neu – und Pegida nur das öffentliche Gesicht eines schon länger andauernden Diskurses, sagt Schirin Amir-Moazami. Auch habe die Rede von Deutschlands christlich-abendländischen Fundamenten eine lange Geschichte. „Den Islam pauschal als das Andere abzulehnen, das mit Europa nicht zu vereinbaren ist, ist offenbar identitätsstiftend“, sagt die Sozialwissenschaftlerin. Pegida-Anhänger beschwören eine Einheit europäischer Normen und Werte herauf, um sich ihrer selbst zu versichern. Diese Einheit habe es so allerdings nie gegeben – ebensowenig wie einen einheitlichen Islam. „Man sollte Pegida nicht als ein Randphänomen abtun“, ist die Forscherin überzeugt, „sondern grundlegender fragen, was mit Begriffen wie Islamisierung, Abendland oder christlich-jüdischem Erbe gegenwärtig genau gemeint ist, denn diese Begriffe werden auch jenseits des rechten Randes immer wieder bemüht.“ Eine religiös-kulturelle Pluralität sei in Deutschland längst Realität. Daher stelle sich die Frage, wie sich Pegida-Demonstranten die Umsetzung ihrer Forderungen vorstellten.

„Die Gegenwart ist derzeit schwer zu deuten, weil sehr komplexe Dynamiken gleichzeitig ablaufen. Man muss die aktuellen Entwicklungen kritisch reflektieren“, sagt Amir-Moazami. So sei es nicht sinnvoll, einseitig die Frage an Muslime zu richten, ob der Islam mit den liberalen und demokratischen Prinzipien westlicher Gesellschaften vereinbar sei. „Es ist wichtig, dass es einen gesellschaftlichen Diskurs darüber gibt, wer mit *wir* gemeint ist, wenn von der deutschen Kultur gesprochen wird. Bislang werden Teile der Gesellschaft systematisch davon ausgeschlossen“, sagt Amir-Moazami. „Das Bedürfnis nach einfachen Antworten ist jedenfalls weder leicht zu befriedigen, noch sind viele der Fragen zielführend, die gegenwärtig gestellt werden.“

NO A

**RASSISMUS
NATIONALISMUS
SOZIALCHAUVINISMUS**

Rechts überholt?



dpa/picture alliance

2015 ist ein Superwahljahr. Gleich in acht Ländern der Europäischen Union werden oder wurden Parlamente neu gewählt. Vor allem EU-kritische Parteien hoffen auf Stimmenzuwächse. Bereits bei der Europawahl 2014 ging nahezu jede fünfte Stimme an eine rechtspopulistische Partei. Mit dem Phänomen des neuen Nationalismus beschäftigen sich Wissenschaftler der Freien Universität.



VON SONJA ALVAREZ

Joschka Fischers Sorge ist groß: Noch kurz vor der Parlamentswahl in Griechenland Ende Januar warnte der ehemalige Außenminister vor der „Wiedergeburt eines Nationalismus in Europa“. Diese Tendenz zur Renationalisierung habe sich bereits im Ergebnis der Europawahlen im Frühjahr 2014 gezeigt, bei der fremdenfeindliche, anti-europäische und nationalistische Parteien sehr gut abgeschnitten hätten, schrieb er in einem Artikel in der „Süddeutschen Zeitung“. Ein Trend, der ungebrochen anhalte, fürchtet Fischer.

Tatsächlich könnten die Ergebnisse der Europa- und Griechenlandwahl den Beginn eines neuen Kapitels der Europäischen Union markieren, in der vor allem extreme EU-Kritiker den Ton angeben. Im Wahlkampf gehen euro-kritische bis anti-europäische Parteien immer erfolgreicher auf Stimmenfang. Etwa die links-sozialistische Syriza, die mit diesem Kurs in Griechenland erst im Januar an die Macht gekommen war. Dabei half Syriza-Chef Tsipras ausgerechnet eine Koalition mit der rechtspopulistischen Anexartiti Ellines (ANEL). Die Politik der „Unabhängigen Hellenen“ und ihres Parteivorsitzenden Panos Kammenos ist rechtspopulistisch, der Kampf gegen Überfremdung und Migration ist eines ihrer wichtigsten politischen Ziele.

Die Angst vor einer Überfremdung wird instrumentalisiert

Auch in anderen europäischen Ländern schwenken immer mehr Parteien auf einen ähnlichen Kurs ein: Die Wahren Finnen, die Dänische Volkspartei, die United Kingdom Independence Party (UKIP), der französische Front National, die Neu-Flämische Allianz und hierzulande die Alternative für Deutschland. Auch wenn sie sich im Detail ihrer Programme unterscheiden, so haben diese rechtspopulistischen Parteien doch etwas gemeinsam, was ihnen in die Karten zu spielen scheint – und ihnen Wähler zutreibt: Die propagierte Angst vor einer Überfremdung, die Furcht vor einer weiteren europäischen Integration. Die zunehmende Globalisierung betrachten sie als zusätzliche Bedrohung, nicht als Chance für sich und ihr Land. In diesem Jahr wurde und wird in acht EU-Ländern gewählt – darunter in Frankreich, Großbritannien, Spanien und Portugal. Erst am Ende des Jahres wird man bilanzieren können, wieviel Erfolg diejenigen Parteien haben, die auf bestehende Probleme nationale Lösungen anbieten. Das Beispiel UKIP machte im Mai bei den Wahlen in Großbritannien deutlich: Durchschlagender Erfolg kann auch ausbleiben.

Eine Entwicklung, die Europa so ähnlich schon einmal durchgemacht habe, sagt Arnd Bauerkämper, Professor für Geschichte am Friedrich-Meinecke-Institut der Freien Universität: „Prinzipiell erleben wir ein Phänomen, das in Europa bereits im 19. Jahrhundert mit der ersten Phase der Globalisierung im Zuge der zunehmenden Handelsströme aufgetreten ist und sich seither immer wieder durch die europäische Geschichte gezogen hat.“

Viele politische Änderungen und Hinwendungen zu neuen politischen Ideen erzeugten Ängste, aus denen heraus ein Hang zur Ausgrenzung des Fremden und Rückbesinnung auf das vermeintlich Eigene entstehe. „Insofern war der Nationalismus nie einfach verschwunden, sondern er hat immer wieder einen Formenwandel erlebt“, sagt Arnd Bauerkämper. Bemerkenswert an der aktuellen Form des Nationalismus sei, dass nach den Schrecken des Nationalsozialismus und dem Ende des Zweiten Weltkriegs ein großes Versprechen abgelehnt werde: Das Projekt „Europa“. Viele Europäer nähmen es offenbar weniger als Garant für Frieden und Freiheit wahr, sondern als Belastung und Bedrohung. Besonders in den südeuropäischen Ländern, die gegen Rezession und Arbeitslosigkeit kämpften, werde die europäische Politik von großen Teilen der Bevölkerung als Zumutung wahrgenommen. Im wirtschaftlich starken Norden Europas hätten Menschen aber ebenso diffuse Ängste, zeigten Verunsicherung und konstruierten Feindbilder, die auf Orientierungslosigkeit hinwiesen und die Furcht vor Statusverlust widerspiegeln – was wiederum von rechtspopulistischen Parteien aufgegriffen und verstärkt werde. Nationalismus suggeriere, diesen Ängsten mit dem Rückzug auf das vermeintlich ‚Eigene‘ etwas entgegensetzen zu können.

Ein Beispiel für einen solchen Rückzug sei auch in Großbritannien zu beobachten, wo die rechtspopulistische und EU-kritische UKIP unter ihrem Vorsitzenden Nigel Farage zunehmende Erfolge verzeichnete. „Die UKIP fährt ganz klar einen nationalistischen Kurs. Sie strebt einen Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU an – und zwar nicht nur, um ökonomisch unabhängig zu sein, sondern auch, um britische Werte zu bewahren. Globalisierung wird von ihren Anhängern als Bedrohung für das britische Empire empfunden – und nicht etwa als Chance“, sagt Bauerkämper, zu dessen Forschungsschwerpunkten auch die Geschichte Großbritanniens im 19. und 20. Jahrhundert gehört.

Mit diesem Kurs erreichte die UKIP bei den Europawahlen im vergangenen Jahr 28 Prozent der Stimmen und wurde mit 24 Sitzen die stärkste britische Partei. Auf nationaler Ebene reüssierte sie im November 2014 bei einer Nachwahl im Wahlkreis Rochester in Kent: UKIP-Kandidat Mark Reckless siegte mit einer Mehrheit von 42,1 Prozent gegen die zweitplatzierte Mit-

Prof. Dr. a. D. Hajo Funke



Nach Stationen in Harvard und Berkeley übernahm Funke 1993 die Professur für Politik und Kultur am Otto-Suhr-Institut für Politische Wissenschaften der Freien Universität Berlin. Bis zu seiner Emeritierung im April 2010 lehrte und forschte er an der Freien Universität Berlin. Schwerpunkte seiner Arbeit waren unter anderem Nationalismus, die US-amerikanischen Rechte sowie rechte Gewalt in Deutschland. Nach wie vor arbeitet der Politikwissenschaftler zu Rechtsextremismus und Antisemitismus in Deutschland, etwa als Beobachter des NSU-Prozesses.

Kontakt

Freie Universität Berlin

Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft

E-Mail: hfunke@zedat.fu-berlin.de

Prof. Dr. Sabine Kropp



Nach dem Studium an den Universitäten Erlangen-Nürnberg und Moskau arbeitete sie als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Politische Wissenschaften der Universität Erlangen-Nürnberg, wo sie auch promoviert und habilitiert wurde. Es folgten Stationen in Magdeburg, Potsdam und Düsseldorf. Bis 2013 war sie Inhaberin des Lehrstuhls Politikwissenschaft an der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer, bevor sie den Ruf der Freien Universität Berlin auf die Professur Politisches System der Bundesrepublik Deutschland annahm. Zu den Themen ihrer aktuellen Forschung gehört unter anderem das Projekt „Governance in Russland“, das von der METRO-Stiftung gefördert wird.

Kontakt

Freie Universität Berlin

Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft

E-Mail: polssystem@polsoz.fu-berlin.de

bewerberin Kelly Tolhurst von der Konservativen Partei. Auf nationaler Ebene gelang der Durchbruch nicht, wie sich bei den Wahlen zum britischen Unterhaus nun zeigte. Bauerkämper hatte zu Recht bezweifelt, dass die UKIP dabei groß punkten würde: „Das britische Mehrheitswahlrecht setzt den kleinen Parteien sehr hohe Hürden entgegen. Viele Wähler überlegen sich deshalb gut, ob sie ihre Stimme an eine eher kleine Partei wie die UKIP quasi verschenken.“ Die UKIP wurde nach Stimmen zwar drittstärkste Kraft, das reichte aber wegen des Mehrheitswahlrechts nur für einen der knapp 650 Sitze im Unterhaus. Dennoch gelang es der Partei, ihre Themen auf die nationale Agenda zu setzen, und sie brachte Premier David Cameron dazu, eine zunehmend EU-kritische Haltung einzunehmen. Eine Strategie, die Bauerkämper skeptisch sieht. „Viele UKIP-Anhänger empfinden die Entwicklung bezüglich der Einwanderung und der wirtschaftlichen Entwicklung viel dramatischer, als sie wirklich ist. Ziel der Regierung und der etablierten Parteien muss deshalb nicht zuletzt sein, diese Fehlwahrnehmung zu korrigieren.“ Problematisch sei beispielsweise, dass viele Einwanderer isoliert in Wohngebieten lebten. „Diese Segregation muss aufgelöst werden, und es sollte durch eine zunehmende Integration dafür gesorgt werden, dass die Ängste vor Überfremdung abnehmen.“

Es entsteht ein Klima der Gewalt

In Dresden hatte die geschürte Angst vor einer Überfremdung Anfang des Jahres sogar mehr als 25.000 Menschen auf die Straße getrieben. Organisiert wurde der Protestmarsch von der Vereinigung Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes (Pegida). Durch den zunächst wachsenden Erfolg von Pegida ist offenbar ein Klima entstanden, in dem die Gewalt gegen Ausländer in Deutschland steigt: Seit Beginn der Demonstrationen im Herbst 2014 hätten sich Angriffe gegen Flüchtlinge, Migranten und ihre Unterkünfte mehr als verdoppelt, berichtete das ARD-Magazin „Report Mainz“ Ende Januar. In den drei Monaten vor dem ersten Pegida-Marsch am 20. Oktober habe es bundesweit 33 Übergriffe auf Migranten und Flüchtlinge gegeben, in den drei Monaten danach 76. Die Übergriffe reichen dem Bericht zufolge von Hakenkreuzschmierereien an Flüchtlingsunterkünften bis hin zu brutalen Angriffen auf Ausländer.

Auch in Frankreich hat sich das Klima verschärft, seit islamistische Attentäter Anfang Januar 2015 Anschläge auf die Satirezeitschrift „Charlie Hebdo“ und einen jüdischen Supermarkt verübten und zahlreiche Menschen töteten. Sowohl Juden als auch Muslime fühlen sich seither zunehmend bedroht. Werden wir also nach der Finanz- und Eurokrise in der Europäischen Union

nun eine politische Krise erleben? Eine Krise, die die Europäische Union im Zuge eines neuen Nationalismus in ihren Grundpfeilern erschüttern könnte?

Hajo Funke, Rechtsextremismus-Experte und Professor am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin sieht „starke Anzeichen dafür, dass wir in Europa derzeit wieder einen neuen Nationalismus erleben – und zwar in verschiedenen ethno-nationalistischen Ausprägungen.“ Dabei seien Europas Krisen unmittelbar mit dem Aufstieg des europaweiten Nationalismus verbunden. Erst die auf sich selbst konzentrierte Politik des Sparens und der Haushaltsdisziplin habe Europa in eine soziale, politische und damit auch kulturelle Schiefelage gebracht. Sie bilde einen Nährboden für Ärger, Wut und Aggression, die oft auf Minderheiten abzielten. Das

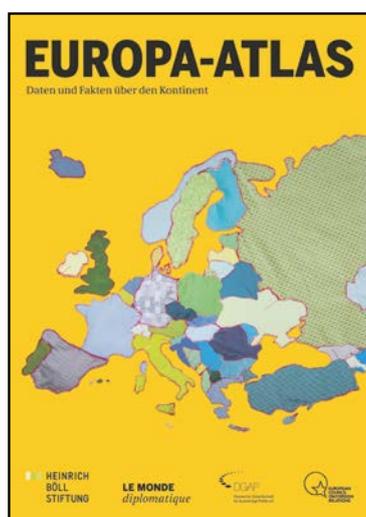
Ausmaß dieser ethnonationalistischen Aggressivität sei in den vergangenen Jahren durch die globale und europäische Finanzkrise noch einmal verstärkt worden. „Was wir deshalb dringend brauchen, ist ein neues Projekt Europa mit einem Friedens- und sozialen Integrationskonzept, denn die Verteilungskonflikte nehmen jetzt noch zu“, betont Funke.

Islamistische Attentate wie die Anschläge von Paris könnten der Entwicklung des neuen Nationalismus weiteren Vorschub leisten, fürchtet er: „Anschlagsdrohungen mobilisieren möglicherweise Ängste, was wiederum Wasser auf die Mühlen derjenigen ist, die Resentiments schüren wollen.“ Doch eine solche Entwicklung sehe er in Deutschland derzeit noch nicht. „Trotz der Attentate hat die deutsche Bevölkerung differenziert

Islamistisch motivierte Attentate wie der Anschlag auf die französische Satirezeitung „Charlie Hebdo“ lösten eine Welle der Empörung und Solidarität aus – und könnten dennoch zu einem Erstarren des Nationalismus führen.



HEINRICH BÖLL STIFTUNG



THEMEN

- Alltag in Europa
- Kriege und Frieden
- Demografie und Migration
- Populismus
- Eurovision Song Contest
- Akteure und Mächte
- Deutschland in Europa
- Solidarität
- Wirtschaft
- Eurokrise
- Handel
- Flucht und Asyl
- Außenpolitik
- Landwirtschaft
- Energie
- Frauen
- Bildung
- Digitales
- Alternativen
- Demokratie

Europa ist mehr als Schuldenkrise, Bürokratie und nationale Kleingeisterei. Dies zeigt der Europa-Atlas. Er eröffnet einen frischen Blick auf die Europäische Union mit all ihren Errungenschaften und Widersprüchen.

BESTELLUNG:
www.boell.de/europa-atlas

Heinrich-Böll-Stiftung, Schumannstr. 8, 10117 Berlin, www.boell.de

Univ.-Prof. Dr. Arnd Bauerkämper



Arnd Bauerkämper ist seit 2009 Professor für die Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts am Friedrich-Meinecke-Institut der Freien Universität Berlin. In Forschung und Lehre befasst er sich unter anderem mit der Geschichte Großbritanniens im 19. und 20. Jahrhundert, dem Faschismus in Europa, der Sozialgeschichte der Bundesrepublik Deutschland und der DDR sowie der Demokratie, Philanthropie und Zivilgesellschaft in Westdeutschland im transatlantischen Verhältnis zu den USA. Eines seiner aktuellen Forschungsprojekte beschäftigt sich mit „Sicherheit und Menschenrechten in Europa im 20. Jahrhundert“. Dazu untersucht er den Terrorismus seit den 1970er Jahren und die Internierung von Feindstaatenangehörigen während der beiden Weltkriege.

Kontakt

Freie Universität Berlin
 Friedrich-Meinecke-Institut
 E-Mail: baue@zedat.fu-berlin.de

reagiert“, sagt Hajo Funke – selbst wenn es den politisch Verantwortlichen in Sachsen nicht gelungen sei, die Ängste der Menschen ernst zu nehmen. Auch deshalb habe die „Pegida“-Bewegung in Dresden und andernorts so viele Anhänger gewinnen können.

Sabine Kropp, die am Otto-Suhr-Institut als Professorin über das politische System der Bundesrepublik Deutschland forscht, verweist bei den Problemen mit dem Nationalismus auf die sogenannte Kontakthypothese: „Fremdenfeindlichkeit entwickelt sich dort stärker, wo Menschen weniger mit Fremden konfrontiert sind und diesen gegenüber deshalb stärkere Ängste entwickeln.“ Ein gutes Beispiel dafür seien Dresden und das Bundesland Sachsen. Obwohl der Anteil der Muslime an der Bevölkerung in Sachsen gerade einmal 0,1 Prozent betrage, habe sich Dresden zur „Pegida“-Hochburg entwickelt. Derzeit deute jedoch vieles darauf hin, dass sich der Protest verlaufe. Die etablierten Parteien distanzieren sich von rechten Ressentiments. Bei der populistischen AfD würden zwar rechte Töne laut. Doch schlage die Partei damit einen riskanten Kurs ein, wenn sie ihre wirtschaftspolitische Ausrichtung zugunsten einer fremdenfeindlichen und integrationssskeptischen Haltung aufgebe, ist Sabine Kropp überzeugt: „Die AfD wird dann die Anhänger verlieren, die in der bürgerlichen Mitte verortet sind.“

Dass sich neben der UKIP auch in Großbritannien eine Bewegung wie Pegida etablieren könnte, glaubt Arnd Bauerkämper nicht. Der britische Pegida-Ableger, dessen Anhänger Anfang März unter anderem in London demonstrierten, werde eine Eintagsfliege bleiben, sagt der Wissenschaftler: „Die UKIP hat es sich bereits zum Ziel gesetzt, Einwanderung weiter einschränken zu wollen. Für einen Pegida-Ableger bleibt damit keine eigenes Thema mehr, um sich abzugrenzen und zu punkten.“

Das Wahljahr 2015 wird zeigen, wie erfolgreich Rechtspopulisten sind

Aber auch in Deutschland sieht Bauerkämper für Pegida keine Zukunft mehr. „Pegida is over, die Bewegung hat sich selber zerlegt – was aber sicher nicht bedeutet, dass sich die Ängste der Anhänger erledigt haben. Diese müssen von der Politik und den etablierten Parteien ernst genommen und aufgegriffen werden, damit Bewegungen wie Pegida und auch rechtspopulistische Parteien künftig keine Chance mehr haben.“

Das Wahljahr 2015 wird zeigen, ob die nationalistischen Bewegungen in der EU bei den Wählern weiter an Attraktivität gewinnen – oder ob das Erstarken rechtspopulistischer und anti-europäischer Parteien womöglich nur vorübergehend ist. Dafür müsste den etablierten Parteien jedoch eines gelingen: den Bürgern zu vermitteln, dass Europa nie lebenswerter war.



Ziemlich beste Freunde



VON LEONARD FISCHL

Das Bild ist fast zu schön, um wahr zu sein: Deutschland, das Land der wirtschaftlich erfolgreichen Umweltschützer. Und Frankreich, das Land der glücklichen und mit Hochkultur gesegneten Familien. Laut einer Umfrage zum 50. Jahrestag des Elysée-Vertrags im Jahr 2013 hatten Deutsche und Franzosen voneinander zwar viele Klischees vor Augen, aber mit Sicherheit nicht die schlechtesten: 46 Prozent der Franzosen und 45 Prozent der Deutschen denken laut der Studie weder an Krieg noch an Frieden, wenn es um das Nachbarland geht. Sie denken immer häufiger an Alltagsdinge wie die Automarken des Nachbarn, das Essen, die Sprache oder die Musik. Immer mehr Franzosen können sich vorstellen, in Deutschland Urlaub zu machen. Und immer mehr Deutsche halten es für möglich, in Frankreich zu arbeiten.

Diese schrittweise Annäherung ist nicht nur dank des Bemühens von Politikern geschehen, sondern vor allem das Resultat des intensiven Austauschs zwischen den Bürgern, ob nun in Form von Städtepartnerschaften, Schüleraustauschen, universitären Kooperationen oder gegenseitigen Besuchen. Das Deutsch-Französische Jugendwerk (DFJW), das 1963 aus der Taufe gehoben wurde, hat seit seiner Gründung rund acht Millionen Jugendlichen aus Deutschland und Frankreich einen Aufenthalt in dem jeweils anderen Land ermöglicht. Diese privaten Kontakte haben dazu beigetragen, dass die Reise ins Nachbarland heute wie eine Selbstverständlichkeit erscheint.

Doch trotz dieser guten zwischenmenschlichen Beziehungen kommt es auf politischer Ebene immer wieder zum Konflikt – vor allem wenn es darum geht, die Richtung Europas zu bestimmen. Eurobonds, erneuerbare Energien, die Rolle des Staates: Bei all diesen Punkten geraten die beiden Länder regelmäßig aneinander.

Warum es immer wieder knirscht, weiß Sabine von Oppeln. Die Sozialwissenschaftlerin, die am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin Politikwissenschaft unterrichtet, ist Stellvertretende Leiterin der Arbeitsstelle Europäische Integration und untersucht die Beziehung zwischen Deutschland und Frankreich seit vielen Jahren. Sie verweist auf die unterschiedlichen Vorstellungen und Politikmodelle, um die Spannungen zu erklären. „Deutschland und Frankreich verfolgen unterschiedliche Ziele innerhalb der Europäischen Union“, sagt die Politologin. Deutlich werde das etwa am Beispiel Wirtschaftspolitik: Während Frankreich sich für eine nachfrageorientierte Strategie engagiere und durch Schuldenaufnahme eine Förderung des Wachstums befürworte, setze sich Deutschland für einen angebotsorientierten Kurs ein und bevorzuge das

Sparen. „Deutschland hat eine exportorientierte Ökonomie und ist an der Öffnung der Märkte interessiert. Frankreich tendiert dagegen eher zu protektionistischer Politik“, fasst von Oppeln die grundlegenden Unterschiede zusammen.

Deutschland und Frankreich sind Handelspartner, aber auch Konkurrenten mit eigenen wirtschaftlichen Interessen, Leitbildern und Zielen. Frankreich sieht den Staat für den sozialen Ausgleich verantwortlich, während Deutschland ein wirtschaftsliberales Handeln bevorzugt und der Autonomie der Tarifpartner einen hohen Stellenwert einräumt. Auch im Blick auf die institutionelle Struktur der Europäischen Union gibt es immer wieder Reibungspunkte. „Frankreich geht von der Idee der unteilbaren Souveränität aus und tut sich schwer, seine nationalen Kompetenzen an die europäische Ebene abzugeben. Für Deutschland ist die Teilung und Abgabe von Souveränität viel einfacher.“

... dann klappt es auch mit dem Nachbarn

Dass eine politische Einigung jedoch möglich ist, hat die jüngere Geschichte mehrfach bewiesen – und das unter scheinbar widrigen Bedingungen. Denn hinter den Dissonanzen zwischen Deutschland und Frankreich verbergen sich weniger ideologische als nationale Denkmuster, erklärt Sabine von Oppeln. „In der Vergangenheit hat es etwa kaum eine Rolle gespielt, welche Partei gerade an der Macht war. Wir hatten Vertreter aus unterschiedlichen Richtungen, die miteinander sehr gut kooperierten: zum Beispiel Valéry Giscard d’Estaing aus dem konservativen Lager auf der einen Seite und Helmut Schmidt aus dem sozialdemokratischen auf der anderen.“

Bis heute gälten die beiden ehemaligen Regierungschefs trotz unterschiedlicher Parteibücher als Vorbild für das deutsch-französische Verhältnis. Ähnlich verhalte es sich mit Alt-Bundeskanzler Helmut Kohl und dem ehemaligen französischen Premier François Mitterrand. Mit Blick auf die Zusammenarbeit zwischen dem Sozialisten Hollande und der Christdemokratin Merkel gebe es also durchaus Grund zur Hoffnung, sagt Sabine von Oppeln.

Sie sieht in den Unterschieden auch Chancen. Denn die verschiedenen Bedürfnisse der beiden Länder würden wie ein Brennglas die Interessen vieler anderer EU-Mitgliedsländer spiegeln. „Häufig ist es gerade die Komplementarität deutscher und französischer Interessen, die die Kompromissbildung nicht nur zwischen Deutschland und Frankreich, sondern in der Europäischen Union insgesamt ermöglicht.“ Denn Deutsche und Franzosen repräsentierten nicht selten unterschiedliche Lager in der EU. „Allerdings ist diese Form der deutsch-französischen Führung mit dem Anwach-

„Wünschenswert wäre es, wenn Parteien und Gewerkschaften stärker zusammenarbeiteten, als das bisher der Fall war. Medien müssten zwischen den beiden Bevölkerungen noch besser vermitteln.“

sen der Zahl der Mitgliedsstaaten immer schwieriger geworden“, räumt von Oppeln ein.

Doch was passiert mit Europa, wenn der deutsch-französische Motor nur noch stottert? Sabine von Oppeln geht von einem herausfordernden Jahrzehnt aus, weil die Entscheidungen auf europäischer Ebene immer mehr die Innenpolitik beeinflussten. Für die Nationalstaaten heiße das im Umkehrschluss: Bei europäischen Entscheidungen steht mehr auf dem Spiel. „Das macht es schwierig, Kompromisse zu finden.“

Die Wissenschaftlerin glaubt, dass ein radikales Umdenken stattfinden muss, damit die Probleme der Zukunft gelöst werden können. „Wünschenswert wäre es, wenn Parteien und Gewerkschaften stärker zusammenarbeiteten, als das bisher der Fall war. Medien müssten zwischen den beiden Bevölkerungen noch besser vermitteln. Auch Parteien und Gewerkschaften orientieren sich viel zu stark an nationalen Diskursen, anstatt eine gemeinsame europäische Politik als Erfolgsmodell für beide Nationalstaaten zu kommunizieren“, sagt Sabine von Oppeln. Eine intensive Zusammenarbeit und transnationale Vermittlung auf allen Ebenen sei jetzt besonders gefragt. Eine Art der Zusammenarbeit, die an der Freien Universität Berlin schon Tradition hat.

Seit 1984 kooperieren Sciences Po und Freie Universität Berlin

Bereits Anfang der Achtziger Jahre entstand die Idee, Deutsche und Franzosen zusammenzubringen und einen Studienaustausch zwischen der Freien Universität und dem Pariser Institut d'Etudes Politiques, kurz Sciences Po, zu organisieren. 1984 ging das Programm in die Pilotphase. Sechs Jahre später wurde der erste gemeinsame Studiengang, der „deutsch-französische Studienzyklus in Politik- und Sozialwissenschaften“ eingerichtet. „Danach folgte eine Zeit der Reformen, die seit Ende der neunziger Jahre vor allem von der Bologna-Umstellung auf beiden Seiten geprägt war; Ziel dieser europaweiten Reform war es, Studiengänge und -abschlüsse in allen EU-Mitgliedsstaaten zu harmonisieren“, sagt Sabine von Oppeln, die das Programm von Anfang an begleitet hat.

Heute stehen die deutsch-französischen Studiengänge auf festen Beinen: Seit 2008 gibt es den Doppelmaster-Studiengang *Politikwissenschaft* mit der Ausrichtung *Affaires Internationales* oder *Affaires Européennes* (Internationale oder Europäische Angelegenheiten) sowie den neu eingerichteten Doppelbachelorstudiengang *Politikwissenschaft-Sciences Sociales* in Kooperation mit Sciences Po. Außerdem den Doppelmaster-Studiengang *Public Policy & Management*, der seit 2008 gemeinsam mit der *École des Hautes Etudes Commerciales de Paris* (HEC) angeboten wird.

Dr. Sabine von Oppeln



Sie ist die Ansprechpartnerin par excellence, wenn es um die Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich geht: Sabine von Oppeln studierte Geschichte, Germanistik und Politikwissenschaft an der Freien Universität Berlin und promovierte dort mit „summa cum laude“ über die Kernenergie und die Haltung der politischen Parteien in

Deutschland und Frankreich. Gastprofessuren und Lehraufträge führten sie nach Frankreich und Russland. 2008 rief Sabine von Oppeln – neben dem inzwischen zum deutsch-französischen Doppelmaster-Studiengang fortentwickelten Programm mit Sciences Po – gemeinsam mit der Ecole des Hautes Etudes Commerciales (HEC Paris) den länderübergreifenden Doppelmaster *Public Policy and Management* ins Leben. Für ihre Verdienste um die deutsch-französischen Beziehungen wurde sie mit dem nationalen Verdienstorden („officier de l'Ordre National du Mérite“) ausgezeichnet.

Kontakt:

Freie Universität Berlin

Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft

E-Mail: oppeln@zedat.fu-berlin.de



Die verschiedenen Studiengänge, die Sabine von Oppeln koordiniert, machen es möglich, dass deutsche und französische Studierende sowie Studierende aus aller Welt – die Politiker, Wissenschaftler, Manager und Ökonomen der Zukunft – sich treffen und kennenlernen, in beiden Ländern gemeinsam studieren und auf diese Weise die Zusammenarbeit stärken. Daher versteht Sabine von Oppeln die Kooperation zwischen der Freien Universität Berlin und Sciences Po in Paris als einen wichtigen Baustein der grenzübergreifenden akademischen Zusammenarbeit.

„Im europäischen Rahmen brauchen wir transnationale Debatten“, ist Sabine von Oppeln überzeugt. Das betreffe alle Politikbereiche – wie etwa die Integrationspolitik. Der Anschlag auf das Satiremagazin „Charlie Hebdo“ in Paris habe gezeigt, dass man über einen neuen Umgang mit dem Islam sprechen müsse. „Durch diese Anschläge ist in beiden Ländern das Bewusstsein dafür gestärkt worden, dass eine Spaltung der Gesellschaften droht“, sagt die Politologin. „Wir haben auf der einen Seite diese dramatischen Attentate erlebt, auf der anderen Seite beobachten wir in Frankreich einen enor-

men Anstieg von Angriffen auf muslimische Einrichtungen. In Deutschland wiederum gibt es islamfeindliche Demonstrationen.“

Es werde Zeit, über eine gemeinsame Integrationspolitik zu diskutieren. Wie sieht eine gelungene Integration aus? Wie sollte der Umgang innerhalb einer multikulturellen Gesellschaft sein? Welche Rolle spielt der Islam in Europa? Diese und andere Fragen betreffen nicht nur Deutschland und Frankreich, sondern alle Länder der Europäischen Union.

Auch hier stünden die beiden Länder für zwei unterschiedliche Integrationsmodelle, erklärt Sabine von Oppeln. „In Frankreich herrscht das Konzept der Assimilation, in Deutschland das Konzept der Anerkennung von Differenzen. In Frankreich sammeln sich viele Immigranten in den Vorstädten. In Deutschland gibt es solche ‚Banlieus‘ nicht.“ Nach den Attentaten von Paris sei jetzt klar: Nicht nur die Verteidigungs-, sondern auch die Einwanderungs- und Flüchtlingspolitik müsse transnational diskutiert werden. Ansonsten wäre eine wichtige Chance zur engeren Zusammenarbeit vertan.

Der ehemalige französische Staatspräsident Valéry Giscard d'Estaing und der damalige Bundeskanzler Helmut Schmidt gelten trotz unterschiedlicher politischer Ausrichtung bis heute als Vorbild für das gute deutsch-französische Verhältnis.



picture alliance / ASSOCIATED PR

Unser

DIN A2 Premium-Digitaldruck



Ihren persönlichen
Kalender

auch in
Kleinauflagen



in
höchster
Qualität



und das
schnell und kompetent!

Bestellen Sie jetzt Ihre Premium A2-Kalender unter
<http://www.digital-druck-berlin.de>



Druckerei H. Heenemann
Bessemerstraße 83-91 • D-12103 Berlin
Telefon (030) 75 30 30
Telefax (030) 75 30 31 31





Europa in Stichpunkten

KURZ-FUNDIERT

Von der Sagengestalt der Antike über das politische Gebilde zum Sehnsuchtsort der Gegenwart: Europa stand und steht für vieles. Meist für mehr als man denkt. Ein Kontinent und seine Menschen, eine Idee und seine Umsetzung. Mal mehr, mal weniger selbstverständlich beherrscht Europa unseren Alltag. Und, natürlich, auch die letzten Seiten in diesem Heft.

Krumme Touren

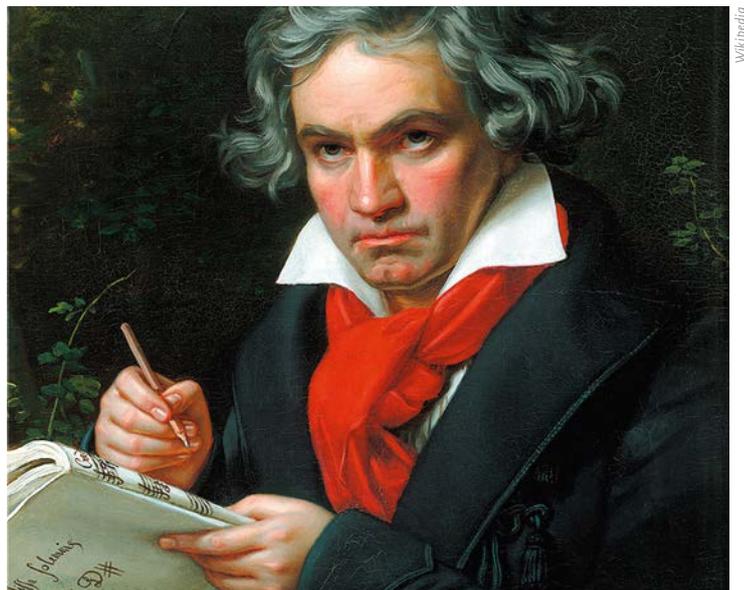
Wenn sich die Kritiker von Europa im Allgemeinen und Brüssel im Speziellen argumentativ bewaffnen, dann greifen sie besonders gerne – zur Gurke. Genauer zur „Gurkenkrümmungsverordnung“, die 1988 verabschiedet wurde. Eigentlich trägt die berühmt-berüchtigte Regelung den Titel „Verordnung Nr. 1677/88/EWG zur Festsetzung von Qualitätsnormen für Gurken“. Und sie ist schon seit 2009 nicht mehr in Kraft. Trotzdem wird sie bis heute als Paradebeispiel für europäische Regulierungswut ins Feld geführt. Eigentlich ein Missverständnis, denn in der Verordnung ging es nicht darum, den Krümmungsgrad von Gurken europaweit zu vereinheitlichen. Stattdessen definiert die Verordnung drei verschiedene Qualitätsklassen. Länge, Durchmesser, Gewicht und ja: Auch die Krümmung wird für jede Klasse festgeschrieben. Die Verordnung kam jedoch nicht auf Initiative aus Brüssel zustande, sondern auf Anregung des europäischen Einzelhandels. Standardisierte Gurken lassen sich einfach besser verpacken, stapeln und transportieren. Und auch verkaufen. Trotzdem wurde der Gesetzestext, in dem 53 Mal das Wort „Gurke“ vorkommt, zur Lachnummer. 2009 wurde die Verordnung deswegen auch abgeschafft, zusammen mit ande-

ren EU Handelsklasse-Normen für Obst und Gemüse. Dass der Einzelhandel dennoch bis heute daran festhält, kann jeder beim Einkauf im Supermarkt am Gemüseregal leicht feststellen. Für manchen Gemüsebauer ist Europa seit dem Wegfall der Gurkenverordnung kaum weniger bürokratisch. Der Schatten der Gurke ist nicht nur lang, sondern auch krumm.

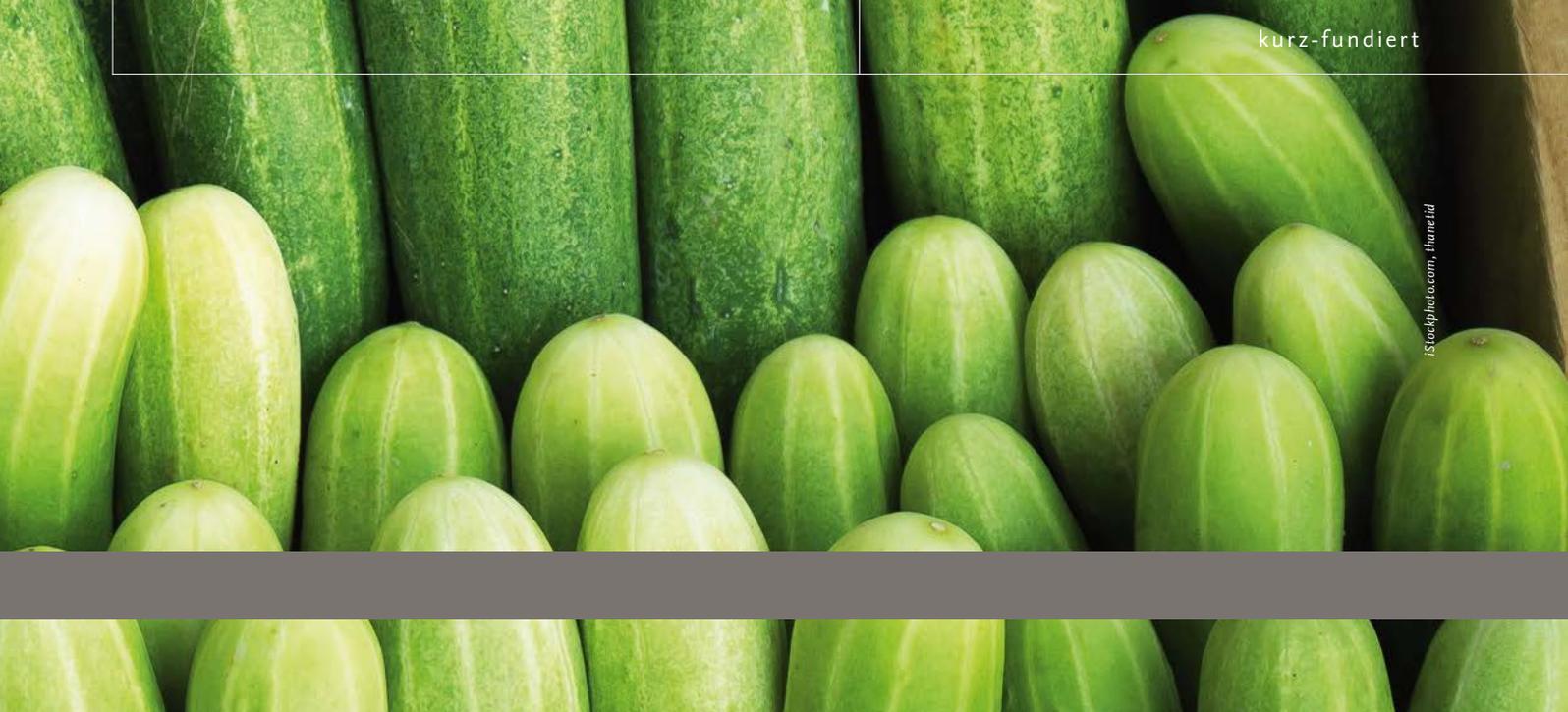
Freude an der Ode

Seit 1971 hat Europa offiziell eine Hymne. Damals beschloss der Europarat das „Vorspiel zur ‚Ode an die Freude‘, 4. Satz der IX. Sinfonie von Beethoven“ zur Europahymne zu küren. In Zukunft sollte sie bei allen

Ludwig von Beethovens Vorspiel zur *Ode an die Freude* ist seit 1971 die offizielle Europahymne.



Wikipedia



iStockphoto.com, theNetid

offiziellen europäischen Veranstaltungen gespielt werden. Inoffiziell war dieses Stück da jedoch schon längst zur europaweiten Erkennungsmelodie geworden. Denn seit der Gründung des Europarates 1949 gab es immer wieder „europäische“ Anlässe, bei denen in Ermangelung einer gemeinsamen Hymne Beethovens Stück aufgeführt wurde – etwa zum 10. Jahrestag des Europarates. Die Debatte um die offizielle Hymne dauerte da noch an. Unklar war etwa, ob ein bereits existierendes Werk oder eine Neukomposition am besten geeignet wären. Beethovens härtester Konkurrent damals war Händel. Der Schlusssatz der „Music for the Royal Fireworks“ in D-Dur sowie Teile der „Wassermusik“ hatten ebenfalls viele Fans in Europa. Doch die Neunte setzte sich durch. Ob das Werk tatsächlich den „europäischen Genius“ musikalisch verkörpert, wie es in der Begründung zu der Entschließung hieß, sei dahingestellt. Denn das Stück ist nicht nur mit der Klassik, sondern auch dem dunkelsten Kapitel in der Geschichte Europas verbunden. Unter den Nationalsozialisten war die „Ode an die Freude“ bei offiziellen Anlässen beliebt. Sie war obligatorischer Bestandteil des Musikprogramms für Hitlers Geburtstagskonzerte und wurde 1936 zur Eröffnung der Olympischen Spiele in Berlin gespielt.

Internationale Beziehungen

Es ist das weltweit größte Förderprogramm für Auslandsaufenthalte an Universitäten: Erasmus. Seit seinem Start 1987 konnten über drei Millionen Studierende und weit über 300.000 Lehrende mit dem Programm Auslandserfahrung sammeln. Dass die Teilnehmer davon nachhaltig profitieren, war eine der Kernbotschaften von EU-Bildungskommissarin Androulla Vassiliou. Sie stellte 2014 eine Studie vor, die zeigen sollte, wie sich ein Stipendium des EU-Austauschprogramms Erasmus auf die

Karriere der Stipendiaten auswirkt. Mehr als 75.000 Studenten und Absolventen aus 34 Ländern hatten an der Online-Umfrage teilgenommen. Die Bilanz: Erasmus-Absolventen fanden schneller einen Job, wurden seltener arbeitslos und gingen später eher ins Ausland. Auch privat veränderte das Stipendium vielfach das Leben der Teilnehmer. So gaben 27 Prozent an, ihren Lebenspartner im Rahmen des Programms kennengelernt zu haben. Mit diesen Zahlen als Grundlage berechnete die Kommission noch eine weitere Kennzahl des Erfolges – etwa eine Million Babys sind bisher vermutlich das Ergebnis einer Erasmus-Beziehung. Studierenden der Freien Universität Berlin stehen übrigens an mehr als 300 Partnerhochschulen in etwa 30 europäischen Ländern Erasmus-Plätze für ein Auslandsstudium zur Verfügung. An dem seit 2014 „Erasmus+“ genannten Programm beteiligen sich ausnahmslos alle Fachbereiche.

Europameisterschaften

Noch heißt der amtierende Europameister Spanien. Aber nur in einer, wenn auch zugegebenermaßen nicht ganz unwichtigen Disziplin: dem Fußball der Herren. Bei den Damen wäre es? Richtig, Deutschland. Der Titel „Europameister“ wird in den Medien aber auch gerne dort verliehen, wo es gar keine Meisterschaften gibt. Wir stellen einige von ihnen vor:

...im Eintüten: 450. So viele Einweg-Plastiktüten verbraucht jeder Portugiese pro Jahr. Nur in Polen ist der Pro-Kopf-Verbrauch ähnlich hoch – und liegt damit weit über dem EU-Durchschnitt. Weil immer mehr Plastikmüll in Meeren zum unauflösbaren Umweltproblem wird, wollen die EU-Staaten jetzt den jährlichen Pro-Kopf-Verbrauch von derzeit etwa 200 Tüten in den nächsten vier Jahren auf 90 senken. Bis 2025 sollen es 45

Europa in Stichpunkten

Stück sein. Als Vorbild dient Irland, der Europameister im Tütensparen. Nach Angaben des Europaparlaments ging die Zahl der Einwegplastiktüten nach der Einführung von Gebühren dort um etwa 90 Prozent zurück. Nur noch 18 Tüten werden dort im Schnitt pro Kopf und Jahr verwendet.

... im Kulissenranking: Der Titel für Europas beliebtestes Handyfotomotiv geht nach Frankreich. Der Eiffelturm in Paris ist für Touristen aus aller Welt das beliebteste Kulissen-Motiv, um sogenannte „Selfies“ zu schießen. Also die Art von Selbstporträts, die entsteht, wenn man mit dem Mobiltelefon ein Foto von sich selbst macht. In der Disziplin ist Frankreich sogar Weltmeister – vor den USA (Disney World), Dubai (das Hotel Burj Khalifa) und England (Big Ben). Das Ranking hat ein britisches Reiseportal erstellt, und wertete dafür Fotos aus, die über den Bilderdienst Instagram veröffentlicht wurden. Allerdings berücksichtigte die Statistik nur solche Bilder, die mit dem Wort „Selfie“ markiert waren. Deutschland taucht in dieser Liste nicht auf. Vielleicht waren die über 11 Millionen Touristen, Berlin letztes Jahr besucht haben, am Brandenburger Tor einfach zu überwältigt, um auch noch Handy-Schnappschüsse mit den richtigen Schlagwörtern zu versehen.

... im Crowdfunding: Als Crowdfunding wird das Kapitalsammeln vieler Klein- und Kleinbeiträge bezeichnet und es ist eine Grundidee des alternativen Finanzmarktes. Im Internet können etwa Start-ups über Crowdfunding-Plattformen Geld sammeln, um ihre Produkte vorzufinanzieren, oder Ideen umzusetzen. Laut einer Studie der Universität Cambridge und des Wirtschaftsprüfers Ernst & Young ist der Europameister in dieser Kategorie das Vereinigte Königreich. 2014 waren es etwa 2,3 Milliarden Euro, die Briten auf die-

sem Weg in innovative Geschäftsideen investierten. Die gesetzlichen Rahmenbedingungen in Großbritannien und Frankreich begünstigen den Boom des Crowdfunding – Frankreich liegt laut der Studie auf Platz zwei. Übrigens gefolgt von Deutschland, das mit 140 Millionen Euro den dritten Platz belegt.

... im Glücklichein: Bis vor kurzem hieß es noch: Da ist nichts faul im Staate Dänemark. Sonst wären seine rund 5,7 Millionen Einwohner vermutlich nicht so glücklich. Laut dem vom *Earth Institute* der Columbia Universität veröffentlichten „World Happiness Report 2015“ heißt es jetzt aber „Hopp Schwyz“, denn die Schweizer haben die Dänen von Platz eins verdrängt, die nun Dritte sind – die Isländer sind auf den zweiten Platz vorgeückt. Auch andere europäische Länder landeten auf Top-Plätzen, etwa Norwegen, Schweden und Finnland, die Niederlande und Österreich. Von einem Titel in dieser Kategorie war Deutschland übrigens weit entfernt: Mehr als Platz 26 ist nicht drin.

Die glücklichsten Menschen weltweit und damit auch innerhalb Europas: die Schweizer.





Wir freuen uns auf Sie

Die ERG widmet sich der Kontaktpflege zu den Ehemaligen der Freien Universität Berlin. Als Mitglied können Sie über Fachgrenzen und Studienzeit hinaus an Leben, Arbeit und Entwicklung der Freien Universität teilnehmen und dabei Forschung, Lehre und den wissenschaftlichen Nachwuchs fördern. Die ERG ist als gemeinnütziger Verein anerkannt. Spenden und Mitgliedsbeiträge sind steuerlich absetzbar.

Im Rahmen Ihrer Mitgliedschaft in der ERG erhalten Sie

- ▶ Einladungen zu Veranstaltungen der ERG und der Freien Universität
- ▶ ZEDAT-Account mit E-Mail-Adresse
- ▶ Ermäßigungen für Veranstaltungen
- ▶ Ermäßigung für die GasthörerCard
- ▶ Mitarbeiterarif beim Hochschulsport
- ▶ Ermäßigung für Weiterbildungsangebote
- ▶ Versand des Alumni-Magazins *wir* (für Vollzahler)
- ▶ Auf Wunsch Zusendung des Wissenschaftsmagazins *fundiert* und der *Tagesspiegelbeilage* (für Vollzahler)
- ▶ Ermäßigung im Botanischen Garten
- ▶ Ermäßigung für das Berliner Kabarett Theater *Die Wühlmäuse*

www.fu-berlin.de/erg



Foto: Bernd Wänemannacker

Ernst-Reuter-Gesellschaft:

Berliner Sparkasse, BLZ 100 500 00 · Kto. 101 00 101 11
 IBAN: DE98100500001010010111 · BIC: BELADEBEXXX

Ernst-Reuter-Stiftung der Freien Universität Berlin:

Berliner Sparkasse, BLZ 100 500 00 · Kto. 600 00 535 07
 IBAN: DE53100500006000053507 · BIC: BELADEBEXXX

ANTRAG AUF MITGLIEDSCHAFT

Ich möchte der Ernst-Reuter-Gesellschaft der Freunde, Förderer & Ehemaligen der Freien Universität Berlin e. V. beitreten (bitte ankreuzen):

- Mitgliedschaft/normal
(Mindestbeitrag 50,00 € / Jahr)
- Mitgliedschaft/ermäßigt
(Mindestbeitrag 10,00 € / Jahr für Studierende und Ehemalige einschließlich der ersten drei Jahre nach Exmatrikulation, bitte Nachweis beilegen)
- Institution/Firma
(Mindestbeitrag 150,00 € / Jahr)
- Fördermitgliedschaft
Ich bin bereit, statt des Mindestbeitrags von 50,00 € eine jährliche Spende von _____ zu zahlen.
- Ich möchte dem Kapitel _____ zugeordnet werden (optional)
Kapitelübersicht unter: www.fu-berlin.de/erg

Hiermit beantrage ich die Mitgliedschaft in der Ernst-Reuter-Gesellschaft

Vorname _____ Name _____ Akad. Grad/Titel _____

E-Mail _____ Geburtsdatum _____

Straße _____ PLZ, Ort _____

Ich habe an der FU studiert von – bis _____ Ich war an der FU tätig von – bis _____

Ich bin einverstanden, dass die Angaben zu Vereinszwecken in einer rechnergestützten Adressdatei gespeichert werden. Alle Angaben sind freiwillig.

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, die zu entrichtenden Zahlungen bei Fälligkeit zu Lasten des Kontos durch Lastschrift einzuziehen.

Kontoinhaber _____

Kontonummer _____ Geldinstitut _____ BLZ _____

IBAN _____ BIC _____

Datum _____ Unterschrift _____

KONTAKT:

Ernst-Reuter-Gesellschaft der Freunde, Förderer & Ehemaligen
 der Freien Universität Berlin e. V.
 Kaiserswerther Str. 16 – 18
 14195 Berlin

Telefon: 030 – 838 53077
 Fax: 030 – 838 453077
 E-Mail: erg@fu-berlin.de



Das Leitmedium der Hauptstadt.

TAGESSPIEGEL
RERUM COGNOSCERE CAUSAS



Exklusiv für Studenten: Tagesspiegel lesen + Galaxy Tab 4 gewinnen!

Samsung Galaxy Tab 4:
• 10,1 Zoll Touch-Display
• 2 Kameras
• 16 GB und WiFi



**Gratis
lesen und
gewinnen!**

✓ **Gratis Tagesspiegel lesen!**

14 Tage Tagesspiegel Print oder 30 Tage Tagesspiegel E-Paper.
Garantiert unverbindlich, denn die Belieferung endet automatisch.

✓ **Samsung Galaxy Tab 4 gewinnen!**

Alle Studenten, die uns ihre Immatrikulations-Bescheinigung bis zum 31.08.2015 zuschicken, nehmen an der Verlosung eines Galaxy Tab 4 teil.

✓ **Jetzt anmelden unter: www.tagesspiegel.de/zdj-fu**